

Bericht des Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus

Berichtszeitraum 2020-2022

Erfurt, 13.12.2022

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Teil I	6
1. Antisemitische Einstellung in der Bevölkerung – Erkenntnisse des THÜRINGEN-MONITORS	6
2. Antisemitismus während der Corona-Krise in Thüringen	13
3. Antisemitisch motivierte Straftaten	15
4. Antisemitische Vorfälle in Thüringen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive: Errichtung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Thüringen	20
5. Schuldabwehr-Antisemitismus	20
6. Reflexion des Besuchs einer KZ-Gedenkstätte	22
Teil II	
Institutionen und Maßnahmen der Förderung jüdischen Lebens und Bekämpfung des Antisemitismus	25
1. Thüringer Staatskanzlei (TSK)	25
a) Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ (1. Okt. 2020 – 30. Sept./31. Dez. 2021)	25
b) Das Themenjahr und danach, oder: „Bitte kommen Sie wieder, das nächste Mal sind wir dabei“	27
c) Kulturförderung mit Bezug auf jüdisches Leben	28
d) Gedenkstättenarbeit / Erinnerungskultur	29
e) Museumsarbeit	31
f) Interkultureller/Interreligiöser Dialog	33
g) Bundesratsinitiativen	33
h) Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (LZT)	39
i) Das jüdische Leben und die Bekämpfung des Antisemitismus in den Landkreisen und kreisfreien Städten	48
2. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS)	51
a) Schule/Bildung	51
b) Zentrale Vorhaben des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS)	52
c) Regionale Vorhaben im Wirkungsbereich der Staatlichen Schulämter (SSÄ) in allgemeinbildenden Thüringer Schulen	55
d) Ausblick auf 2023	57
e) Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM)	58
f) Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit	61
3. Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV)	69
a) Aus-/Fortbildung in der Justiz	69
b) Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge	71
4. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK)	72
a) Polizei	72
b) Landespräventionsrat Thüringen – AG Antisemitismus	73
c) Brand- und Katastrophenschutz	75
5. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF)	75

a) Anträge nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten - Opferentschädigungsgesetz (OEG)	75
b) Bund der Heimatvertriebenen e. V. (BdV) – Landesverband Thüringen	76
6. Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL)	76
Bauliche Sicherheit jüdischer Einrichtungen	76
7. Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG)	77
Hochschulen/Forschung	77
Friedrich-Schiller-Universität Jena	77
Universität Erfurt	80
Hochschule für Musik „Franz Liszt“	87
Bauhaus-Universität Weimar	87
Fachhochschule Erfurt	88
Hochschule Nordhausen	90
Teil III	
Vorschläge und Handlungsempfehlungen	91
Literaturverzeichnis	94
Verwendete Literatur	94
Weiterführende Literatur	95
Anhang	103
Definition von Antisemitismus	103
Beispiele und Erklärungshilfen	103

Vorwort

Dieser Bericht schreibt den vor zwei Jahren erstmals vorgelegten fort. Er folgt dem gleichen Ordnungsprinzip und knüpft unmittelbar an die damals bestehenden Erkenntnisse an.

Leider war auch die Zwischenzeit nicht frei von beschämenden Ereignissen der Schoa-Verharmlosung, der Opferverhöhnung oder dem Bekenntnis nationalsozialistischer Gesinnung. Beispielhaft genannt seien hier nur die anlässlich von Corona-Protestkundgebungen verwendeten und an den „Judenstern“-Ärmelaufnäher angelehnten Zeichen „Ungeimpft“ oder das Absägen von sieben Bäumen nahe der Gedenkstätte Buchenwald im Juli 2022, die den dort getöteten Kindern und sechs namentlich genannten Häftlingen gewidmet waren. Den toxischen Geist einer verirrten Weltsicht zu bekämpfen, die in solchem Handeln zutage tritt, bleibt Aufgabe aller öffentlichen Einrichtungen aber auch der Zivilgesellschaft da, wo der Staat diesen Auftrag nicht allein erfüllen kann. Ich bin froh zu wissen, dass Thüringen hier auf ein breit aufgestelltes Engagement zur Bewahrung des jüdischen Erbes und zum lebendigen Erfahren jüdischer Kultur zählen kann, auch und besonders durch ehrenamtlich Tätige. Diesen hoffnungsvoll stimmenden Lichtblick hat uns wie zum Beweis das Themenjahr 2020/2021 „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ gewährt.

Dem deutschlandweiten Pogrom in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 war die am 4. September 1884 eingeweihte Erfurter Große Synagoge zum Opfer gefallen. Nachdem zwei Entwürfe für einen Nachfolgebau an gleicher Stelle bei der Stadtverwaltung als „zu groß“ bzw. „zu sakral“ auf Ablehnung gestoßen waren, konnte schließlich ein dritter Plan für ein schlichtes und sich unauffällig in die städtebauliche Umgebung einfügendes Gebäude umgesetzt werden. Die Einweihung erfolgte am 31. August 1952. Es sollte der einzige reine Synagogenneubau in der DDR bleiben.

Der Tag des 70. Jubiläums der Einweihung der Neuen Synagoge wurde in einer großen, würdigen und prominent besuchten Festveranstaltung begangen. Ein am selben Tage enthülltes Tastmodell im Maßstab 1:68 an der gegenüberliegenden Straßenseite gibt einen Eindruck von der Stättlichkeit des Vorgängerbaus. Bei aller aufgezwungenen Zurückhaltung in der Architektur des Gotteshauses in Erfurt ist die Jüdische Landesgemeinde doch mit einer starken und selbstbewussten Stimme in unserer Mitte vertreten. Ich freue mich, dass jüdisches Leben in Thüringen somit immer häufiger auch an sichtbaren Orten stattfindet.

Hoffnung für die Zukunft muss auch wachsen aus dem Gedenken, das uns zur Besinnung kommen lässt. Welchen bedeutenden Rang hier der staatliche Bildungsauftrag einnimmt, vor konfrontativer Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte nicht zurückzuschrecken, zeigt exemplarisch der Erfahrungsbericht einer Oberstufenschülerin des Evangelischen Ratsgymnasiums Erfurt vom Schulbesuch der KZ-Gedenkstätte Dachau, den sie anlässlich des Gedenkens an die Reichspogromnacht 1938 am 9. November 2022 auf dem Jüdischen Friedhof in Erfurt vorgetragen hat. Diese ergreifende junge Literatur drückt mehr aus, als die Analyse nüchterner Zahlen und Fakten zu veranschaulichen vermag. Die Sinnhaftigkeit unseres Wirkens für die Würde des Nachbarn und den Respekt vor dem Leben des Mitmenschen kann kaum treffender begründet werden.

Dieses Lehrstück sei den interessierten Leserinnen und Lesern besonders ans Herz gelegt. Der Beitrag findet sich im Teil I unter der Nr. 6.

Funktion und Arbeitsgrundlage des Landesbeauftragten für die Förderung jüdischen Lebens und die Bekämpfung des Antisemitismus

Der Beauftragte wurde am 22. Januar 2019 von der Landesregierung berufen. Er ist Ansprechpartner für die jüdische Landesgemeinde und Jüdinnen und Juden im Freistaat. Darüber hinaus koordiniert er ressortübergreifend die Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur sowie Maßnahmen und Instrumente der Bekämpfung des Antisemitismus. Die Staatssekretärin für Kultur in der Staatskanzlei nimmt die Funktion der Vertretung des Beauftragten wahr.

Seine Arbeit zielt darauf ab, die Bedürfnisse und Perspektiven jüdischer Bürgerinnen und Bürger sowie jüdischer Institutionen im staatlichen Handeln zu berücksichtigen, die Pflege jüdischen Erbes zu stärken und gemeinsam mit den für Antisemitismusbekämpfung benannten Beauftragten in den für Bildung, Justiz und Inneres zuständigen Ministerien die Durchführung von Begegnungs-, Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen, die Vernetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure sowie die Umsetzung wissenschaftlicher und praktischer Erkenntnisse aus der Bekämpfung des Antisemitismus zu befördern.

Die Arbeit des Beauftragten wird von einer Geschäftsstelle des um diese Funktion erweiterten bisherigen Referats 21 der Staatskanzlei, „Strategische Planung“, unterstützt.

Der Beauftragte stimmt sich mit den benannten Beauftragten in den für Bildung und für Justiz zuständigen Ministerien sowie dem Leiter der Fachstelle Extremismusprävention im Ministerium für Inneres und Kommunales ab.

Mit den Vorsitzenden des Freundeskreises Israel im Thüringer Landtag wurde die Vereinbarung getroffen, regelmäßig über die Arbeit des Beauftragten, insbesondere zu Aspekten, die die Beziehungen zu Israel betreffen, zu berichten.

Teil I

1. Antisemitische Einstellung in der Bevölkerung – Erkenntnisse des THÜRINGEN-MONITORS

Antisemitische Einstellungen, Klischees, Stereotype, Vorurteile und Gewalttaten sind eine Herausforderung für unsere gesamte Gesellschaft. Sie sind in allen gesellschaftlichen Milieus, Bildungsschichten sowie religiösen und politischen Strömungen vorhanden. Antisemitismus existiert nicht nur im rechten und rechtsextremen Spektrum.

Die Thüringer Landesregierung hat in Reaktion auf den Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge im Jahre 2000 den THÜRINGEN-MONITOR etabliert. Der THÜRINGEN-MONITOR ist eine in diesem Umfang bisher einzigartige soziologische Langzeitstudie über die politische Kultur in einem Bundesland. Sie wird im Auftrag der Landesregierung von einem Team aus Forscherinnen und Forschern der Friedrich-Schiller-Universität Jena erarbeitet und erscheint jährlich (hier, Thüringen Monitor 2021: Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung), Dr. Anne Küppers, Dr. Jörg Hebenstreit, Dr. Axel Salheiser, Dr. Lars Vogel).

Auch im aktuellen Thüringen-Monitor (2021) wird die Messung von Einstellungen bzw. Meinungen der Befragten gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen fortgesetzt, die im Kontext der sogenannten „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer 2002) stehen. Hierbei wird sich auf die Zustimmung zu insgesamt elf Aussagen konzentriert, die dem Antisemitismus, den Vorurteilen gegenüber Migranten, Muslimen und Asylsuchenden sowie dem Antifeminismus zuzuordnen sind. Die Datenreihen der Zustimmung von Aussagen gegenüber anderer Gruppen, die sich aus den Messungen der Vorjahre ergeben, werden zur Dokumentation abgebildet und können in zukünftigen Befragungen fortgesetzt werden.

Insgesamt zeigt sich in diesem Jahr eine weiterhin positive Entwicklung, da noch geringere Anteile der Befragten die entsprechenden inhaltlichen Positionen unterstützten als es 2020 der Fall war. Auf Basis des Variablenprogramms kann konstatiert werden, dass lediglich eine Minderheit der Thüringer Bevölkerung Ideologiefragmente der Ungleichwertigkeit unterstützt und sich negativ gegenüber solchen Menschen äußert, die – aus Sicht einer nach wie vor ethnisch und kulturell sehr homogenen „Mehrheitsgesellschaft“ – als die „Anderen“ und „Fremden“ gelten oder als solche konstruiert werden. Dies war nicht immer so: Noch 2018 und 2019 wurden bei den hier besprochenen Leitindikatoren, beispielsweise hinsichtlich der Zustimmung zur Aussage der „Überfremdung Deutschlands“, sehr hohe Werte erzielt. Im Trend des Rückgangs deutet sich allerdings an, dass jene Einstellungen in der Bevölkerung konjunkturellen Schwankungen unterliegen. So ist anzunehmen, dass vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und den (vorerst) zurückgedrängten politischen und medialen Debatten über Zuwanderung, Asyl und Integration auch der gesellschaftliche Resonanzraum für kritische und negative Beurteilungen von Migrant*innen und Geflüchteten etwas kleiner geworden ist und sich deshalb das Stimmungsbild dementsprechend aufgehellt hat (vgl. hierzu auch TM 2020).

Trotz allem kann jedoch keine Entwarnung gegeben werden – nicht zuletzt, weil einige Zustimmungswerte erkennbar über aktuellen deutschlandweiten Vergleichszahlen liegen. Während im Thüringen-Monitor 42 Prozent der Befragten der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ voll und ganz oder überwiegend zustimmen, verzeichnet die jüngste Mitte-Studie (Zick & Küpper 2021: 86 ff.) ca. 33

Prozent Zustimmung zur gleichen Aussage, wobei sogar noch die mittlere Antwortkategorie „teils/teils“ (ca. 21 Prozent) einberechnet wurde, die im Thüringen-Monitor nicht existiert. Nach dieser Lesart liegt die Zustimmung zur Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ in Thüringen mit 37 Prozent unter dem deutsch-landweiten Vergleichswert der Mitte-Studie von 43 Prozent, allerdings fallen hier auf die mittlere Antwortkategorie „teils/teils“ sogar 33 Prozent. Ähnlich ist der Unterschied bei der Aussage „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“, der in Thüringen 43 Prozent der Befragten zustimmen. Die Mitte-Studie zeigt einen Wert von 57 Prozent, davon allerdings 36 Prozent „teils/teils“ und lediglich 21 Prozent überwiegende oder völlige Zustimmung. In Thüringen meinen 24 Prozent der Befragten: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ In Deutschland sind es 31 Prozent, davon stimmten allerdings 21 Prozent „teils/teils“ und lediglich zehn Prozent überwiegend oder voll und ganz zu.

Die in der Mitte-Studie verwendete Aussage „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“ ist mit der des Thüringen-Monitors vergleichbar; statt 19 Prozent Zustimmung in Thüringen wurden deutschlandweit 27 Prozent Zustimmung gemessen, davon jedoch 14 Prozent „teils/teils“ (ebd., 188 f.). Die Vergleichbarkeit der Angaben ist durch die unterschiedlichen Antwortskalen eingeschränkt: Es ist davon auszugehen, dass auch in Thüringen nicht wenige Befragte auf die unverfänglich wirkende Mittelkategorie ausweichen würden und sich daher ähnliche Werteverteilungen einstellen könnten. Eine grobe Orientierung bietet sich, wenn ungefähr die Hälfte der „teils/teils“-Nennungen zur Ablehnung, die andere Hälfte zur Zustimmung gerechnet werden kann. Zumindest im Phänomenbereich des Antisemitismus wären dann für Thüringen keine markant erhöhten Zustimmungswerte anzunehmen – jedoch für den Phänomenbereich Migrant*innenfeindlichkeit.

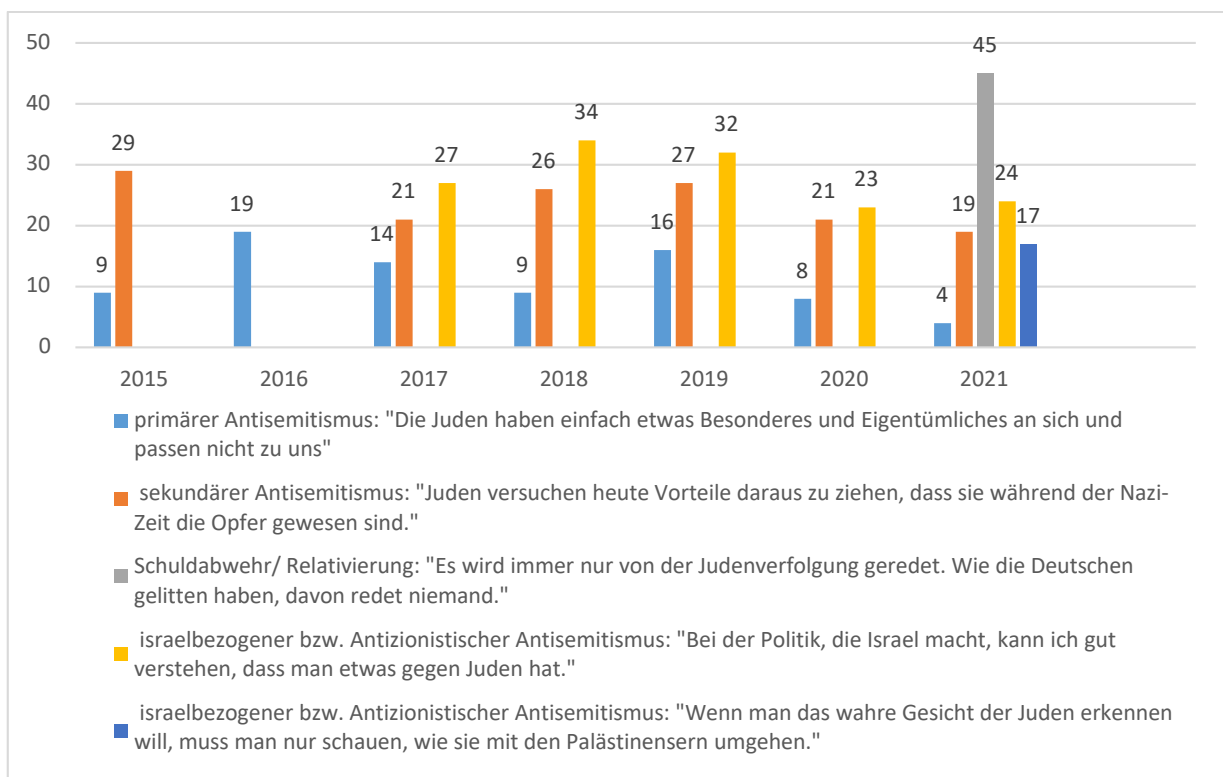
Die Frage nach der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen in unserer Gesellschaft oder deren Vorenthaltung bemisst sich nicht allein am (tatsächlichen oder angenommenen) Minderheitenstatus, weshalb auch antifeministische Positionen an dieser Stelle thematisiert werden müssen. Konservative Vorstellungen von Geschlechterrollen bzw. geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung haben im Sinne eines demokratischen Pluralismus ihre Berechtigung, während der Antifeminismus allerdings weit darüber hinausgeht und problematische Positionen vertritt. Er behauptet eine „übertriebene“ Frauenförderung und vermutet – bisweilen genährt durch Desinformationen und Verschwörungsideologie über „Gender Mainstreaming“ und eine sogenannte „Gender-Ideologie“ – u. a. die planhafte Benachteiligung von Männern (vgl. Lang & Peters 2018; Hark & Villa 2016). Der Aussage „Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt“ stimmen im Thüringen-Monitor 15 Prozent der Befragten zu. Für Thüringen ist also bis zu weiteren Untersuchungen von einem durchschnittlichen Verbreitungsgrad antifeministischer Positionen auszugehen.

Wie in den Gutachten der Vorjahre kann konstatiert werden, dass die Zustimmung zu den verschiedenen Aussagen in auffälliger Weise miteinander statistisch korreliert. Das heißt: Wer einer der hier diskutierten Aussagen zustimmt, stimmt mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auch anderen zu. Mit einer sogenannten Faktorenanalyse lässt sich zeigen, dass sich dabei zwei grundlegende Einstellungsdimensionen aufspannen. Die erste wird durch ablehnende Einstellungen gegenüber Migrant*innen, Asylsuchenden und Muslim*innen bestimmt. Aber auch der Antifeminismus gehört zu dieser Dimension, was auf gemeinsame Ursachen verweist. Diese bestehen insbesondere in autoritären Grundorientierungen, individuellen und kollektiven Benachteiligungsgefühlen (v. a. (Ost-)Deprivation), Statusverlustangst sowie niedrige Bildung,

wie sich in weiteren Analysen nachweisen lässt (s.u.). Die zweite Einstellungsdimension beinhaltet den Antisemitismus, wodurch die Besonderheit dieser Ungleichwertigkeits- und Abwertungsideologie unterstrichen wird. Es handelt sich also nicht nur inhaltlich um eine gesonderte Analysekategorie, sondern ihre Eigenständigkeit kann statistisch nachgewiesen werden.

Die Antwortmuster bezüglich der Fragen zu Juden bzw. zu Israel weichen von denen bezüglich der Fragen der ersten Einstellungskategorie erkennbar ab. Dies ist umso bedeutsamer, als sich auch für antisemitische Einstellungen die bereits erwähnten Einflussfaktoren in ähnlicher Stärke abzeichnen. Befragte, die erhöhte Werte bzgl. des Autoritarismus, der subjektiven Deprivation, der Statusverlustangst sowie niedrigere Bildung aufweisen, besitzen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, antisemitischen Aussagen zuzustimmen. Bemerkenswert ist, dass die unterschiedlichen Formen des Antisemitismus, die mit den Messungen abgedeckt werden, sich wiederum zu einer einheitlichen Zustimmungsdimension fügen. Damit ist – bei aller gebotenen Differenzierung – davon auszugehen, dass sich primäre „Judenfeindschaft“, sekundär antisemitische Einstellungen bzw. solche mit geschichtsrevisionistischem, relativierendem oder schuldabwehrendem Gehalt sowie israelbezogener Antisemitismus gegenseitig bedingen und verstärken.

Abb. 1: Zustimmung zu antisemitischen Aussagen in Thüringen

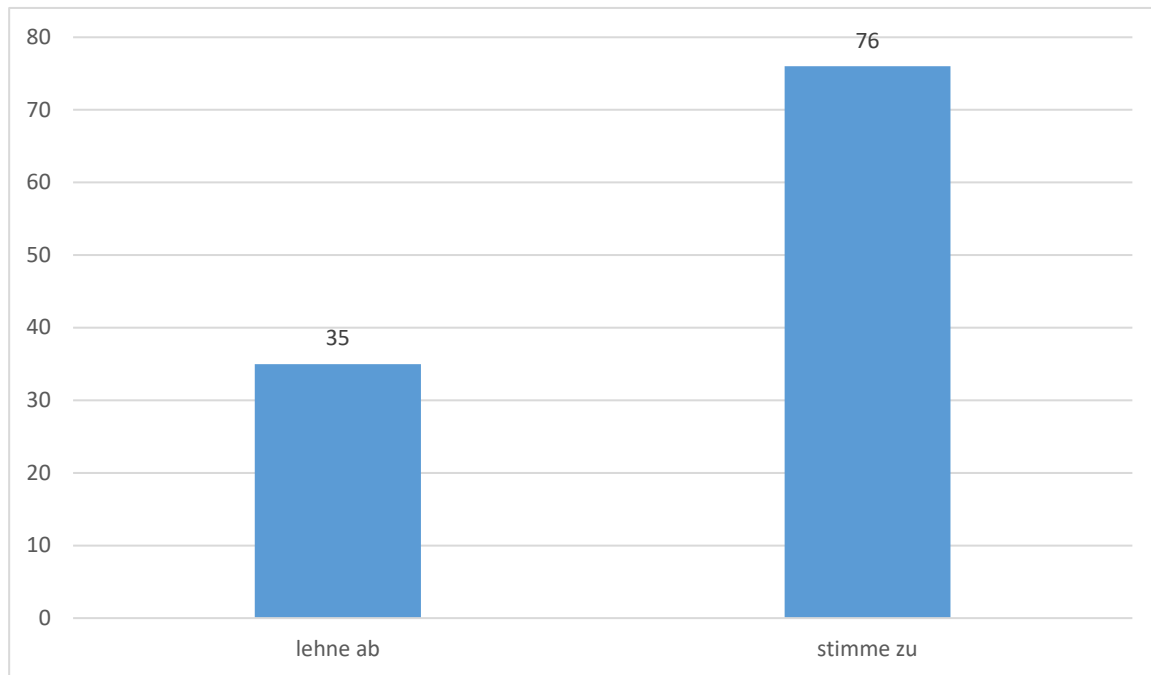


Antisemitismus ist ein dauerhaftes Problem moderner Gesellschaften – er weist eine sehr hohe Kontinuität auf und prägt unterschiedliche Erscheinungsformen. Dies wurde nicht zuletzt im Kontext der Corona-Pandemie deutlich, als eine Zunahme von verschwörungsideologischen Narrativen beobachtet werden musste, in denen Juden als vermeintliche „Strippenzieher“ oder „Profiteure“ diffamiert werden (vgl. u. a. Correctiv 2020). Typisch sind in diesem Zu-

sammenhang geschichtsrevisionistische bzw.-relativierende Positionen, bei denen beispielsweise ein Vergleich zwischen der Verfolgung von Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus und „deutschen Opfern“ vorgenommen wird, ein „Schlussstrich unter die Geschichte“, also ein Ende der Aufarbeitung von NS-Verbrechen gefordert wird, oder Jüdinnen und Juden unterstellt wird, aus ihrer Verfolgungsgeschichte finanziellen Nutzen ziehen zu wollen. Dies alles sind Manifestationen alter, tiefsitzender Ressentiments, die insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte hochproblematisch sind (vgl. Salzborn 2010, 2019). Dass es auch in Thüringen seit Jahren immer wieder zu antisemitischen Vorfällen kommt, zeigen die Dokumentationen von RIAS, der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen (vgl. Thiele & Ben-Yehoshua 2021). Basierend auf den Befunden vorangegangener Thüringen-Monitore konstatierte der Bericht des Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus (2020, 1) „in Thüringen eine stetige Zunahme einer antisemitischen Einstellung der Bevölkerung.“ Hierfür war vor allem der Anstieg der Zustimmung zur Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ (primärer Antisemitismus) auf 16 Prozent im Jahr 2019 ausschlaggebend. In der Befragung 2020 hatte sich dieser Wert jedoch wieder halbiert; in diesem Jahr ist er gar auf vier Prozent und damit den niedrigsten Messwert in der gesamten Zeitreihe seit der Etablierung des Messkonzepts im Jahr 2001 (damals: 14 Prozent!) gesunken. Eine beunruhigende Stabilität auf vergleichsweise höherem Niveau weisen die Zustimmung zu den Aussagen „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“ (sekundärer Antisemitismus) und „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ (israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus) auf. Gegenüber 2018 und 2019 sind auch hier leichte Rückgänge erkennbar, gegenüber 2020 ist die Veränderung jedoch statistisch nicht signifikant.

Die Antisemitismus-Messung im Thüringen-Monitor wird in diesem Jahr erstmalig durch zwei Aussagen ergänzt. Die erste neue Aussage ist dem sogenannten Schuldabwehr-Antisemitismus (vgl. Decker & Brähler 2020, 220 ff.; Kempf 2013, 15) zuzuordnen. 45 Prozent der Befragten sind demnach der Meinung: „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand.“ Hier wird eine deutliche Relativierung erkennbar. Dies gilt umso mehr, als die Thematisierung der Not der deutschen „Mehrheitsbevölkerung“ in der Nachkriegszeit, beispielsweise die der Vertriebenen, seit vielen Jahrzehnten fester Bestandteil öffentlicher Gedenkkultur und historischer Darstellungen in der Bundesrepublik ist und daher nicht ernsthaft bestritten werden kann. Bedeutsam ist auch die semantische Unterscheidung zwischen „den Juden“ und „den Deutschen“. Nationalistisch eingestellte Befragte stimmen dieser Aussage signifikant häufiger zu als nicht nationalistisch eingestellte Befragte (Abb. 1).

Abb. 2: Zustimmung zur Aussage „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“ nach nationalem Chauvinismus (in Prozent)



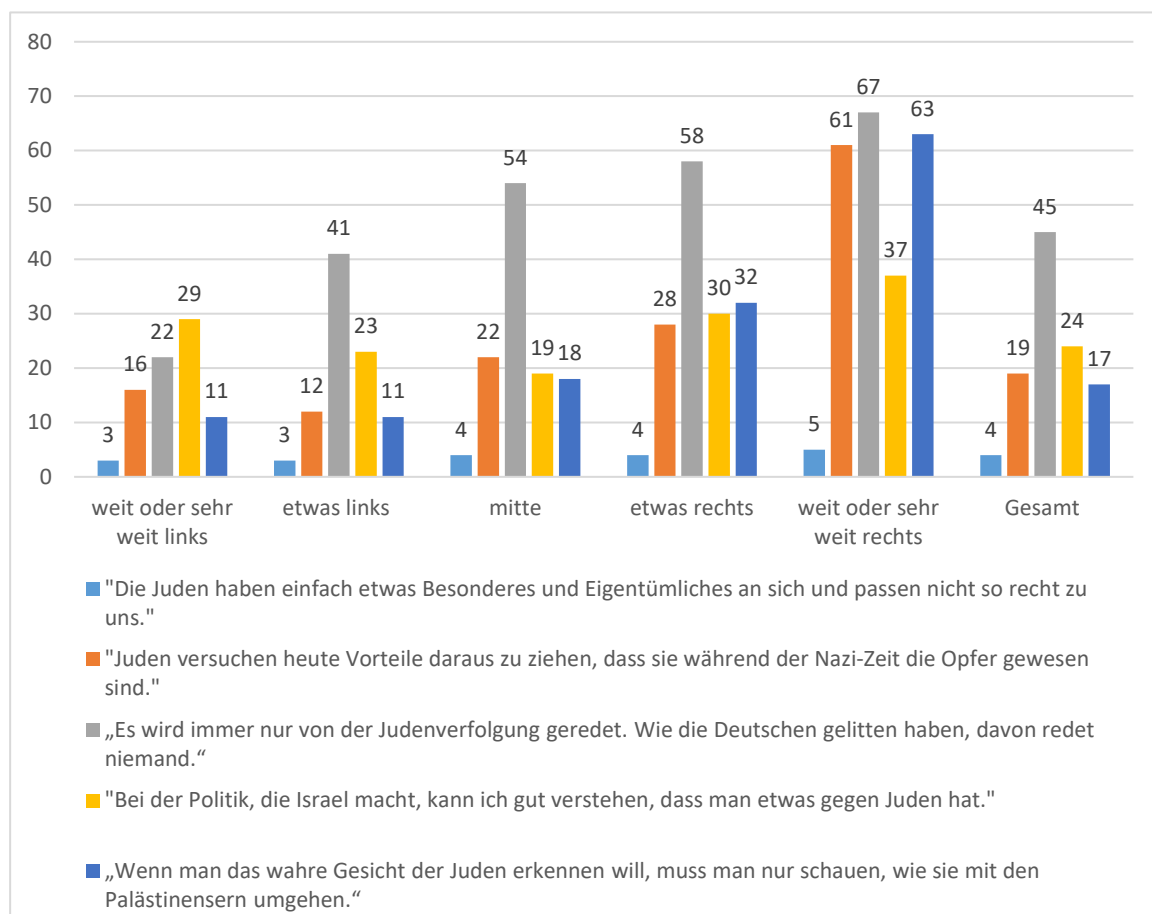
"Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran." [gruppiert]

Die zweite neue Aussage nimmt eine schärfere Formulierung einer antisemitischen Position vor, die sich unter dem Vorwand artikuliert, Sympathie mit „den Palästinensern“ oder eine „antiimperialistische“ Grundhaltung ausdrücken zu wollen (vgl. Kempf 2012, 6). Diese Aussage ist also dem antizionistischen Antisemitismus bzw. antiisraelischen Antizionismus zuzuordnen. 17 Prozent der Befragten insgesamt meinen demnach: „Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen.“ Das Ausmaß dieser Zustimmung muss bedenklich stimmen, wird durch die Formulierung „wahre Gesicht der Juden“ doch als nicht nationalistisch eingestellte Befragte eine erkennbare Assoziation mit antisemitischer Hetzpropaganda hergestellt, wie sie in rechtsextremen Kreisen bis heute zirkuliert (vgl. Botsch 2021). Und tatsächlich zeichnet sich ab, dass solche Befragte, die sich selbst „etwas“ oder „(sehr) weit rechts“ von der politischen „Mitte“ verorten, der Aussage markant und signifikant häufiger zustimmen als Befragte in der „Mitte“ oder „links“ davon (Abb. 2). Bei keiner anderen Antisemitismus-Aussage ist dieses Differential so deutlich ausgeprägt. So variiert die Zustimmung zu der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ sogar so schwach über das politische Spektrum hinweg, dass die Unterschiede statistisch nicht signifikant sind. Hierbei zeigt sich einmal mehr, dass zwischen „rechtem“, „linkem“ und dem Antisemitismus der „Mitte“ teilweise nur durch bestimmte Schlüsselbegriffe oder den Härtegrad der Formulierung unterschieden werden kann. Dennoch ergibt sich in der Gesamtschau der Befund, dass Befragte, die sich selbst im rechten Lager verorten, besonders häufig antisemitisch eingestellt sind. Bemerkenswert bleiben dennoch – wie in früheren Thüringen-Monitoren – die relativ hohen Anteilswerte auch bei vielen Befragten in der „Mitte“ und auf dem linken Flügel des politischen Spektrums. Dies ist in diesem Jahr insbesondere bei der Aussage: „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“ auffällig. Eines bleibt nämlich zu beachten: Die Grafik zeigt mit den Abstufungen der Zustimmungswerte die besondere „Anfälligkeit“ von Befragten in den angegebenen Unterkategorien, doch sind diese zahlenmäßig sehr unterschiedlich besetzt. Bezogen auf die demokratische Kultur im Freistaat bedeutet

dies, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass sich ein Thüringer, die sich selbst als „rechts“ einordnet, antisemitisch ideologisiert ist. Allerdings ist es noch häufiger, dass ein Thüringer, der/die antisemitischen Aussagen zustimmt, diese billigt oder selbst tätigt, sich in der „Mitte“ oder „links“ davon positioniert. Auch der erfreuliche Rückgang der Zustimmung zur Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ kann also nicht darüber hinwegtäuschen, dass in unserer Gesellschaft große Herausforderungen für die demokratiebildnerische Antisemitismusprävention, Aufklärungsarbeit und die politische Erwachsenenbildung bestehen.

Wenn die Zustimmung zu allen fünf Antisemitismus-Aussagen zu einer Skala verrechnet wird, stimmen insgesamt zehn Prozent der Befragten den Aussagen im Durchschnitt mindestens überwiegend zu und müssen nach der Messkonvention des Thüringen-Monitors als „antisemitisch eingestellt“ bezeichnet werden. Nur 46 Prozent der Befragten stimmen keiner einzigen Aussage zu, 30 Prozent stimmen einer Aussage zu, 15 Prozent stimmen zwei Aussagen zu, fünf Prozent drei Aussagen und vier Prozent vier oder allen fünf Aussagen. Antisemitisch eingestellte Personen sind tendenziell niedriger gebildet und autoritärer als andere Befragte. Sie äußern auch signifikant häufiger individuelle oder kollektive Benachteiligungsgefühle und Statusverlustangst.

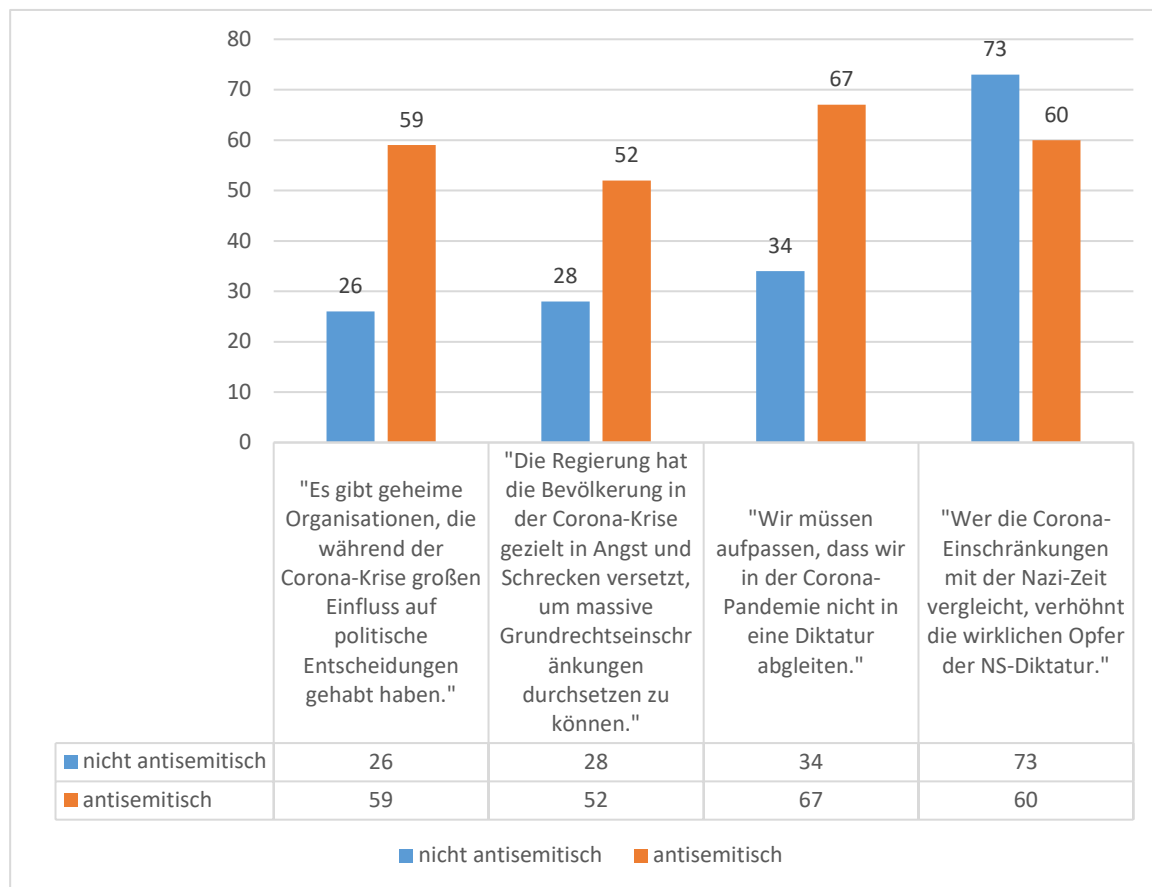
Abb. 3: Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus nach Links-Mitte-Rechts-Selbsteinordnung (in Prozent)



Außerdem tendieren sie stärker zu Anti-Establishment Positionen als andere Befragte, so stimmen 82 Prozent der antisemitisch Eingestellten der Aussage zu: „Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.“ Unter

nicht antisemitisch Eingestellten stimmen 47 Prozent zu. Darin deutet sich wiederum der Befund an, der bereits im letztjährigen Gutachten (vgl. TM 2020, 91) diskutiert worden war: der Zusammenhang zwischen antisemitischen Einstellungen und der Affinität zu Verschwörungsideologien. Die Autoren der Leipziger Mitte-Studie (vgl. Decker & Brähler 2020) diskutieren dieses Phänomen als „Verschwörungsmentalität“ und weisen darauf hin, dass jene von autoritären Orientierungen grundiert wird. Verschwörungsideologien bieten vermeintlich einfache, schlüssige Erklärungen bzw. Deutungen für komplexe, zumeist negativ empfundene gesellschaftliche Phänomene und Entwicklungen – und sie benennen angeblich Ross und Reiter (vgl. hierzu auch Kapitel IV.1). Dabei stellen antisemitische Verschwörungsmythen aufgrund ihrer historischen und sozio-politischen Entstehungskontexte und ihrer hohen Kontinuität eine regelrechte Schablone für jegliche Verschwörungsideologien dar. Selbst wenn nicht explizit von Jüdinnen und Juden gesprochen bzw. geschrieben wird, bedienen sich Verschwörungsideologen und Verschwörungsgläubige typischerweise derselben spekulativen Argumentationslogiken und Mythenstrukturen, die dem Antisemitismus seit jeher eigen sind (vgl. Frindte 2021). Dies wurde gerade in der Corona-Pandemie offenbar (ebd.; vgl. auch TM 2020). So kann es auch nicht überraschen, dass antisemitisch eingestellte Befragte im diesjährigen Thüringen-Monitor eine signifikant erhöhte Tendenz der Zustimmung zu solchen Aussagen aufweisen, in denen eine Corona-Verschwörung behauptet oder vor einer angeblichen „Corona-Diktatur“ gewarnt wird (Abb. 4). Des Weiteren verwehren sich antisemitisch eingestellte Befragte signifikant seltener gegen geschichtsrelativierende Vergleiche im Zusammenhang mit der Pandemie-Politik, wenngleich auch die Mehrheit von ihnen solche Vergleiche zurückweist – erscheinen sie ihnen offenbar allzu unvertretbar. Der moderne Antisemitismus ist umso gefährlicher als er vorgibt, rational und sachlich zu argumentieren, lediglich „Kritik“ zu äußern oder „Fragen“ zu stellen. Dies macht ihn anschlussfähig über soziale und politische Milieus hinweg.

Abb. 4: Zustimmung zu Aussagen im Kontext der Corona-Pandemie nach antisemitischer Einstellung (in Prozent)



2. Antisemitismus während der Corona-Krise in Thüringen

Nach der aktuellen Leipziger Autoritarismus-Studie vom Herbst 2022 (https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf) wurde der „harte Kern“ antidemokratischer Milieus kleiner, die Zahlen belegen eine starke Abnahme des Personenkreises mit geschlossen rechtsextremem Weltbild, insbesondere in Ostdeutschland. Damit bestätigt sich die bereits 2020 konstatierte Verfestigung extremistischer Milieus bei rückläufiger Gruppengröße. Andererseits werden andauernde Problemlagen deutlich. Ausländerfeindliche Einstellungen verharren auf hohem Niveau oder nehmen sogar in den ostdeutschen Bundesländern zu. Jede bzw. jeder fünfte junge Ostdeutsche zwischen 16 und 30 Jahren teilt chauvinistische Positionen; besorgniserregend ist dabei, dass diese Positionen deutlich stärker in der jungen ostdeutschen Generation verhaftet sind als in der restlichen Bevölkerung. Weit in der Gesellschaft verbreitet sind zudem antifeministische und sexistische Einstellungen. Nicht selten gehen sie einher mit anderen Ressentiments wie etwa Homo- und Transfeindlichkeit oder Antisemitismus und zeigen sich eng verwoben mit einem traditionellen Männlichkeitsbild und einer dogmatisch-fundamentalistischen Religiosität. Da gleichzeitig ein Anstieg des Antifeminismus und von Schuldabwehrantisemitismus zu verzeichnen ist und auch der Hass auf Muslime, Sinti und Roma konstant hoch bleibt, ist vielmehr von einer Objektverschiebung der antidemokratischen Einstellung zu sprechen als von einem Rückgang.

Autoritäre Reaktionen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie werden nicht allein an erwartbarer Stelle – den Milieus mit Verschwörungsglauben – gefunden, sondern auch weit darüber hinaus. Durch die Proteste gegen die Präventionsmaßnahmen der Bundesregierung sind die Verschwörungserzählungen zur Grundlage einer breiten Mobilisierung geworden. Sie wurden von organisierten Rechtsextremen genutzt, fanden aber auch in anderen politischen Milieus Anklang. Wie Ausländerfeindlichkeit, Antifeminismus und Antisemitismus sind diese Verschwörungserzählungen eine Brückenideologie, welche verschiedene antidemokratische Milieus miteinander verbindet.

Parallel zu den Protesten auf der Straße findet ein auf Thüringen fokussierter Austausch auch online statt. Beispielsweise im Messengerdienst Telegram wird in einem öffentlich zugänglichen Chat mit dem Titel „Thüringen steht auf!“ ein breites Spektrum an Verschwörungsmythen verbreitet, die zum Teil offen antisemitisch sind. So werden etwa die „Protokolle der Weisen von Zion“ verbreitet, aber auch sekundärer Antisemitismus propagiert. Hinzu kommen zahlreiche menschenfeindliche, insbesondere rassistische Posts; auch Artikel aus dem AfD-nahen, seit März 2020 vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft „Compact“-Magazin werden rege geteilt.

Sowohl auf der Straße als auch im Netz ist zwar nur ein geringer Anteil der Teilnehmenden offen rechtsextrem. Da deren offensichtlich antisemitischen und menschenfeindlichen Äußerungen jedoch innerhalb der Protest-Gruppen unwidersprochen bleiben, ist ein Gewöhnungseffekt an rechtsextremes und antisemitisches Gedankengut zu befürchten.

Im gesamten Bundesgebiet tauchten zur Zeit der Coronaproteste und auch im Internet immer wieder gelbe „Ungeimpft“-Sterne auf. Diese sollen an die Kleidervorschriften für Jüdinnen und Juden in der NS-Zeit erinnern und drücken die Unzufriedenheit ihrer Träger*innen mit den Maßnahmen zur Eingrenzung des Coronavirus aus. Auch in Thüringen gab es in den vergangenen zwei Jahren einige dieser Vorfälle, von denen vier zur Anzeige gebracht wurden. Die öffentlich zur Schau gestellten Vergleiche zwischen der angeblichen gesellschaftlichen und medialen Ausgrenzung der Anhänger rechten Gedankenguts mit der Verfolgung der Juden unter dem Nationalsozialismus möglicherweise als strafbare Volksverhetzung zu bewerten ist nicht wenig kompliziert. Eine einheitliche Rechtsprechung hat sich noch nicht herausgebildet.

So hat etwa das OLG Saarbrücken in einer Entscheidung vom 08.03.2021 (Az.: Ss 72/2020 (2/21), Ss 72/20 (2/21)) befunden, dass „die Verwendung eines „Judensterns“ unter Ersetzung des Wortes „Jude“ durch die Wörter „nicht geimpft“ in einem öffentlich zugänglichen Facebook-Profil ...als Beitrag zur öffentlich geistigen Auseinandersetzung ohne das Hinzutreten weiterer Umstände nicht den Tatbestand des Volksverhetzung gemäß § 130 Abs.3 StGB (erfüllt) und ... auch keine Beleidigung (§185 StGB) der unter nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Juden (darstellt)“.

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten hat dagegen in einem rechtskräftig gewordenen Urteil vom 29.09.2021 (234 Cs) 231 Js 925/21 (203/21) befunden, der Angeklagte habe sich durch einen in seinem öffentlich einsehbaren Profil der Internet-Plattform Facebook geposteten Bild eines gelben Sterns, welcher in dieser Art in der Zeit des Nationalsozialismus zur Kennzeichnung von Juden verwendet wurde, mit der Inschrift „NICHT GEIMPFT“ und der Überschrift „Die Jagd auf Menschen kann nun wieder beginnen“ wegen Volksverhetzung nach § 130 Abs. 3 StGB strafbar gemacht. Wie vom Angeklagten jedenfalls billigend in Kauf genommen, habe er durch den Post das Schicksal von Menschen jüdischen Glaubens unter der NS-Herrschaft mit der Impfsituation in Deutschland auf Grund der Corona-Pandemie gleichgestellt und dadurch das offenkundige Ungleichgewicht eine Bagatellisierung der Art, des Ausmaßes und der Folgen

der Unterdrückung, Gewalt und massenhaften Ermordung, der sich das jüdische Volk in der Zeit des Nationalsozialismus ausgesetzt sah, zum Ausdruck gebracht.

Auch das Bayrische Oberste Landesgericht verurteilte einen Angeklagten, weil dieser die Situation der Juden während der NS-Zeit mit der von AfD-Anhängern heutzutage gleichgestellt hat. Das auf Breitenwirkung ausgelegte Tragen eines "Judensterns" bei einer Demonstration verharmlose die Verfolgung der Juden durch das NS-Regime. Dieses Verhalten sei geeignet, das gesellschaftliche Klima zu vergiften und erfülle damit den Tatbestand der Volksverhetzung gemäß § 130 Abs. 3 StGB.

3. Antisemitisch motivierte Straftaten

Der Begriff bezieht sich auf Fallzahlen der „Politisch Motivierten Kriminalität“ (PMK). Der PMK werden nach dem bundeseinheitlichen Definitionssystem Straftaten u. a. dann zugeordnet, wenn „in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie (...) gegen eine Person wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements gerichtet sind bzw. aufgrund von Vorurteilen des Täters bezogen auf Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physische und/oder psychische Behinderung oder Beeinträchtigung, Geschlecht/sexuelle Identität, sexuelle Orientierung oder äußeres Erscheinungsbild begangen werden. Diese Straftaten können sich unmittelbar gegen eine Person oder Personengruppe, eine Institution oder ein Objekt/eine Sache richten, welche(s) seitens des Täters einer der o. g. gesellschaftlichen Gruppen zugerechnet wird (tatsächliche oder zugeschriebene Zugehörigkeit) oder sich im Zusammenhang mit den vorgenannten Vorurteilen des Täters gegen ein beliebiges Ziel richten.“

Innerhalb der PMK werden Straftaten wiederum sog. „Phänomenbereichen“ zugeordnet, diese sind „PMK-rechts“, „PMK-links“, „PMK-ausländische Ideologie“ sowie „PMK-religiöse Ideologie“.

Nur etwa ein Fünftel antisemitischer Vorfälle wird überhaupt gemeldet bzw. bei der Polizei angezeigt (sog. „Underreporting“, vgl. Anne Goldenbogen, Caterina Zwilling: „Antisemitisch motivierte Straftaten“ in Anders Denken, die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit, 2020). Da aber ein großer Teil der betroffenen Jüdinnen und Juden den Weg zur Polizei meidet und viele der Erfahrungen im Alltag der Betroffenen unterhalb einer Strafbarkeitsgrenze liegen, kann die PMK-Statistik immer nur eine Aussage über das so genannte Hellfeld, also die Zahl der angezeigten Fälle liefern. Erstmals wurde auf das Problem des „Underreporting“, also des Nicht-Meldens oder Nicht-Anzeigens antisemitischer Vorfälle in einer europaweiten Umfrage der European Agency for Fundamental Rights (FRA) aus dem Jahr 2013 hingewiesen.

Die Statistiken können mithin nur das widerspiegeln, was von der Polizei erfasst worden ist. Ein Problem stellt das Erkennen antisemitischer Vorfälle dar. Ob eine angezeigte antisemitische Straftat auch den zuständigen Landeskriminalämtern zur Kenntnis gebracht und als solche vom polizeilichen Staatsschutz verfolgt wird, hängt in hohem Maß von den Erfahrungen, dem Kenntnisstand und der Sensibilität der Beamtinnen und Beamten, die eine Anzeige entgegennehmen, ab, und ob die übermittelten Informationen den antisemitischen Gehalt ausreichend ausweisen.

Das Erkennen antisemitischer Tatmotive ist insbesondere dann erschwert, wenn weniger offensichtliche Formen von Antisemitismus, z.B. israelbezogener Antisemitismus oder Verschwörungsideologien, eine Rolle spielen.

Erschwert wird die Erfassung antisemitisch motivierter Straftaten außerdem durch das spezifische polizeiliche Zählsystem: Wird beispielsweise ein Fall von antisemitischer Beleidigung mit folgender Körperverletzung zur Anzeige gebracht, geht nur der schwerere Straftatbestand, in diesem Falle also die Körperverletzung, in die Statistik ein.

Insbesondere können die polizeilichen Statistiken keine Auskunft darüber geben, ob die dort erfassten Taten tatsächlich in strafbarer Weise begangen worden sind. Denn nicht jedes von der Polizei wegen des Verdachts einer Straftat eingeleitete oder erfasste Verfahren führt zu einer Verurteilung. Erst mit der Verurteilung durch ein Gericht kann verbindlich eine Tatbegehung festgestellt werden (vgl. Falk Schnabel „Antisemitische Straftaten“ in: Themenheft 2019, Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Deutscher Koordinierungsrat, S. 34 f.).

Auch die Klärung des Motivs spielt eine entscheidende Rolle. Hier kommt es auf die Sensibilität und Fachkompetenz der zuständigen Beamteninnen und Beamten an. Denn sie bestimmen, ob eine Tat als antisemitisch eingestuft wird oder nicht, wenn der/die Beschuldigte nicht von sich aus schon das antisemitische Motiv einräumt. Gerade in Fällen, in denen keine Täter/innen ermittelt werden können, müssen sich die Beamten/innen die Motivlagen selbstständig erschließen. Dafür braucht es eine gute Kenntnis der entsprechenden Symbole und Codes. Nicht-deutschsprachige Äußerungen oder Schriften machen die Sache häufig noch komplizierter (vgl. Anne Goldenbogen, Caterina Zwilling a. a. O.).

Bei den Staatsanwaltschaften des Freistaats werden antisemitische Straftaten verfahrensbezogen und als Unterfall rechtsextremistischer Straftaten für die bundeseinheitliche Statistik zu rechtsextremistischen oder fremdenfeindlichen Straftaten zahlenmäßig erfasst und statistisch ausgewertet. Die Anzahl der so erfassten Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten mit antisemitischen Bestrebungen ist in Thüringen seit dem Jahr 2014 gestiegen und erreichte 2020 mit 105 Ermittlungsverfahren den Höchstwert in dem vorliegenden Betrachtungszeitraum (s. Abb. 4a). Für das Jahr 2022 liegen bisher nur die Werte des 1. Quartals vor. In den Monaten Januar bis März 2022 wurden von den Staatsanwaltschaften Erfurt, Gera, Meiningen und Mühlhausen 41 Ermittlungsverfahren wegen antisemitisch motivierter Taten eingeleitet. Bedenklich ist aber vor allem auch der prozentuale Anteil der Ermittlungsverfahren wegen Straftaten mit antisemitischen Bestrebungen; dieser stieg auf rund 10% im Jahr 2021 an.

Abb. 4a: Darstellung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher - und darunterfallende Verfahren wegen antisemitisch motivierter Straftaten

Jahr	Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten	davon mit antisemitischen Bestrebungen	Prozentualer Anteil
2014	705	37	5,25%
2015	883	37	4,19%
2016	1.481	67	4,52%
2017	1.296	90	6,94%
2018	1.197	69	5,76%
2019	1.048	54	5,15%
2020	1.174	105	8,94%
2021	941	95	10,1%

Quelle: selbsterstellte Tabelle nach Zahlen des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Abgesehen von den unterschiedlichen Erfassungszeitpunkten und dem Gegenstand der Erfassung fällt die Beurteilung, ob den erfassten Straftaten eine antisemitische Motivation zugrunde liegt, bei der Polizei und bei den Staatsanwaltschaften durchaus unterschiedlich aus und hängt, wie schon eingangs erwähnt, u. a. vom Erkenntnisgewinn im Laufe eines Verfahrens ab. Darüber hinaus werden seit 2019 bundesweit statistisch auch solche Verfahren erfasst, die der sog. Hasskriminalität zuzuordnen sind. Die statistische Erhebung von Kriminalität, der ein menschenverachtender Charakter zukommt, wurde durch die Justizministerkonferenz im Rahmen der Frühjahrssitzung 2017 beschlossen und wird seit dem 1. Januar 2019 flächendeckend von allen Ländern erhoben, vom Bundesamt für Justiz zu einem Bundesergebnis zusammengefasst und auf der dortigen Internetseite veröffentlicht.¹ Zum Zwecke der statistischen Erhebung sind Straftaten dann der Hasskriminalität zuzuordnen, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich gegen eine Person wegen ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität, politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements, ihres äußeren Erscheinungsbildes oder sozialen Status gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder Gegenstand richtet. Als Unterkategorie werden im Rahmen dieser Statistik auch Straftaten erfasst, denen antisemitische Bestrebungen zugrunde liegen.

¹ Bisher sind die Zahlen der statistischen Erhebung von Hasskriminalität für das Jahr 2019 allerdings noch nicht auf der Internetseite des BfJ veröffentlicht.
https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/Justizstatistik/Justizstatistik_node.html

Die von den Staatsanwaltschaften des Freistaats eingeleiteten Verfahren wegen Straftaten, die der Hasskriminalität zuzuordnen sind und die darunterfallenden Verfahren wegen antisemitisch motivierter Straftaten ergeben sich aus der Abb. 4b.

Für das Jahr 2022 liegen bisher nur die Werte des 1. Quartals vor. In den Monaten Januar bis März 2022 wurden von den Staatsanwaltschaften Erfurt, Gera, Meiningen und Mühlhausen 206 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten eingeleitet, die der Hasskriminalität zuzuordnen sind. Darunter 30 wegen antisemitisch motivierter Taten.

Abb. 4b: Darstellung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren wegen sog. Hasskriminalität - und darunterfallende Verfahren wegen antisemitisch motivierter Straftaten

Jahr	Ermittlungsverfahren wegen Straftaten, die der Hasskriminalität zuzuordnen sind	davon mit antisemitischen Bestrebungen	Prozentualer Anteil
2019	516	52	10,07%
2020	732	80	10,93%
2021	755	115	15,23%

Die von der Polizei erfassten Delikte ergeben sich aus Abb. 5.

Abb. 5: Von der Polizei erfasste PMK-Delikte und darunter fallende antisemitisch motivierte Straftaten

Jahr	Erfasste PMK-Delikte insgesamt	Erfasste antisemitisch motivierte Straftaten	Prozentualer Anteil der PMK-Delikte zu antisemitisch motivierten Straftaten
2015	2.072	71	3,43%
2016	2.301	80	3,48%
2017	2.104	58	2,76%
2018	1.798	67	3,73%
2019	2.493	93	3,73%
2020	2.095	116	5,54%
2021	2.770	132	4,76%

Quelle: selbsterstellte Tabelle durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales aus Werten der PMK-Statistik 2021 und der Angaben des Thüringer Landeskriminalamtes zu Antisemitischen Straftaten in Thüringen in den Jahren 2015 bis einschließlich 2021

Anhand der prozentualen Aufschlüsselung lässt sich erkennen, dass der Anteil aller im Freistaat Thüringen polizeilich erfassten antisemitisch motivierten Delikte in Bezug auf alle politisch motivierten Delikte im Betrachtungszeitraum von 2015 bis 2021 zwischen 2,76% (2017) und 5,54% (2020) liegt.

Der Thüringer Polizei sind in den Jahren 2020 und 2021 folgende als antisemitisch bewertete Straftaten bekannt geworden:

Abb. 6

Paragraf	Straftat	2020	2021
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	10	13
§ 111 StGB	Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1	0
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	0	2
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	1	0
§ 129 StGB	Bildung krimineller Vereinigungen	0	1
§ 130 StGB	Volksverhetzung	83	88
§ 185 StGB	Beleidigung	7	1
§ 188 StGB	Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens	3	0
§ 223 StGB	Körperverletzung	1	3
§ 224 StGB	Gefährliche Körperverletzung	1	0
§ 241 StGB	Bedrohung	2	5
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	6	7
§ 304 StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	0	12
	Verstoß gegen das Vereinsgesetz	1	0

Auffällig ist, dass im betrachteten Zeitraum die meisten Delikte mit antisemitischer Motivation nach § 130 StGB (Volksverhetzung) erfasst wurden. Im Jahr 2020 machte das 71,6 %, im Jahr 2021 66,7 % aller antisemitisch motivierten Straftaten aus. Danach nehmen die antisemitisch motivierten Volksverhetzungen seit 2018 jährlich zu.

2020 wurden von den Thüringer Staatsanwaltschaften 105 Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Taten eingeleitet. Im gleichen Zeitraum kam es in anhängigen Verfahren wegen rechtsextremistischer Taten, die einen antisemitischen Bezug aufwiesen, zu 7 sonstigen gerichtlichen Entscheidungen, einem Freispruch und 13 Verurteilungen:

- 11 Verurteilungen zu Geldstrafen
- 1 Verurteilung zu Erziehungsmaßnahmen/Zuchtmitteln
- 1 Verurteilung zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten bis zu einem Jahr

Durch keine der aufgeführten antisemitisch motivierten Straftaten kam es im Jahr 2020 zu Verletzten oder Toten.

2021 wurden von den vier Thüringer Staatsanwaltschaften 95 Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Taten eingeleitet. Im gleichen Zeitraum kam es in anhängigen Verfahren wegen rechtsextremistischer Taten, die einen antisemitischen Bezug aufwiesen, zu 6 sonstigen gerichtlichen Entscheidungen und 16 Verurteilungen:

- 12 Verurteilungen zu Geldstrafen
- 3 Verurteilungen zu Erziehungsmaßnahmen/Zuchtmitteln
- 1 Verurteilung zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von bis 6 Monaten

In drei Fällen kam es im Jahr 2021 im Zusammenhang mit den von der Polizei als antisemitisch eingestuften Straftaten zu leicht Verletzten. Durch keine der aufgeführten antisemitisch motivierten Straftaten kam es zu schwer Verletzten oder Toten. Die materiellen Schäden belaufen sich auf circa 2.000 €.

Im 1. Quartal des Jahres 2022 wurden von den Staatsanwaltschaften Erfurt, Gera, Meiningen und Mühlhausen 41 Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Taten eingeleitet. Im gleichen Zeitraum kam es in anhängigen Verfahren wegen rechtsextremistischer Taten, die einen antisemitischen Bezug aufwiesen, zu 4 sonstigen gerichtlichen Entscheidungen und 4 Verurteilungen:

- 3 Verurteilungen zu Geldstrafen
- 1 Verurteilung zu Erziehungsmaßnahmen/Zuchtmitteln

Durch keine der aufgeführten antisemitisch motivierten Straftaten kam es im 1. Quartal des Jahres 2022 zu Verletzten oder Toten.

4. Antisemitische Vorfälle in Thüringen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive: Errichtung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Thüringen

Anfang 2021 hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) ihre Arbeit in Thüringen aufgenommen. Die Geschäftsstelle ist beim Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena angesiedelt und wird von der TSK finanziell gefördert (in 2021 mit 120.000 €, in 2022 mit 150.000 €).

Im selben Jahr hat RIAS erstmalig Erhebungen und Analysen zu antisemitisch motivierten Vorfällen durchgeführt. Die Ergebnisse liegen in ausführlicher Form publiziert vor und können dort nachgelesen werden, weshalb an dieser Stelle lediglich darauf verwiesen werden soll (<https://report-antisemitism.de/rias-thueringen/>).

5. Schuldabwehr-Antisemitismus

In Thüringen äußert sich der sog. Schuldabwehr-Antisemitismus in der Zerstörung, Beschädigung oder Schändung von Gedenkortern, -zeichen oder -initiativen, sowie der absichtlichen Störung von Gedenkfeiern, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern. Wie die Tatortanalyse zeigt, sind die Gedenkstätte Buchenwald bzw. Orte in Weimar, an denen die Gedenkstätte aktiv ist, zentrale Tatorte antisemitischer Angriffe.

Am 6. Februar 2021 legte die Vereinigung Bürger für Deutschland im Rahmen einer „Querdenken“-Demonstration in Weimar am Buchenwaldplatz einen Kranz mit der Inschrift „Im Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus und Opfer der totalisierenden Diktatur“ nieder. Die Stiftung protestierte (wie auch die Jüdische Landesgemeinde) öffentlich per Social Media, zudem erstattete der Stiftungsdirektor Strafanzeige wegen Volksverhetzung (Verharmlosung der NS-Verbrechen).

Aus den Reihen der „Querdenken“-Demonstration am Abend des 12. April 2021 in Weimar kam es zu Übergriffen auf drei junge Mitarbeiterinnen der Stiftung, die die künstlerische Installation „Verschwindende Wand“ mit Zitaten von Überlebenden der KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora aus Anlass des 76. Jahrestages der Befreiung begleiteten, um Interessierten Inhalt

und Ziel der Installation zu erläutern sowie auf die Einhaltung des mit dem Gesundheitsamt Weimar abgestimmten Hygienekonzepts zu achten. Ab ca. 18:30 Uhr sammelten sich auf dem Platz Gegner/innen der Pandemie-Schutzmaßnahmen für ihren sogenannten Montagsspaziergang. Dabei kam es zu massiven verbalen und sexualisierten Angriffen gegen die jungen Kolleginnen, die von teils alkoholisierten Männern umzingelt und, da die Kolleginnen auf die Einhaltung der Hygienemaßnahmen (vor allem das Tragen von Masken) drangen, beschimpft und körperlich bedrängt wurden. Das endete erst, als die Kolleginnen gegen 19:10 Uhr den Platz verließen.

Am 2. Mai 2021 veröffentlichte ein namentlich bekannter bekennender Rechtsextremist Fotos auf seinem Telegram-Kanal, die vermutlich im zeitlichen Umfeld der „Querdenken“-Proteste in Weimar am Tag zuvor (unter dem Hashtag „weißeRose2021“) in der Gedenkstätte Buchenwald vor der Cremer-Plastik und dem ehemaligen Lagertor aufgenommen worden waren. Da die Fotos und Kommentare die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnen, stellte der Stiftungsdirektor unmittelbar Strafanzeige. Die Polizeiinspektion Weimar stuft den Vorfall als schwerwiegend ein. Zusätzlich stellte die Stiftung Liebig ein unbefristetes Hausverbot sowie eine strafbewehrte Unterlassung wegen des Verstoßes gegen die Besucherordnung, die Foto- und Filmaufnahmen in den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora nur zu privaten Zwecken erlaubt und eine Veröffentlichung nur nach vorheriger Genehmigung durch die Direktion der Stiftung zulässt, zu.

An Himmelfahrt 2021 beschmierten Unbekannte in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora Informationstafeln mit dem Erkennungszeichen der u. a. im rechtsextremen Umfeld anzusiedelnden Ultras Nordhausen. Es wurde Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt.

Die von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora initiierte Wanderausstellung im öffentlichen Raum „Haut, Stein“ wurde im Juni und Juli 2021 zwei Mal in Nordhausen beschädigt. Unbekannte zeichneten unter anderem ein Hakenkreuz auf das Porträt eines Aussteigers aus der Neonazi-Szene. Polizei und Staatsschutz übernahmen die Ermittlungen, die inzwischen eingestellt wurden. Die Outdoor-Wander-Ausstellung war vor der Stadtbibliothek Nordhausen zu sehen. Sie zeigt Fotos des Künstlers Jakob Ganslmeier, der ehemalige Neonazis in ihrem Prozess des Ausstiegs begleitete, einschließlich Entfernung oder Verfremdung von zum Teil großflächigen Tätowierungen. Konfrontiert werden die Porträts mit heute noch im öffentlichen Raum sichtbarer Architektur und baulichen Ornamenten aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Anfang September 2021 wurde ein widerrechtlich von Vertretern einer sowohl dem Thüringer Landtag wie auch dem Deutschen Bundestag angehörenden rechtsgerichteten Partei in der Gedenkstätte angebrachtes Plakat („Mut zur Wahrheit!“) öffentlichkeitswirksam (Post auf Twitter) durch die Stiftungsleitung entfernt. Die Medien berichteten darüber ausführlich. Daraufhin zeigte die Bundestagsfraktion dieser Partei die Stiftung und den Stiftungsdirektor wegen Diebstahls und Sachbeschädigung an. Das daraufhin eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde am 9. November 2021 eingestellt. Erfolgreich konnte die Stiftung gegenüber der Stadtratsfraktion derselben Partei in Weimar per Unterlassungserklärung durchsetzen, dass diese ein Facebook-Post löscht, in dem der Stiftungsdirektor als „kleinkrimineller Straftäter“ bezeichnet wurde, der nicht würdig sei, die Gedenkstätte Buchenwald zu leiten. In der Gedenkstätte Buchenwald wurde am 6. Oktober 2021 von Mitarbeitern ein junger Mann dabei beobachtet, wie er in einer Gruppe von zwei weiteren Männern und einer Frau am Mahnmal von 1958 den Hitlergruß zeigte, „Heil Hitler“ rief und sich dabei fotografieren ließ. Die daraufhin alarmierte

Polizei stellte die Personalien der Gruppe fest und nahm eine Strafanzeige gegen den Mann auf. Die Gruppe erhielt ein Hausverbot.

Entsprechend der geltenden Landes- und Bundesverordnungen hat die Stiftung am 19. November 2021 für Besuchende die 2G-Regelung in Innenräumen der Stiftung einschließlich Ausstellungen umgesetzt. Danach konnten nur noch Geimpfte und Genesene die Gebäude betreten. Alle anderen Bereiche der Gedenkstätten blieben ohne Einschränkungen zugänglich. Insbesondere mit Bezug zur Dauerausstellung „Buchenwald. Ausgrenzung und Gewalt 1937 bis 1945“ setzte daraufhin ein Shitstorm ein. Auslöser waren entsprechende Posts und Artikel von Thomas Grabinger, Boris Reitschuster und Henryk M. Broder in rechten Netzwerken. In der Folge veröffentlichten Corona-Leugner, Impfgegner und Rechtsextreme zahlreiche Hasskommentare in digitalen Medien. Zudem erhielt die Stiftung etwa 200 E-Mails, Dutzende Anrufe und einzelne Briefe. Die Inhalte reichten von Beleidigungen und Beschimpfung als „Nazis“, „Faschisten“ und „neue Dr. Mengeles“ bis hin zur Gleichsetzung von NS-Verbrechen mit Corona-Schutzmaßnahmen. Die Aggressivität, die der Stiftung entgegenschlug, zeugte von einer erschreckenden Verrohung. Die von der Stiftung daraufhin auf ihrer Website und in Social Media veröffentlichte Erklärung führte zu medialer Berichterstattung sowie zahlreichen Solidaritätsbekundungen, bis hin zu Spenden. Im Dezember ebten die aggressiven Reaktionen allmählich ab. Sämtliche Nachrichten wurden an die PI Weimar weitergegeben, zur Prüfung von Straftatbeständen (insbesondere Volksverhetzung und Beleidigung). Zwischenzeitlich erreichten die Stiftung Einstellungsbescheide, da die Strafverfolgungsbehörden keine konkreten Personen ermitteln konnten. Im Gegensatz dazu konnte bei einer Stichprobe der Stiftungsdirektor durch eine simple Onlinerecherche direkt den Urheber einer Beschimpfungsmail ausfindig machen; die Staatsanwaltschaft Erfurt nahm das entsprechende Ermittlungsverfahren nach seinem Hinweis wieder auf.

6. Reflexion des Besuchs einer KZ-Gedenkstätte

Der Abdruck des anlässlich des Gedenkens an die Reichspogromnacht am 9. November 2022 auf dem Jüdischen Friedhof Erfurt gehaltenen Vortrags geschieht mit freundlicher Genehmigung des Evangelischen Ratsgymnasiums Erfurt und der Autorin.

„Guten Tag. Mein Name ist Charlotte Reuter und ich besuche die 12. Klasse des Evangelischen Ratsgymnasiums. Ich belege den Leistungskurs Religion und inzwischen ist es schon fast zu einer kleinen Tradition geworden, dass Schüler und Schülerinnen aus diesem Kurs jedes Jahr mit einem kleinen Beitrag an dieser **Gedenkveranstaltung** teilnehmen. Von Herrn Prof. Dr. Schramm (Anm.: Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, K. d. ö. R.) hierzu eingeladen zu werden, ehrt uns sehr.

Was ist **Gedenken**?

Schlägt man das Wort Gedenken nach, so erhält man die Definition: „Ehrung und Erinnerung an ein vergangenes Ereignis oder eine verstorbene Person.“

Doch Gedenken ist so viel mehr. Gedenken ist erinnern, nicht vergessen, ehren.

Gedenken ist verhindern, dass bestimmte Dinge je wieder passieren. Gedenken ist Geschichte in den Menschen lebendig werden lassen. Und für mich ist genau das passiert, als wir vor ca. zwei Monaten auf unserer Kursfahrt waren - Geschichte fühlte sich greifbar an.

Ich möchte Ihnen davon erzählen, von Bildern, die in mir während dieser Fahrt entstanden. Bilder, die ich lange nicht mehr aus meinem Kopf bekam.

„Ist bei dir alles ok?“ „Ja, alles gut!“, antworte ich. Ich werde erneut gefragt: „Wirklich alles ok?“ Kurze Pause „Ja, das alles nimmt mich nur ziemlich mit.“ antworte ich. DAS ALLES, damit ist Dachau gemeint. Bis eben hatten wir noch an einer Führung durch das Konzentrationslager teilgenommen. Jetzt sitzen wir wieder im Bus und sind auf dem Rückweg. Gleiche Studienfahrt und dennoch ist plötzlich alles anders.

Warum? Was hatte sich geändert? Ich ließ mir meine Erlebnisse noch einmal durch den Kopf gehen.

Unsere Führung begann damit, dass uns erzählt wurde, dass man die Häftlinge nach ihrer Ankunft fotografierte. Menschen wie du und ich. Viele von ihnen waren Juden, manche Sinti, Roma, Homosexuelle, Arbeitslose, Kriegsdienstverweigerer, politische Gefangene, Behinderte.

Man hat diese Menschen inhaftiert, ihnen alles genommen, ihnen Häftlingskleidung angezogen und ihnen nicht gesagt, wann sie diese Gefangenschaft verlassen dürfen. Es hieß, das soll das Schlimmste für viele der Inhaftierten gewesen sein - die ungewisse Zeitspanne, keine Ahnung davon zu haben, wie lange man durchhalten muss, ob es sich überhaupt lohnt durchzuhalten. Genau in diesem Moment tauchen zum ersten Mal Bilder in meinem Kopf auf. Menschen ohne Gesichter. Ich kenne diese Personen nicht und doch verspüre ich ein außerordentliches, tiefes Mitgefühl mit ihnen.

Ich kann einen jungen Mann vor mir sehen.

Er weiß nicht, warum er hier ist und ich kann die Verzweiflung und den Schmerz dieses Menschen fast spüren. Natürlich gab es nie genau diesen Mann aus meiner Vorstellung, aber es gab tausende wie ihn.

Uns wird erzählt wie die Menschen zugeordnet werden, als sie ankommen, als wären sie die Anzihsachen eines Kleiderschranks, den man ausräumt. Dich behalte ich, dich könnte man noch gebrauchen, du kannst weg, was soll man denn mit dir anfangen. Mir wird schon bei der bloßen Vorstellung davon schlecht. Man nimmt keine Rücksicht beim Sortieren. Es werden Familien auseinandergerissen. Ohne Skrupel sorgt man dafür, dass Kinder von ihren Eltern getrennt werden. Das ist etwas, was ich mir nicht vorstellen möchte und doch kann ich nichts dagegen tun und ein Szenario spielt sich in meinem Kopf ab.

Ich sehe einen Jungen vor mir, seine kleinen Finger werden aus der Hand seiner Mutter gerissen. Man nimmt ihn am Arm und zerrt ihn davon. Er versucht sich zu wehren, strampelt, zappelt, aber der Griff an seinem Arm ist erbarmungslos. Ein tränenüberströmtes Gesicht dreht sich ein letztes Mal zu seiner Mutter um.

Wir gehen weiter zum Appellplatz. Ein riesengroßes freies Gelände liegt vor uns. Schotter und Kies soweit das Auge reicht. Während der Führung erfahren wir, dass hier die Appelle und Strafmaßnahmen stattgefunden haben. Sofort füllt sich der Platz in meiner Vorstellung mit Hunderten von Menschen. Uns wird erzählt, wie die Menschen hier während des Appells stehen mussten. Regungslos. So lange wie man es ihnen befahl. Manchmal Stunden. Bei jedem Wetter, mitunter bis zur vollkommenen Erschöpfung. Und wieder sehe ich Bilder in meinem Kopf, von Menschen, die genau hier auf diesem Platz gefoltert werden, schreckliche Bilder, eine vage Ahnung, weit entfernt von der vorstellbaren Realität. Unsere Führung endet an einer kleinen Statue.

Der abgebildete Mann trägt einen Mantel und hat seine Hände tief in den Taschen vergraben. Ein Zeichen des inneren Widerstandes. Denn es war dort nicht erlaubt so dazustehen. Ich habe einen unglaublichen Respekt für diesen kleinen Mann aus Bronze. Ich bewundere ihn zutiefst. Mir wird klar, im übertragenen Sinne heißt dies, ich bewundere alle, die zu dieser Zeit eine Form des Widerstands gezeigt haben. Egal ob für die Außenwelt sichtbar oder nur für sich selbst im Kopf.

Wir dürfen uns abschließend selber noch auf dem Gelände bewegen. Ich habe mich in eine der Kirchen auf dem Gelände gesetzt. Ich brauchte diese Zeit für mich, um nachzudenken. Über all die Eindrücke, alles was wir gesehen, gehört und neu dazugelernt haben. Und ich bete. Ich bete nicht regelmäßig, aber in einer Kirche schon. Ich bete für die Opfer, die ihr Leben zu dieser Zeit gelassen haben, die geliebte Angehörige verloren haben oder monatelange Folter ertragen mussten. Ich bete für die, die Widerstand geleistet haben und möchte gern zu denen gehören, die dies auch heute tun. Widerstand gegen Ungerechtigkeit, Ausgrenzung, Hass, Folter.

Ich bete dafür, dass so etwas nie wieder geschieht.“

Teil II

Institutionen und Maßnahmen der Förderung jüdischen Lebens und Bekämpfung des Antisemitismus

1. Thüringer Staatskanzlei (TSK)

a) Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ (1. Okt. 2020 – 30. Sept./31. Dez. 2021)

Das Echo der Dekade des Reformationsgedenkens war noch nicht verhallt, als 2018 ein weiteres kulturhistorisches Datum am Horizont aufzuleuchten begann: Das Jubiläumsjahr 2021, angestoßen durch die Initiative des Kölner Vereins „321-2021, 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Er nahm Bezug auf ein Edikt des Kaisers Konstantin aus dem Jahr 321, nach dem es Juden in der Stadt Köln erlaubt sein sollte, öffentliche Ämter zu bekleiden. Diese Form einer Judenemanzipation stellte somit die erste urkundliche Erwähnung jüdischen Lebens auf deutschem Boden dar, wenngleich mit Sicherheit davon auszugehen sein dürfte, dass durch mit den Römern mitziehende Juden jüdisches Leben schon deutlich vor diesem Datum als Teil der sozialen Lebenswirklichkeit etabliert gewesen sein dürfte. Bekanntlich bedurfte es noch einer gewissen Zeit und einiger Auseinandersetzungen, bis die linksrheinisch eingeübte Lebensweise rechts des Rheins in entfernter gelegenen Landesteilen Einzug halten konnte.

Thüringen jedenfalls kann in Anbetracht der Entstehungsgeschichte der Erfurter Alten Synagoge auf eine eigene gesicherte 900-jährige jüdische Tradition zurückblicken. Darauf bezog sich die Idee der Jüdischen Landesgemeinde, nach dem Reformationsjubiläum nunmehr auch der Würdigung jüdischen Lebens Rechnung zu tragen. Als Zeichen der Versöhnung und eines Neuanfangs beschlossen die Initiatoren, dass die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland und das Bistum Erfurt der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen zu diesem Anlass eine neue Tora-Rolle schenken würden. Die Einzigartigkeit dieses Vorhabens lag darin, dass das Entstehen der Tora-Rolle, nach besonderen feststehenden Regeln durch einen speziell dafür ausgebildeten und autorisierten Sofer (Schreiber) von Hand geschrieben, an zehn Projekttagen öffentlich begleitet werden konnte. Es sollte unter der Bezeichnung „Tora ist Leben“ eines der fünf Hauptprojekte des Themenjahres werden.

Im Mai 2019 wurde durch den Chef der Thüringer Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, das Themenjahr 2020/2021 unter dem Motto „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ ausgerufen. Beginn und Ende sollten sich am jüdischen Kalender orientieren, das Themenjahr umfasste also den Zeitraum vom 1. Oktober 2020 bis 30. September 2021. In der Folge befassten sich mehrere Arbeits- und Projektgruppen in der Staatskanzlei damit, wie der Thematik eine möglichst breite Öffentlichkeit verschafft werden kann. Ansprechpartner aus Wissenschaft, Bildung, Kultur, Vertreter von Museen, Archiven, privaten und öffentlichen Institutionen und Vereinen fanden sich in zwei Ideenwerkstätten im September 2019 und im Januar 2020 mit jeweils 70 Teilnehmenden zusammen. Im Ergebnis haben sich rund 40 Projektdurchführende vernetzt, die konkrete Planungen für das Themenjahr einbringen konnten. Es kann nicht lobend genug erwähnt werden, dass dieses Engagement völlig selbstlos und von dem Wunsch motiviert war, die Wahrnehmung jüdischen Lebens und seiner bereichernden Bedeutung in der Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu erhöhen.

Die ab Mai 2020 bei der Staatskanzlei eingegangenen Projektanmeldungen wurden dort betreut und zu einem Programmheft zusammengestellt, das unter Mitarbeit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen und der Thüringer Tourismus Gesellschaft (TTG) auf 100 Seiten Gestalt annahm. Es enthielt in einem ersten Teil die Hauptprojekte „Tora ist Leben“, die Musikfestivals „Jüdisch-israelische Kulturtage“, „Yiddish Summer“ und „Achava-Festspiele“ sowie die virtuelle Rekonstruktion der Großen Synagoge Erfurt, die unter Leitung der Geschichtsmuseen der Stadt Erfurt entstanden ist. Die drei bereits vorher einen festen Bestandteil des Thüringer Kulturlebens darstellenden Festivals, die sich anlässlich des Themenjahres unter dessen Dach begaben, bildeten jeweils einen eigenen Kosmos mit dutzenden Veranstaltungen. Von diesen waren einige exemplarisch im Programmheft abgedruckt, i. Ü. konnte für deren Gesamtprogramm den Verlinkungen nachgegangen werden. Im Kalendarium waren rund 150 Einzelhinweise auf Veranstaltungen zu Bildungsprojekten, Musik, Ausstellungen und Führungen aufgenommen; in einem dritten Teil fanden sich vor allem weiterführende Hinweise mit Verlinkungen zu buchbaren Veranstaltungen auf Anfrage, Fortbildungs- und universitäre Angebote. Schließlich fehlte auch nicht der Hinweis auf das Portal MENORA, ein von der Staatskanzlei gefördertes und im Februar 2021 durch den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow freigeschaltetes Webportal der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB), das als digitale Bühne für die Projekte des Themenjahres und darüber hinaus für Veranstaltungen und Aktivitäten innerhalb und außerhalb der jüdischen Gemeinde diente und dient.

Natürlich ist die Covid-19-Pandemie nicht ohne Auswirkungen auf das Themenjahr geblieben. Nachdem die prominent besetzte Eröffnungsfeier am 1. Oktober 2020 noch als Präsenzveranstaltung im Erfurter Kaisersaal mit „corona-bedingten“ Einschränkungen – ebenso wie die meisten anderen Projekte in diesem Monat – stattfinden konnte, musste die Mehrzahl der weiteren Vorhaben ab November 2020 abgesagt, verschoben oder in ein digitales Format (insbes. Schulprojekte) überführt werden. In dieser Lage war es den Veranstaltern hoch anzurechnen, dass sie nach Möglichkeiten suchten, ihre Projekte in jedem Falle unter dem Motto des Themenjahres stattfinden zu lassen, auch soweit deren Durchführung in den folgenden Monaten als unsicher einzuschätzen war. Selbst in dieser Situation erfreuten sich dank des ungebrochenen Durchhaltewillens der Verantwortlichen die Projekte wie etwa „Tora ist Leben“ einer überwältigenden Teilnahme und Teilhabe.

Mit der feierlichen Einbringung der neuen Tora-Rolle in die Erfurter Synagoge hat das Themenjahr offiziell am 30. September 2021 seinen Abschluss gefunden. Es wurde jedoch von der Landesregierung beschlossen, es für die noch nachzuholenden Veranstaltungen bis Ende 2021 zu verlängern, aber auch 2022 fanden noch auf das Themenjahr bezogene Projekte statt. Schließlich konnten rund 350 Einzelvorhaben mit über 10.000 Teilnehmenden vermeldet werden, die Besucher der spezifischen Ausstellungen und Aktionen nicht mitgerechnet.

Was über die nachhaltig wirksamen Einzelprojekte hinaus bleibt, ist ein Netzwerk unterschiedlichster Akteure, die sich anlässlich des Themenjahres dauerhaft zusammengefunden haben. Sie treffen sich mehrmals im Jahr um sich auszutauschen und ihre weiteren Vorhaben zu besprechen. Was bleibt, ist auch die Erkenntnis, dass selbst in verhältnismäßig kurzer Vorbereitungszeit ein umfangreiches, qualitätsvolles und sehr differenziertes Programm zusammengestellt werden kann, wenn denn in einem Glücksfall wie hier die vielen Durchführenden mit wahren Engagement bei der Sache sind und sich begeistern und von widrigen Umständen nicht entmutigen lassen.

b) Das Themenjahr und danach, oder: „Bitte kommen Sie wieder, das nächste Mal sind wir dabei“

Mit Stolz und Genugtuung darf also festgestellt werden, dass das Engagement zum Näherbringen jüdischen Lebens in Thüringen nicht nur bereits durch viele, gerade auch privat getragene, Initiativen bereits vorhanden war, sondern dass diesem so wichtigen Wirken eine Zukunft gesichert ist. Den Machern gehen die Ideen nicht aus.

Als ein Beispiel sei das Pilotprojekt „Tacheles mit Simson: Mit dem Judentum durch Thüringen“ genannt, das vom 9. bis 15. Oktober 2022 in sechs Thüringer Städten zu sehen war und nach dem gezeitigten Erfolg das Potential für ein langfristig einzurichtendes Vorhaben offenbarte: Mit einem Bauwagen voller Materialien und begleitet von Simson-Mopeds waren die Initiatoren vom Kulturrat Thüringen und der Jüdischen Landesgemeinde eine Woche lang im Land unterwegs. Abseits der Ballungsgebiete besuchten sie in den jeweiligen Kommunen Schulen und machten zudem Station an zentralen Plätzen, um mit den Einwohnern ins Gespräch zu kommen. Der Bauwagen war beklebt mit Bildern der Neuen Synagoge Erfurt und transportierte einen Stand voller Materialien mit typisch jüdischen und religiösen Utensilien wie eine nachgebildete Tora-Rolle und ein Kerzenständer, VR-Brillen für virtuelle Synagogen-Rundgänge und informierte über die Thüringer Webseite „Menora-Portal“. Mit passender Live-Musik machte das Vorhaben auch hörbar auf sich aufmerksam.

Die Simson-Mopeds, die sich auch bei jungen Leuten nach wie vor großer Beliebtheit erfreuen, boten den willkommenen Anknüpfungspunkt für einen Gesprächseinstieg bei Schülerinnen und Schülern wie auch bei Menschen aller Generationen. Der Name der Tour spielt dabei auf die jüdische Unternehmerfamilie Simson aus Suhl an. Denn das Erbe von Moses und Löb Simson ist heute noch im Straßenbild allgegenwärtig. Gerade die zu DDR-Zeiten im „VEB Fahrzeug- und Gerätewerk Simson Suhl“ produzierten Kleinkrafträder genießen in ganz Deutschland Kultstatus. Aus der sog. „Vogelserie“ gilt das vor allem für die legendäre „Schwalbe“, aber auch das Mokick „S 51“ ist bis heute stark nachgefragt. Das mag nicht nur an der typischen bzw. zeitlosen Formgebung, sondern auch an einer fortgeltenden privilegierenden Sonderregelung aus DDR-Zeiten für „Kleinkrafträder mit nicht mehr als 50 cm³ Hubraum und nicht mehr als 60 km/h bauartbedingter Höchstgeschwindigkeit (bbH)“ liegen (denn gemäß Einigungsvertrag Kapitel XI, Sachgebiet B, Abschnitt III, Ziffer 2, Maßgabe 21 (Bundesgesetzblatt 1990 II, S. 1101) sind Kleinkrafträder im Sinne der bisherigen Vorschriften der Deutschen Demokratischen Republik mit nicht mehr als 50 cm³ Hubraum und nicht mehr als 60 km/h bbH zulassungsrechtlich den Kleinkrafträdern im Sinne von § 18 Abs. 2 Nr. 4 StVZO gleichgestellt, wenn sie bis spätestens zum 28.02.1992 erstmals in den Verkehr gekommen sind. Diese zulassungsrechtliche Gleichstellung wirkt sich dergestalt auf das Fahrerlaubnisrecht aus, dass diese Kleinkrafträder mit der Fahrerlaubnis 4 (alt) bzw. M (neu) gefahren werden dürfen).

Das Projekt folgt dem Prinzip der (Antisemitismus-)Prävention über positive Inhalte. Die Wissensvermittlung zu jüdischem Leben steht im Vordergrund, um für Offenheit und Toleranz zu werben, Vorurteilen entgegenzuwirken und ein klares Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen. Das Konzept ist darauf ausgerichtet, Fachwissen über jüdisches Leben in Thüringen heute und in der Vergangenheit mit seinen vielen Facetten didaktisch aufgearbeitet sowohl der Schüler- als auch der Erwachsenengeneration anschaulich zu vermitteln. Dabei werden bevorzugt Orte im ländlichen Raum bereist, die heute weniger mit jüdischem Leben in Berührung kommen.

Im Ergebnis ist es tatsächlich gelungen, Menschen aller sozialen Schichten und jeden Alters zu erreichen, die von sich aus nicht unbedingt eine Veranstaltung in diesem Themenfeld besuchen würden. Für die erfolgreiche Wirkung des Konzeptes stehen auch die Reaktionen der Teilnehmenden vor Ort:

- Herr E. aus Suhl merkte an, das Projekt sei sehr wichtig, denn unsere deutsche Kultur sei sehr entscheidend durch das Judentum mitgeprägt worden. Es sei viel zu wenig bekannt über die Gebräuche und die jüdische Kultur in der breiten Bevölkerung, dort gebe es sicherlich auch ein Desinteresse, gerade deswegen müsse viel mehr gemacht und über die jüdische Kultur informiert werden.
- Das Judentum müsse viel mehr ins Bewusstsein gerückt werden, meinten zwei andere Frauen aus Suhl.
- Eine Person aus der Lehrerschaft eines weiteren Ortes hatte die Teilnahme ihrer Schulklasse abgesagt, kam dann aber selbst zur Veranstaltung einer anderen Schule. Grund für die Absage waren Bedenken, die Schülerinnen und Schüler mit diesem Thema zu überlasten, da sie zurzeit „wieder“ den Holocaust behandeln. Wörtlich sagte sie: „Hätte ich gewusst, was Sie hier Tolles und Interessantes machen und wie offen und unvoreingenommen Sie über jüdisches Leben informieren, wären wir gekommen. Bitte kommen Sie wieder - das nächste Mal sind wir dabei.“

c) Kulturförderung mit Bezug auf jüdisches Leben

Die Kulturförderung des Freistaats Thüringen fördert kontinuierlich jüdische Projekte bzw. Projekte mit jüdischem Bezug. Dabei sind neben den drei etablierten Festivals „Jüdisch-israelische Kulturtage“, „Yiddish Summer Weimar“ und „Achava Festspiele“ vor allem die weltweit einzigartige Fülle von erhaltenen Bau- und Sachzeugnissen in Erfurt Ankerpunkt der Kulturförderung. Die Stadt Erfurt hat sich mit ihrem jüdisch-mittelalterlichen Erbe um eine Eintragung als UNESCO-Welterbestätte im Februar 2021 bei der UNESCO beworben, die Entscheidung, die im Jahr 2022 fallen sollte, hat sich aufgrund der Absage der Jahressitzung des Welterbekomitees verzögert. Voraussichtlich 2023 wird das Welterbekomitee wieder zusammentreten.

In der Altstadt von Erfurt befinden sich außergewöhnliche Zeugnisse der jüdischen Gemeinde aus der Zeit zwischen dem ausgehenden 11. und der Mitte des 14. Jahrhunderts. Konkret geht es um drei Gebäude: Die Alte Synagoge ist das am besten erhaltene Bethaus aus der Zeit um 1100. Es beherbergt heute ein Museum, in dem der 1998 in unmittelbarer Nachbarschaft der Synagoge gefundene „Erfurter Schatz“ ausgestellt wird. Das Museum wird gemeinsam von der Stadt Erfurt und der Kulturabteilung der Thüringer Staatskanzlei finanziert. Die Mikwe, das Ritualbad aus dem 13. Jahrhundert, wurde mit hoher handwerklicher Qualität errichtet. Das „Steinerne Haus“ wiederum ist ein herausragendes Beispiel für einen mittelalterlichen Profanbau in jüdischem Eigentum.

Die drei benannten Bauwerke sind seltene Zeugnisse eines christlich-jüdischen Zusammenlebens im Mittelalter, das an vielen Orten im Alten Reich mit Vertreibung und Pogrom zu einem abrupten Ende gekommen war. In Erfurt konnten diese Bauwerke die Zeiten überstehen, weil sie sich in das mittelalterliche Stadtbild einfügten und dieselbe Bauweise und dieselben einheimischen Materialien verwendeten wie ihre christlichen Nachbarn.

Die bauliche Integration steht im Mittelpunkt des Welterbe-Antrags. Dort heißt es: Das Gebäudeensemble „veranschauliche die Anpassung an die vernakuläre Architektur und an die loka-

len Gegebenheiten“. Synagoge, Mikwe und Steinernes Haus seien „außergewöhnliche Zeugnisse des jüdischen Ritus, des jüdischen Alltagslebens und der christlich-jüdischen Koexistenz, aber auch der Vertreibung und Verfolgung der Juden im Mittelalter“. Eine besondere Verantwortung liegt darin, das auch im Mittelalter immer wieder von Gewalt, Zerstörung und Vertreibung bedrohte Verhältnis zwischen jüdischen und christlichen Stadtbewohnern angemessen darzustellen und zu vermitteln. In der Welterbepublikation sehen Land und Stadt ein passendes Instrument, auf die Geschichte seiner jüdischen Bewohner im Mittelalter aufmerksam zu machen, die beispielhaft für die Geschichte des aschkenasischen (mitteleuropäischen) Judentums steht.

Das Themenjahr „Neun Jahrhunderte Jüdisches Leben in Thüringen“ gab Anlass, mit dem Portal „MENORA | Jüdisches Leben in Thüringen“ einen interaktiven Zugang zum vielfältigen jüdischen Erbe, zur gelebten jüdischen Religion und Kultur der Gegenwart – auch über das Themenjahr hinaus – zu schaffen. Zentrales Element ist eine Karte historischer und aktueller Orte und Gebäude im Kontext des jüdischen Lebens, darunter Synagogen, Schulen, Friedhöfe und Mikwaot. „Highlightobjekte“ sind 360°-Panoramaaufnahmen von Gebäuden und Orten, die sonst nur erschwert zugänglich sind.

MENORA ist aus einem Kooperationsprojekt der Friedrich-Schiller-Universität Jena / Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) mit dem Förderverein für jüdisch-israelische Kultur in Thüringen e.V. hervorgegangen. MENORA dient als Infrastruktur, um das Wissen zu Jüdischem Leben in Thüringen zu erforschen, dieses aufzubereiten und über ein innovatives digitales Schaufenster zu vermitteln und steht damit dauerhaft der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Facetten sind neben religiösen Orten und Bauwerken auch aktive Vereine, Organisationen und Institutionen des jüdischen Alltages. Abgebildet in einem Koordinatennetz, als Wegmarken platziert, mit informativen Texten und detailreichen Fotoaufnahmen, bietet der Blick auf Thüringen spannende Details, die man digital entdecken kann und die zum Besuch vor Ort anregen sollen. In der aktuellen Situation ermöglichen 360°-Panoramaaufnahmen noch einmal ganz neue Zugänge zum jüdischen Leben.

Viele weitere Projekte wie etwa der erste Jüdische Mitmach-Stadtführer für Kinder, der als Modellprojekt innerhalb des Bildungsprogramms "Jüdisches Leben erfahren" der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V. entstanden ist, ergänzen langfristig die bisherige Kulturförderung zum jüdischen Leben. Alle kulturellen Projekte und Vermittlungsangebote sind auf Nachhaltigkeit angelegt.

d) Gedenkstättenarbeit / Erinnerungskultur

Im Talmud, einem der bedeutendsten Schriften des Judentums, heißt es:

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist.“

Dieser Satz verdeutlicht umso mehr, warum Erinnern und Gedenken mit unserer Kultur und unserem Leben unzertrennbar zusammenhängen und warum das Aufrechterhalten einer Erinnerungskultur in der historischen Verantwortung unserer Gesellschaft liegt.

Die Landesregierung ist sich ihrer hohen Verantwortung bewusst, die Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes in aller Welt wachzuhalten. Würdiges Gedenken, Dokumentation und Ver-

mittlung dieses Teils der deutschen Geschichte sollen als Grundlage einer fruchtbaren historischen Bildungsarbeit im Dienst der internationalen Verständigung und Demokratieerziehung gefördert werden. Als Orte eines europäischen Gedächtnisses sind die Gedenkstätten ein unersetzbarer Bestandteil der geschichtlichen Identität Thüringens.

Die **Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora** fokussiert das Thema eines der größten Konzentrationslager auf deutschem Boden, in dem von 1937 bis 1945 insgesamt fast 280.000 Menschen, darunter auch viele Tausend Juden, inhaftiert waren.

Zweck der Stiftung ist es, die Gedenkstätten als Orte der Trauer und der Erinnerung an die dort begangenen Verbrechen zu bewahren, wissenschaftlich begründet zu gestalten und sie in geeigneter Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Aufgaben der Stiftung bestimmen sich nach § 2 Abs. 2 des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Zu den Aufgaben der Stiftung gehören demnach insbesondere die Organisation und Durchführung von Dauer- und Wechsellausstellungen, wissenschaftlichen Kolloquien und kulturellen Veranstaltungen auf nationaler und internationaler Ebene, die Besucherbetreuung und Jugendarbeit sowie die auf die Gedenkstättenarbeit bezogene wissenschaftliche Dokumentation, Forschung und Publikation. Im Jahr 2020 wurde die Stiftung vom Land mit einer institutionellen Förderung in Höhe von 3.700.000 € unterstützt. Im Jahr 2021 erhielt die Stiftung eine institutionelle Förderung in Höhe von 4.200.000 €, dieselbe Summe im Jahr 2022. Zusätzlich erhielt sie in den Jahren 2020 und 2021 eine institutionelle Förderung des Verwaltungshaushalts Bau in Höhe von 794.000 €. Damit wird die Gedenkstätte heute im Vergleich zum Jahr 2019 um 860.000 € mehr gefördert.

Seit 2021 hat das Land das **Museum Zwangsarbeit** in die institutionelle Förderung aufgenommen. Das Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus wird die Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs in ihren gesamteuropäischen Dimensionen darstellen. Das Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus wird zusammen mit dem Bauhaus-Museum und dem Museum Neues Weimar in Trägerschaft der Klassik Stiftung Weimar im Herzen des Quartiers Weimarer Moderne am Jorge-Semprún-Platz liegen und voraussichtlich 2023 eröffnet. Damit wird auch ein Teil der systematischen Entrechtung der jüdischen Bevölkerung im 3. Reich gezeigt. Darüber hinaus fördert der Freistaat Thüringen alle 5 Jahre die Jahrestage der Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora. Der 75. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora wurde im Jahr 2020 mit 300.000 € und der 76. Jahrestag mit 300.000 € gefördert, da der 75. Jahrestag aufgrund der Corona-Pandemie nicht wie geplant durchgeführt werden konnte.

Die **KZ-Gedenkstätte Laura** vermittelt Kenntnisse über das von 1943 bis 1945 bestehende Außenlager „Laura“ des Konzentrationslagers Buchenwald, nahe Schmiedeberg. Der Freistaat Thüringen unterstützte im Rahmen seiner Gedenkstättenförderung den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, Träger der Gedenkstätte, bei der Sanierung des erhaltenen historischen Baubestands zum Zweck der musealen Nutzung, im Jahr 2020 mit 18.000 € Projektförderung und einer investiven Förderung in Höhe von 40.000 € sowie im Jahr 2021 mit 25.000 € Projektförderung und einer investiven Förderung in Höhe von 16.000 €.

Der Erinnerungsort Topf & Söhne thematisiert die Ingenieure und Ofenbauer von Auschwitz. In den Krematorien für den Völkermord an den europäischen Juden errichteten die Ingenieure des Familienunternehmens J. A. Topf & Söhne die Verbrennungsöfen und die Lüftungstechnik für die Gaskammern verschiedener Konzentrationslager. An keinem anderen zivilen Ort waren die mit der Praxis

der industriellen Vernichtung von Menschenleben verbundenen Fragen mehr präsent als in diesem Erfurter Unternehmen, womit der Erinnerungsort Topf & Söhne einen historischen Lernort mit unersetzbarem Potential zur Reflexion ethischer Fragen des Arbeitens und Wirtschaftens für die Zukunft darstellt. Der Erinnerungsort wird durch die TSK als Bestandteil der Erfurter Museen institutionell gefördert. Im Jahr 2019 unterstützte das Land zudem den Erinnerungsort mit 15.000 €, 2020 mit 16.000 € und 2021 mit einer Projektförderung in Höhe von 25.000 €.

Das **Prager Haus** in Apolda ist das einzige authentische Haus einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Thüringen. Aufgrund jahrzehntelanger Forschungsarbeiten, die diesem Projekt vorausgingen, konnte darin ein kleines Museum eingerichtet werden, in dem das Leben der Juden, das Zusammenleben mit Nichtjuden und die Verfolgung durch das Naziregime in allen kleinen Schritten und Verästelungen im 20. Jahrhundert nachgezeichnet werden. Im Prager Haus werden darüber hinaus Projektarbeiten von Schülern verschiedener Schulformen angeregt, unterstützt und betreut, womit es auch zu einem wichtigen Ort außerschulischen Lernens geworden ist.

Der Verein Prager Haus-Apolda e.V. wird jährlich mit einer Projektförderung in Höhe von 12.000 € vom Freistaat Thüringen unterstützt.

Die **Alte Synagoge** in Erfurt ist eine ehemalige Synagoge und mit einer Bestandszeit von über 900 Jahren die älteste erhaltene Synagoge Europas. Der „Schatz von Erfurt“ aus ehemaligem jüdischen Besitz wurde 1998 in unmittelbarer Nähe zur Synagoge gefunden und ist dort seit Oktober 2009 ausgestellt. Zur Synagoge gehört außerdem die bei Bauarbeiten im Jahr 2007 entdeckte, 750 Jahre alte Mikwe.

Die **Kleine Synagoge** in Erfurt ist ebenfalls eine ehemalige Synagoge, erbaut Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie wurde 1992 unter Denkmalschutz gestellt, umfassend saniert, und dient seit 1993 als Kultur- und Begegnungszentrum.

e) Museumsarbeit

Die Erforschung der Herkunft ihrer Sammlungsobjekte gehört zu den Kernaufgaben von Museen. Während der letzten zwei Jahrzehnte sind die Anforderungen zur systematischen Prüfung musealer Bestände im Hinblick auf u.a. NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut (sog. NS-Raubgut) komplexer und umfangreicher geworden. In Thüringen gibt es zahlreiche Museen, deren Gründung in die Zeit vor dem Nationalsozialismus zurückreicht. Daher liegt hier ein besonderes Augenmerk auf der Wahrscheinlichkeit, dass sich in deren Beständen Objekte befinden, die ihren Besitzern während der NS-Zeit entzogen wurden.

Bis 2010 erfolgten Provenienz-Recherchen zu NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern in der Klassik Stiftung Weimar (KSW) punktuell bzw. auf kleinere Teilbestände bezogen. Im Jahr 2010 begann sodann die proaktive systematische Überprüfung in Form von chronologisch fortschreitenden bestandsübergreifenden Projekten, die bis heute andauert. Zentrale Aufgabe dieser Projekte war bis Ende 2019 die Recherche zu den Erwerbungskontexten von Objekten, die durch die vier größten Vorgängerinstitutionen der KSW im Zeitraum 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 für ihre Sammlungen erworben wurden. Diese Überprüfungen sind zum Stand 28. Oktober 2022 weitestgehend abgeschlossen. Seit 2005 wurden 2.719 als NS-verfolgungsbedingt entzogen bewertete Objekte durch die KSW an die Rechtsnachfolger von 19 verfolgten Eigentümern restituiert. Weitere Restitutionen sind in Vorbereitung.

Seit 2019 werden in den Thüringer Museen Projekte zur Erforschung von Museumssammlungen in Hinblick auf NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter durchgeführt. Mit Unterstützung des Deutschen Zentrums für Kulturgutverluste (DZK) in Magdeburg und des Museumsverbandes Thüringen e.V. (MVT) betreiben mittlere und größere Thüringer Museen NS-bezogene Provenienzforschung und haben erste Objekte an ihre ursprünglichen Besitzer zurückgegeben.

Dennoch gibt es in den Thüringer Museen weiterhin einen erheblichen Nachholbedarf, denn bei zahlreichen Museumsobjekten ist nicht bekannt, unter welchen Umständen diese in der Zeit zwischen 1933 und 1945 in die Bestände kamen. Vor allem kleinere Einrichtungen haben trotz des Bewusstseins für die Relevanz des Themas oft keine ausreichenden personellen oder wirtschaftlichen Kapazitäten, um die aufwendigen Recherchen zu NS-Raubgut in ihren Beständen selbst durchzuführen. Die geringen Ressourcen lassen mitunter nicht einmal Raum für eine erste Erhebung. Hier schafft der sogenannte Erstcheck zur Provenienzforschung des DZK mit Unterstützung des Museumsverbandes Thüringen Abhilfe.

Der Erstcheck entspricht dabei den Handlungsempfehlungen der Thüringer Museumsperspektive 2025 und bietet Museen in Thüringen Unterstützung bei der systematischen Identifizierung von NS-Raubkunst. Hierfür wurde beim Museumsverband Thüringen im Juni 2021 mit Unterstützung der Thüringer Staatskanzlei die „Koordinierungsstelle Provenienzforschung“ eingerichtet. Hier werden die Museen in Thüringen in direktem Austausch zum Thema beraten, erste Begutachtungen und Einschätzung vorgenommen und gezielt Projekte erarbeitet und begleitet. In diesem Sinne initiierte der MVT einen zweiten Erstcheck in Hinblick auf NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut. Dieser wird 2023 durchgeführt und umfasst folgende Museen:

- Schloss- und Spielkartenmuseum Altenburg
- Schlossmuseum Arnstadt
- Kunstsammlung Gera
- Eichsfeldmuseum Heilbad Heiligenstadt
- Deutsches Spielzeugmuseum Sonneberg

Durch das Projekt wird das Ziel der flächendeckenden, systematischen Erforschung zu NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut weiter forciert und Erkenntnisse zur Geschichte des Freistaats und der Museen, ihren Sammlungen und über personelle Verflechtungen der Museumsleiter/innen und der örtlichen Akteure in der Zeit des Nationalsozialismus gewonnen werden.

Um einen Überblick über die Aktivitäten der Thüringer Museen im Bereich Provenienzforschung und NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut und offene Bedarfe Museen zu erfassen, führte die Koordinierungsstelle 2022 eine Bestands- und Bedarfsanalyse durch. Nach Auswertung und Einschätzung der Koordinierungsstelle stellt sich ein Forschungsbedarf in 90% der Thüringer Museen heraus. Dazu sei erläutert, dass es sich dabei nicht um bereits verdächtiges Sammlungsgut handelt, sondern eher um Bestände, bei denen ein Unrechtskontext nicht ausgeschlossen werden kann und daher tiefer erforscht werden muss.

Um weiterhin für das Thema zu sensibilisieren, aber auch den Austausch unter den Museums-macher:innen, Provenienzforscher:innen und Opferverbänden zu ermöglichen und zu vertiefen, führte der MVT im April 2022 in Kooperation mit dem Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Fachtagung „Provenienzforschung in Thüringen – Chancen und Perspektiven“ auf Schloss Heidecksburg durch. Deren Beiträge sind in einem Tagungsband in der museumsinternen Reihe „Thüringer Museumshefte“ erschienen (Nr. 1/2022). Zudem werden seitens des Verbandes Schulungen und persönliche Beratungen angeboten und eine

Vernetzung mit wichtigen Akteuren in diesem Bereich durchgeführt. Für die Volontäre des Förderprogramms für Volontariate für Thüringer Museen wird in Zusammenarbeit mit der Klassik Stiftung Weimar ein mehrtägiger Workshop veranstaltet.

f) Interkultureller/Interreligiöser Dialog

Dem Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen ist an einem interkulturellen Dialog gelegen. Er hat deshalb seit 2016 ein regelmäßig einmal im Jahr stattfindendes interkulturelles Abendessen etabliert, zu dem er die in Thüringen beheimateten und der Landesregierung bekannten islamischen Religionsgemeinden einlädt. Die zum Teil seit Langem in Thüringen ansässigen islamischen Gemeinden, die im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszuzug starken Zulauf erfahren haben, sind als religiöse Minderheit und als heute relevante gesellschaftliche Gruppen wahrzunehmen. Die teils heftig geführten Auseinandersetzungen um den Moscheebau einer dieser islamischen Religionsgemeinden zeigen, dass uns hier eine wichtige gesellschaftspolitische Integrationsaufgabe gestellt ist. Auch die Gewährleistung von Religionsfreiheit, zu der das Land gegenüber jedermann rechtlich verpflichtet ist, ist auf ein gesellschaftliches Klima der Toleranz bestehender religiöser und weltanschaulicher Vielfalt angewiesen, das es zu fördern gilt.

Der Kreis der Eingeladenen ist gesellschaftlich um Vertreter von Verbänden und Einrichtungen sowie um Abgeordnete des Thüringer Landtags erweitert und wird ergänzt durch die Vertreter der Evangelischen und Römisch-Katholischen Kirche sowie der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen.

g) Bundesratsinitiativen

Die im Oktober 2020 vom Freistaat Thüringen und der Freien und Hansestadt Hamburg getragene **Gesetzesinitiative zur Änderung des Grundgesetzes, Art 3 Abs. 3 GG**, war nicht erfolgreich.

Vielmehr wurde im neu eingefügten § 192a StGB (22.9.2021) der Begriff „rassisch“ benutzt, welcher auch schon im Art. 116 GG Verwendung findet. Auch hier ist der Zweck der Norm, diejenigen zu ahnden, welche Menschen kategorisch einteilen und ihnen bestimmte Eigenschaften absprechen oder einen Personenkreis diffamieren. Wiederum kommt die Überlegung auf, dass „rassische Herkunft“ die Existenz verschiedener Rassen bestätigt. Diese Ansicht teilt der Gesetzgeber, angesichts der kürzlich erfolgten Einführung des § 192a StGB, scheinbar nicht.

Im damaligen Antrag heißt es:

„Das Verbot der Diskriminierung „wegen der Rasse“ wurde als Reaktion auf den Rassenwahn des NS-Staates in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) aufgenommen. Es schützt Menschengruppen mit bestimmten vermeintlich vererbten Eigenschaften, die Verfolgungsmaßnahmen und rassistischen Vorurteilen ausgesetzt waren und sind und damit Menschen, die aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Gruppenzugehörigkeit rassistisch diskriminiert wurden und werden.“

Der Verfassungsbegriff der „Rasse“ ist aber insofern problematisch, als er das Risiko birgt, dahingehend verstanden zu werden, dass ein Verfassungsbezug auf eine „Rasse“ die Annahme des Bestehens von „Rassen“ voraussetze. Eine solche Einteilung von Menschen in Gruppen mit vermeintlich vererblichen Fähigkeiten und Eigenschaften ist indes wissenschaftlich unhaltbar, irrational und widerspricht dem Menschenbild des Grundgesetzes.

Vor diesem Hintergrund ist eine Formulierung des Diskriminierungsverbots „wegen der Rasse“ erforderlich, die diese Problematik vermeidet, ohne das Schutzniveau zu senken.“
(BR DS 641/20 vom 28.10.2020)

Die Initiatoren waren mithin der Auffassung, dass die in Art. 3 Abs. 3 GG vorzufindende Formulierung auf einem überkommenen Rassebegriff gründet, der sich heute als nicht mehr vertretbar erweist. Der Begriff sollte deshalb überwunden und durch eine von Missverständnissen befreite Formulierung ersetzt werden.

Stattdessen wurde im Strafgesetzbuch bei dem neu (22.9.2021) eingefügten Tatbestand der verhetzenden Beleidigung, § 192a StGB, weiterhin der Begriff „rassisch“ benutzt („Wer einen Inhalt ..., der geeignet ist, die Menschenwürde anderer dadurch anzugreifen, dass er eine durch ihre nationale, rassische, religiöse oder ethnische Herkunft, ihre Weltanschauung, ihre Behinderung oder ihre sexuelle Orientierung bestimmte Gruppe oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, an eine andere Person, die zu einer der vorbezeichneten Gruppen gehört, gelangen lässt, ohne von dieser Person hierzu aufgefordert zu sein, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“).

Die Vorschrift bedient sich dabei des Rassebegriffs, wie er sich z. B. auch in Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG wiederfindet („Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern.“).

Es wird deshalb Kommentatoren überlassen sein, die verwendeten Begrifflichkeiten vor deren historischem Hintergrund und in ihrer zeitgenössisch angemessenen Dimension zu interpretieren.

Ausgesetzt ist eine Initiative der Freien Hansestadt Bremen und des Landes Rheinland-Pfalz zum **Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung von Rechtsansprüchen im Staatsangehörigenrecht** (BR DS 108/20 vom 04.03.2020). Der entsprechende Tagesordnungspunkt ist von der Tagesordnung der 988. Sitzung des Bundesrat 27. März 2020 abgesetzt und seitdem auch nicht mehr aufgesetzt worden. Zuvor hatten die beteiligten Ausschüsse mit Mehrheit für KEINE Einbringung beim Bundestag gestimmt (Thüringen war FÜR eine Einbringung).

Durch das Gesetz sollten im Staatsangehörigengesetz zusätzliche Anspruchstatbestände auf Einbürgerung verankert werden, um alle Konstellationen zu erfassen, in denen nationalsozialistisches Unrecht wiedergutzumachen ist und die bislang nicht berücksichtigt wurden.

Hintergrund ist, dass Artikel 116 Abs. 2 Satz 1 GG früheren deutschen Staatsangehörigen und ihren Abkömmlingen, die durch verfolgungsmaßnahmen ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, einen Anspruch auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit haben. Diese Regelung erfasst jedoch nicht alle Konstellationen, in denen in denen das nationalsozialistische Unrecht staatsangehörigkeitsrechtliche Folgen hatte.

Insbesondere Abkömmlinge, die zum Zeitpunkt ihrer Geburt die Staatsangehörigkeit von ihren verfolgten Vorfahren nicht ableiten können, sollten nunmehr die Möglichkeit erhalten, unbürokratisch die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Verständlich wird die Problematik so recht erst dann, wenn man betrachtet, dass Personen, die von nationalsozialistischer Verfolgung gefährdet waren, zuweilen auch ausgewandert sind, um gerade der lebensbedrohlichen Verfolgung zuvorzukommen oder auszuweichen. Formal

hatte sich dann ein Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft mit der Annahme der Staatsbürgerschaft im Aufnahmeland erledigt. Dies betraf in erster Linie jüdische Bürgerinnen und Bürger.

Es war jedoch schwer nachzuvollziehen, warum dieser Personengruppe und ihren Nachkommen das Privileg der Wiedererlangung der deutschen Staatsbürgerschaft versagt bleiben soll, zumal ihre Auswanderung offenkundig nicht aus freien Stücken, sondern zur Rettung der nackten menschlichen Existenz erfolgt war. Das formale Argument, die Staatsbürgerschaft sei ihnen ja nicht entzogen worden, weshalb ihnen der grundgesetzliche Anspruch nicht zustehen könne, trägt den Verdacht einer nachträglichen Verhöhnung in sich. Auch diesen Verdacht könnte eine klarstellende Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts ausräumen.

Die Problematik ist nunmehr auf andere Weise entschärft. Zwischenzeitlich ist nämlich am 20.08.2021 das Vierte Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes in Kraft getreten (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2021/08/aenderung-staatsangehoerigkeitsgesetz.html>). Damit wird ein zehnjähriges Erklärungsrecht (§ 5 StAG) geschaffen, das nach dem 23.05.1949 (Inkrafttreten des Grundgesetzes) geborenen Kindern eines deutschen Elternteils, die nach der zur Zeit ihrer Geburt geltenden Fassung des damaligen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG) in geschlechterdiskriminierender Weise vom Geburtserwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen waren, die Möglichkeit eröffnet, die deutsche Staatsangehörigkeit durch eine einfache Erklärung gegenüber der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde zu erhalten. Die Möglichkeit des Erklärungserwerbs besteht auch für ihre Abkömmlinge.

Zum begünstigten Personenkreis zählen nach dem 23.05.1949 geborene

- Kinder eines deutschen Elternteils, die durch Geburt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben (vor dem 01.01.1975 ehelich geborene Kinder einer deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters sowie vor dem 01.07.1993 nicht ehelich geborene Kinder eines deutschen Vaters und einer ausländischen Mutter),
- Kinder einer Mutter, die vor der Kindesgeburt durch Eheschließung mit einem Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 17 Nr. 6 RuStAG a.F. vor dem 01.04.1953 verloren hat,
- Kinder, die ihre durch Geburt erworbene deutsche Staatsangehörigkeit durch eine von einem Ausländer bewirkte und nach deutschen Gesetzen wirksame Legitimation nach § 17 Nr. 5 RuStAG a.F. vor dem 01.04.1953 verloren haben, und
- Abkömmlinge der Kinder nach Nummer 1 bis 3.

Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, können die Erklärung unmittelbar beim Bundesverwaltungsamt oder bei der zuständigen Auslandsvertretung abgeben. Sie wird wirksam mit Eingang bei der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde (d.h. bei Auslandswohnsitz beim Bundesverwaltungsamt), wenn die weiteren Voraussetzungen erfüllt sind.

In Bezug auf die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021-2030) COM(2021) 615 final; Ratsdok. 12598/21 hat der Bundesrat in seiner 1016. Sitzung am 11. Februar 2022 gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG die folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Der Bundesrat begrüßt angesichts der dramatisch gestiegenen Fälle von Antisemitismus in Europa und der Welt ausdrücklich die von der Kommission am 5. Oktober 2021 veröffentlichte erste EU-Antisemitismus-Strategie. Die deutschen Länder teilen die Auffassung der Kommission, dass Antisemitismus die Grundfesten des europäischen

Wertesystems bedroht und das Ziel nur sein kann, gemeinsam auf allen Ebenen für eine EU ohne Antisemitismus zu arbeiten.

2. Dabei befürwortet er insbesondere die von der Kommission angekündigte ausdrückliche Einbeziehung von Projektvorhaben, die sich gegen Antisemitismus richten, in die einschlägigen EU-Förderprogramme von CERV (Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte) über Justiz, Horizont Europa, Kreatives Europa, Erasmus+, den Fonds für innere Sicherheit sowie Instrumente der Kohäsionspolitik und der Auswärtigen Politik.
3. Für äußerst dringlich hält der Bundesrat die explizite Bekämpfung von antisemitischer Hetze und Hasskriminalität sowie von gegen Jüdinnen und Juden gerichtetem gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus im Rahmen des bereits bestehenden strafrechtlichen und sicherheitsrechtlichen Regelwerks der EU. Dabei kommt der Herstellung von vergleichbaren Datenlagen in den Mitgliedstaaten besondere Bedeutung zu.
4. Der Bundesrat sieht im Benennen von festen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern in Sicherheitsbehörden und im Festlegen von (Krisen-) Kommunikationswegen eine Möglichkeit, das Vertrauen der jüdischen Gemeinden in die Sicherheitsbehörden zu stärken.
5. Der Bundesrat unterstützt uneingeschränkt die in der Strategie angesprochenen Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von jüdischen Einrichtungen wie Gebetsstätten, Synagogen, Gemeindehäusern, Kindergärten, Schulen oder Friedhöfen. Er verweist darauf, dass die Länder zum Teil bereits weitreichende eigene Konzepte zum Schutz von jüdischen Einrichtungen erarbeitet haben; diese sollten im Rahmen der Erarbeitung der deutschen Strategie zur Antisemitismusprävention und -bekämpfung in Zusammenarbeit von Bund und Ländern berücksichtigt werden. Er unterstützt in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Absicht der Kommission, den Kampf gegen Antisemitismus bei ihren Aktivitäten zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Bereich von Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaft, Polizei, Justizvollzug und Opferschutz verstärkt zu berücksichtigen. Dabei sollten einerseits das Bewusstsein für das Erkennen antisemitischer Straftaten, andererseits die historische Verantwortung Deutschlands Bestandteil der Ausbildung sein.
6. Die Antisemitismusdefinition der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA – Internationale Allianz zum Holocaust-Gedenken) sollte nach Auffassung des Bundesrates einheitlich den Landesbehörden der Justiz und Exekutive als Orientierungshilfe zum Erkennen von antisemitischen Mustern und den unterschiedlichen Ausprägungen von Antisemitismus dienen. Das Erkennen jeden antisemitischen Gehalts einer Handlung und deren Benennung dienen schließlich der Schaffung von Vertrauen in die Behörden und Gerichte und tragen zu einer Erhöhung der Anzeigebereitschaft antisemitisch motivierter Straftaten bei.
7. Der Bundesrat teilt die im Strategiepapier aufgezeigte Bedeutung des israelbezogenen Antisemitismus für die Lebenswirklichkeit der in Europa lebenden Jüdinnen und Juden und hält speziell darauf ausgerichtete Instrumente für zwingend notwendig. Diese sollten von der Vermittlung von Wissen über die Geschichte und Politik Israels über die Stärkung des Austauschs gerade junger Menschen in der EU und Israel bis hin zu einem aktiven Eintreten gegen Bestrebungen, Netzwerke und Bewegungen innerhalb der EU reichen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Daher unterstützt der Bundesrat auch die geäußerte Absicht, die Kooperation zwischen der EU und Israel beim Engagement gegen Antisemitismus weiter zu stärken.

8. Er teilt die Auffassung der Kommission, dass der Bekämpfung von Antisemitismus im Internet verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Dabei stellt er – wie die Kommission – fest, dass die digitale Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmythen – auch im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie – zu Radikalisierung und letztlich zu physischer Gewalt führen kann. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Konkretisierung der Pflichten von Betreiberinnen und Betreibern im Zusammenhang mit dem „Digital Services Act“ und dem „Digital Markets Act“ sowie (bei der Entwicklung von Algorithmen) der Bereich Künstliche Intelligenz wichtig. Der Umgang mit illegalen Inhalten auf Plattformen wie Telegram muss stärker in den Blick genommen werden. Darüber hinaus sind auch staatliche Stellen berufen, der Verbreitung von Antisemitismus im Netz entgegenzutreten. Die Möglichkeit richterlich angeordneter Accountsperren kann insoweit ein wichtiger Baustein sein, ebenso wie die konsequente Verfolgung von strafrechtlich relevanten Aussagen im Internet und den Sozialen Medien. Verschwörungsmythen und gezielte Falschinformationen sollen weiterhin adressiert und durch bestehende ländereigene Programme der Demokratiebildung aufgeklärt werden.
9. Der Bundesrat betont, dass die Kultur des Judentums ein integraler Bestandteil der europäischen Kultur ist, und dass das jüdische kulturelle Erbe in den Mitgliedstaaten einerseits geschützt, andererseits auch so bekannt gemacht werden muss, dass es von Europäerinnen und Europäern als lebendiger Teil europäischer Kultur und Lebensweise wahrgenommen und geschätzt wird. Für Deutschland bedeutet das unter anderem, auf die mittlerweile 1700-jährige Tradition jüdischen Lebens und die zahllosen bedeutenden Beiträge von Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft zu unserer gemeinsamen Gesellschaft und Kultur hinzuweisen. Hier kommt der Intensivierung der Zusammenarbeit der Länder mit der Zivilgesellschaft eine hohe Bedeutung zu.
10. Er teilt die Auffassung der Kommission, dass bei der Umsetzung der Strategie der Landes-, aber auch der lokalen und regionalen Ebene eine besondere Bedeutung zukommt, sowohl bei der Bekämpfung des Antisemitismus als auch bei der Förderung jüdischen Lebens. Die Länder sehen es somit als ihre Aufgabe an, die Bundesregierung bei der Erarbeitung der deutschen Strategie zur Antisemitismusprävention und -bekämpfung bis Ende 2022 zu unterstützen und dabei auch die Bund-Länder-Kommission Antisemitismus als wichtige Schnittstelle zu nutzen. Die Länder erwarten insoweit von der Bundesregierung frühzeitig eine entsprechende Einbeziehung. Gleichzeitig hält der Bundesrat es auch für wichtig, dass andere europäische Gremien der lokalen und regionalen Ebene, insbesondere der Ausschuss der Regionen, sich künftig verstärkt mit dem Thema Antisemitismus befassen, um gemeinsam die Umsetzung der EU-Strategie gegen Antisemitismus zu erarbeiten und einen Best-Practice-Austausch zu fördern.
11. Der Bundesrat sieht die Länder insbesondere bei der verstärkten Thematisierung von Antisemitismus in den Bereichen Schule, außerschulische Bildung, Hochschulen, Aus- und Fortbildung im Bereich von Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaft, Polizei und Justizvollzug sowie Forschung und Erinnerungskultur in der Verantwortung. Mit Blick auf die Erinnerung an den Holocaust teilt er das Bestreben der Kommission, angesichts des nahen Zeitpunkts, zu dem der direkte Austausch mit Zeitzeuginnen und -zeugen nicht mehr möglich sein wird, gemeinsam neue Wege des Gedenkens zu stärken, um das Wissen über den Holocaust in der EU lebendig zu erhalten. Der Bundesrat begrüßt daher die geplante Aufwertung des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus.

Alterssicherung jüdischer Kontingentflüchtlinge verbessern - BT-Drucksache 19/7854

Der Antrag vom 18.02.2019 stellt fest, dass die Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland, jüdische Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu ermöglichen, angesichts der Schoah auf der historischen Verantwortung Deutschlands beruhe und dem Wunsch, jüdisches Leben in Deutschland zu fördern – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des Antisemitismus in der Endphase der Sowjetunion. Jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer hätten so die Möglichkeit erhalten, sich in Deutschland ein Leben aufzubauen und führen zu können. Die Tatsache, dass es eine nennenswerte jüdische Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gegeben habe, sei ein großes Glück und eine große Bereicherung für Deutschland. Die Zuwanderinnen und Zuwanderer seien jedoch häufig in einer schwierigen Lage hinsichtlich ihrer materiellen Situation im Alter.

Thüringens Beauftragter der Landesregierung für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus forderte anlässlich der Behandlung einer **EntschlieÙung über „Rentenbenachteiligung jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer“** der Länder Bremen, Hamburg und Thüringen diese Rentenbenachteiligung schnell zu beenden:

„Jüdinnen und Juden, die aus den früheren Sowjetrepubliken nach Deutschland eingewandert sind, droht erhebliche Altersarmut. Diese Jüdinnen und Juden, die insbesondere in Ostdeutschland einen gewichtigen Teil der jüdischen Gemeinden stellen, haben den Großteil des Erwerbslebens im Ausland zurückgelegt. Deshalb konnten sie naturgemäß keine ausreichenden Rentenanwartschaften in Deutschland aufbauen. Aufgrund nach wie vor fehlender Sozialversicherungsabkommen mit Russland und den meisten anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion fehlen ihnen Rentenansprüche. Zahlreiche Beispiele zeigen zudem, dass die im Ausland erwirtschafteten Renten und Einkünfte nicht nach Deutschland gezahlt werden oder zu gering sind. Zudem werden die in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bzw. der Sowjetunion selbst zurückgelegten rentenrechtlichen Zeiten für jüdische Zuwandererinnen und Zuwanderer - im Gegensatz zu Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern - bei der Rentenberechnung in Deutschland nicht berücksichtigt. Weitere Gründe für Altersarmut sind mangelnde Anerkennung von Berufsausbildungen oder das Ausüben einer Tätigkeit, die nicht dem eigentlichen Qualifizierungsniveau entsprochen hat. Dies führt in vielen Fällen zu so niedrigen Renten, dass die Betroffenen ausschließlich auf die Grundsicherung im Alter zurückgreifen können. Aber auch diejenigen, die Rentenzahlungen aus ihrem Herkunftsland erhalten, sind oft dauerhaft auf Transferleistungen angewiesen, da die Beträge nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreichen. Wir können nicht einerseits unsere Freude darüber ausdrücken, dass diese jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderer das jüdische Leben in Deutschland bereichern und andererseits die Augen davor verschließen, dass jüdische Zuwanderung und Altersarmut Hand in Hand gehen. Diese Missstände sind schnell zu beenden, indem die Betroffenen mit Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern gleichgestellt werden.“

Begründung für die EntschlieÙung des Bundesrates: Seit 1991 seien ca. 200.000 jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihre Angehörigen aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion in Deutschland aufgenommen worden - basierend auf der historischen Verantwortung für die Schoah und dem Wunsch, jüdisches Leben in Deutschland zu fördern. Die inzwischen betagten Betroffenen seien jedoch häufig in einer schwierigen materiellen Situation, da ihre Rentenansprüche für eine eigenständige Alterssicherung nicht ausreichten. Anders als bei Spätaussiedlung würden ihre Arbeitsleistungen vor dem Umzug nach Deutschland für die hiesige Rente nicht berücksichtigt.

Nach einer am 18. November 2022 durch die Bundesregierung verbreiteten Meldung (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/haertefallfonds-des-bundes-fuer-ddr-rentner-2144092>) hat nunmehr das Bundeskabinett beschlossen, den im Koalitionsvertrag (RNrn.

2437-2438) vereinbarten Fonds zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung u. a. für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler umzusetzen. Die Betroffenen sollen danach eine antragsabhängige Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro erhalten.

Der Bund errichtet hierfür eine nichtrechtsfähige Stiftung des Privatrechts in der Sonderform der Verbrauchsstiftung, die ihren Zweck innerhalb von drei Jahren verwirklichen soll. Träger der Stiftung ist das **Bundesministerium für Arbeit und Soziales**. Dieses ist beauftragt, nunmehr alle notwendigen Schritte einzuleiten, damit die Errichtung der Stiftung möglichst Anfang 2023 abgeschlossen ist.

Die Leistung der Stiftung richtet sich an Härtefälle in der Ost-West-Rentenüberleitung, an jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler, die einen erheblichen Teil ihrer Erwerbsbiographie in der ehemaligen DDR beziehungsweise im ausländischen Herkunftsgebiet zurückgelegt haben. Zudem muss ihre gesetzliche Rente in Grundsicherungsnahe liegen. Betroffen dürften etwa 180. 000 bis 190. 000 Menschen sein. Der Bund stattet die Stiftung einmalig mit einem Vermögen in Höhe von 500 Millionen Euro aus. Daraus finanziert werden insbesondere die Leistungen der Stiftung, das Antragsverfahren und die Beratung sowie die Geschäftsstelle und die Gremien. Weitere Zuführungen durch den Bund sind nicht vorgesehen.

Die Länder können der Stiftung bis 31. März 2023 beitreten, wenn sie hälftig ihren finanziellen Anteil einbringen und damit die Leistung um 2.500 Euro erhöhen. Die Maßnahme der Bundesregierung kann nur ein Zwischenschritt sein. Um zu einer angemessenen Lösung zu gelangen, bleibt noch reichlich Handlungsbedarf. Im Ergebnis des Gesprächs der MPK-Ost vom 8. Dezember 2022 ist eine Aufstockung um 2.500 € durch alle ostdeutschen Bundesländer unwahrscheinlich. Zur Beteiligung Thüringens am Härtefallfonds der Bundesregierung laufen noch Beratungen.

h) Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (LZT)

Angebote zum Themenfeld Antisemitismus, Judentum und dem Beitrag jüdischen Lebens zur Geschichte und Gegenwart gehören seit vielen Jahren zu den Schwerpunkten der Arbeit der LZT. Dies spiegelt sich in den nachstehend genannten Arbeitsfeldern wider.

Historisch-politische Bildungsarbeit zum Themenfeld „Nationalsozialismus“ und Holocaust

In Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora bietet die LZT für Schulklassen mehrtägige Projektstage sowie eintägige Studientage am Erfurter Erinnerungsort Topf & Söhne für Thüringer Schulklassen an. Im Rahmen dieses Projektangebots spielt die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Vernichtungsantisemitismus eine zentrale Rolle. Die LZT hält in ihrem Publikationsangebot zahlreiche Publikationen zur Geschichte des Nationalsozialismus vor. Die Quellenbände zu den Novemberpogromen in Thüringen und zur Deportation und Ermordung der Thüringer Juden stellen umfangreiches regionalgeschichtliches Material zur Vorbereitung entsprechender Schulprojekte und Gedenkstättenbesuche zur Verfügung. Seit 2020 ist zudem die Eigenpublikation von Michael Löffelsender „Das KZ Buchenwald 1937-1945“ im Angebot der LZT. Sie gibt einen kompakten Überblick zur Geschichte des Lagers, indem sie die Binnengeschichte mit der der NS-Gesellschaft verbindet. Die Broschüre ist ebenfalls hervorragend zur Vorbereitung der Schulprojektstage in Buchenwald geeignet.

In den vergangenen Jahren hat die Landeszentrale auch zahlreiche Studienreisen nach Polen durchgeführt, in denen die Auseinandersetzung mit der NS-Vernichtungspolitik im Mittelpunkt stand. Auch die Gedenkstätten Majdanek, Belzec, Sobibór und Treblinka als Tatorte der sogenannten „Aktion Reinhardt“ – einer Mordaktion, in der in den Jahren 1942/43 annähernd zwei Millionen Jüdinnen und Juden ermordet wurden – waren mehrfach Teil des Programms der LZT. In der ersten Gesamtdarstellung der "Aktion Reinhardt" in deutscher Sprache rückt Stephan Lehnstaedt, langjähriger Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Warschau, die Toten von Belzec, Sobibór und Treblinka wieder ins Bewusstsein und erinnert damit eindrücklich an die Ermordung der polnischen Jüdinnen und Juden. Aus Anlass des 80. Jahrestags der „Aktion Reinhardt“ wurde das Buch in der Reihe „Das politische Buch im Gespräch“ vorgestellt; es ist auch im Publikationsangebot der Landeszentrale erhältlich.

Die Gedenkstätten, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern, befinden sich in einer grundlegenden Umbruchsituation. Mittlerweile ist das seit den 1990er Jahren angekündigte Ende der Zeitzeugenschaft wirklich gekommen: Es gibt kaum noch jemanden, der als Zeuge über die Verbrechen berichten kann. Auch für die Adressaten dieser Berichte, jugendliche Gedenkstättenbesucherinnen und -besucher, rückt die Zeit des Nationalsozialismus immer weiter weg. Sie erleben den oftmals vorgetragenen Appell, sich an etwas „erinnern“ zu sollen, was selbst ihre Großeltern nicht mehr unmittelbar erlebt haben, als moralisch aufgeladene Überforderung.

Das politische Klima in Deutschland und Europa hat sich mit dem Erstarken rechtsextremer und -populistischer Parteien deutlich geändert. Gedenkstätten sind mit zunehmendem Geschichtsrevisionismus konfrontiert, der sich in der Relativierung oder der Verharmlosung der antisemitischen Verfolgungs- und Vernichtungspraxis im Nationalsozialismus sowie Formen der NS-Verherrlichung und Angriffen auf die Erinnerungskultur ausdrückt. Veränderte Wissensaneignung durch Digitalisierung erfordert auch neue Bildungskonzepte und -formate. In einer Migrationsgesellschaft stehen Gedenkstätten vor der Aufgabe, sich auch mit anderen Gesellschafts- und Regimeverbrechen auseinanderzusetzen, ohne die Verbrechen im Nationalsozialismus zu relativieren und ihre Opfer zu instrumentalisieren.

Mit dem neuen Stiftungsdirektor Jens-Christian Wagner konnte die Landeszentrale unmittelbar nach seinem Amtsantritt im Oktober 2020 über diese gesellschaftlichen Umbrüche und ihre Auswirkungen auf die Gedenkstättenarbeit sprechen.

In den letzten Jahren kam es zunehmend zu Kontroversen in der Öffentlichkeit über den historischen Status des Holocaust. Es ging dabei immer wieder um die Vorstellung, dass der Holocaust, also der millionenfache und systematische Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden, ein singuläres Geschehen darstelle, das nicht mit den Kolonialverbrechen vergleichbar sei. Zugleich wurden die vom Deutschen Reich begangenen kolonialen Verbrechen, insbesondere der Genozid an den Herero und Nama, stärker öffentlich wahrgenommen. Gerade mit Blick auf den Nationalsozialismus werfen diese Debatten eine ganze Reihe von Fragen auf: Ist es sinnvoll und moralisch erlaubt, den Holocaust in Beziehung zu anderen Genozid- und Gewaltverbrechen zu setzen? Muss man die nationalsozialistische Gewaltgeschichte vornehmlich als ein koloniales oder ein antisemitisches Projekt verstehen – oder lässt sich das verbinden? Welche innere Beziehung gibt es zwischen einer antisemitischen Ideologie, die in den Holocaust führte, und einer rassistischen Ideologie, die zu Genoziden insbesondere gegen die Völker Osteuropas führte? Muss sich unsere Erinnerungspolitik vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen und postkolonialer Debatten verändern? Prof. Dr. Uffa Jensen (TU Berlin) gab in einer Veranstaltung im April 2022 einen Einblick in diese aktuellen Kontroversen.

Die gegenwärtige Debatte um die vermeintliche Gegenüberstellung von postkolonialer Theorie und Antisemitismusforschung bildete auch den inhaltlichen Schwerpunkt des Seminars „Historikerstreit 2.0? - Erinnerungsdebatten in Deutschland zwischen Postkolonialer Theorie und Antisemitismusforschung“ im August 2022. Das Kooperationsseminar des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale versuchte die verschiedenen historischen, wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Stränge der Diskussion zu identifizieren und zu unterscheiden, um anschließende Anknüpfungspunkte für die israelsolidarische und antisemitismuskritische Arbeit zu gewinnen.

In Zusammenarbeit mit dem ThILLM und der Stiftung Ettersberg beteiligte sich die Landeszentrale 2020 an der Lehrerfortbildung „Den Holocaust unterrichten“ und kooperierte auch bei der vom ThILLM mit dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), dem Erinnerungsort Topf & Söhne und Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen zunächst als Präsenzveranstaltung geplanten Tagung „Antisemitismus heute - Herausforderungen im Schulalltag“, die wegen der Corona-Schutzmaßnahmen als Online-Veranstaltung durchgeführt werden musste.

Rechtsextremismus und Antisemitismus

Rechtsextremismus und Antisemitismus gehören in Deutschland untrennbar zusammen. Fachtagungen für unterschiedliche Berufsgruppen sensibilisierten für neue Tendenzen innerhalb der radikalen Rechten. Die gemeinsamen Tagungen mit MOBIT „Digitaler Faschismus. Die Online-Welt der extremen Rechten“ (2020) und „Rechter Osten?! Schwierige Erbschaften, soziale Umbrüche und Demokratiegefährdung“ (2022) thematisierten auf unterschiedliche Weise den Zusammenhang von Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Gewalt.

In Zusammenarbeit mit Distanz e.V. besteht seit 2021 ein neues Fortbildungsformat in Form einer eintägigen Fachtagung „Halbstarke Vorurteile und knallharte Fronten... ist da noch was zu machen? Gespräche und Workshops zur Arbeit mit rechtsextrem einstiegsgefährdeten und orientierten Jugendlichen“. Als Partner fungieren die jeweiligen Jugendämter. Mit diesem Angebot leistete die Landeszentrale auch einen kritischen Blick auf die pädagogische Arbeit im

Umgang mit Rechtsextremismus und stellten aktuelle Ansätze und Diskussionen in der Distanzierungsarbeit vor.

In der Reihe „Das politische Buch im Gespräch“ stellt die LZT regelmäßig den aktuellen Forschungsstand sowie neue Entwicklungen zur Diskussion. 2020 wurde mehrfach das Buch „Rechte Egoshooter“ von Andreas Speit vorgestellt - eine ausführliche Analyse des rechtsterroristischen Anschlags auf die Synagoge in Halle. Ulrich Chaussy präsentierte im Februar 2022 seine jahrzehntelangen Recherchen zur Aufklärung des Oktoberfest-Attentats in einer Online-Veranstaltung „Das Oktoberfest-Attentat und der Doppelmord von Erlangen. Wie Rechtsterrorismus und Antisemitismus seit 1980 verdrängt werden“. Das Oktoberfest-Attentat vom September 1980 mit 13 Toten erschütterte die Republik, wurde aber schnell vergessen - genau wie der antisemitische Mord in Erlangen an Shlomo Lewin und Frida Poeschke drei Monate später. Angeblich handelten in beiden Fällen verwirrte Einzeltäter. In seiner Analyse verbindet der Autor die Morde in Erlangen mit dem Attentat in München als Erscheinungsformen des Rechtsterrorismus.

Die Bücher sind teils als Sonderauflagen der Landeszentralen für politische Bildung erschienen und waren auch in der LZT erhältlich.

Jugendkultureller Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Formen

Für die politische Bildung ist die Auseinandersetzung mit dem Rechts-Rock, dem Medium des jugendkulturellen Rechtsextremismus, von besonderer Bedeutung. Im Mai 2022 beschäftigte sich die Fachtagung „Die letzten von gestern? 40 Jahre RechtsRock – eine Bilanz“ auch mit dem Thema, welchen Stellenwert der Antisemitismus im (Thüringer) Rechts-Rock hat. Die unterschiedlichen Ebenen des Antisemitismus zwischen offener Zustimmung zum Holocaust, dessen Leugnung oder Bagatellisierung wurden ebenso thematisiert, wie neuere Erscheinungsformen des sekundären und des auf Israel bezogenen Antisemitismus.

Im Rahmen der Summer-Talk-Reihe 2021 diskutierte die Landeszentrale mit dem Rapper Ben Salomo über „Antisemitismus in der deutschen Rap-Szene“. Salomo kam Anfang der 1980er-Jahre mit seiner Familie aus Israel nach Deutschland und wuchs in Berlin auf. Die HipHop-Szene stand für ihn gegen Ausgrenzung und wurde schnell auch ein Ort seiner Identität. Doch in den letzten 15 Jahren haben sich auch hier immer wieder deutliche Ausprägungen antisemitischer Ideologie gezeigt. Eine analoge Bestandsaufnahme zu einer Subkultur präsentierte der Autor Florian Schubert, der sein Buch „Antisemitismus im Fußball. Tradition und Tabubruch“ im Oktober 2021 in Jena vorstellte.

Antisemitismus in der DDR

Der Band „Widerspruchsvoller Neubeginn. Ostdeutsch-jüdische Geschichten nach 1945“, dokumentiert die Beiträge einer gleichnamigen Tagung aus Anlass des Jüdischen Themenjahrs in Thüringen. Die Überlebenden des Holocaust, die sich nach dem Ende des Krieges in der sowjetischen Besatzungszone niederließen, schwankten noch etliche Jahre lang zwischen Bleiben und Gehen. Während die einen Deutschland nur als Zwischenstation auf dem Weg nach Palästina oder den USA ansahen, letztlich aber doch in Berlin, Erfurt oder Leipzig blieben, sahen sich andere zu Beginn der 1950er-Jahre erneut zur Flucht aus ihrer alt-neuen Heimat gezwungen. Nur ein kleinerer Teil schloss sich wieder zu jüdischen Gemeinden zusammen. Die meisten der aus dem Exil in den sowjetischen Machtbereich zurückgekehrten

Juden standen der Religion eher fern und wollten am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mitwirken. Zwar verstand sich die DDR als antifaschistischer Staat, jedoch war sie mit dem gesellschaftlichen Nachlass des Naziregimes konfrontiert. Der Band schließt die langjährige kritische Auseinandersetzung mit dem Erbe des DDR-Antifaschismus ab, ein Schwerpunkt in der Bildungsarbeit der Landeszentrale, der mit zahlreichen Veranstaltungen und Buchprojekten verbunden war.

Antisemitische Gewalt von rechts, von links und aus der Migrationsgesellschaft

Antisemitische Gewalt darf nicht auf Rechtsterrorismus reduziert werden. Zum Auftakt des Themenjahrs Jüdisches Leben wurde das Buch von Ronen Steinke „Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt“ online präsentiert, der nicht nur die Verharmlosung des Rechtsterrorismus als „Einzelfälle“ analysiert, sondern auch die antisemitischen Bezüge im deutschen Linksterrorismus. Auch die Verharmlosung antisemitischer Attacken von Tätern mit muslimischem Hintergrund wird thematisiert. Das Buch beeindruckt vor allem durch die eindringliche Schilderung, wie antisemitische Attacken und Gewalt tief in den Alltag jüdischer Menschen eingreifen.

Die kontroversen Debatten um den BDS-Beschluss des Bundestags oder um die Äußerungen des postkolonialen Theoretikers Achille Mbembe im Frühjahr 2020 haben der Frage nach israelbezogenem Antisemitismus viel Aufmerksamkeit verschafft. Doch was ist unter Antisemitismus gegen Israel zu verstehen? Klaus Holz, Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland und seit Jahrzehnten in der Antisemitismusforschung engagiert, stellte sein neues Buch „Antisemitismus gegen Israel“ unmittelbar nach Erscheinen in Erfurt vor. Der gegen Israel formulierte Antisemitismus ist kein Sonderfall, er beruht auf den grundlegenden Mustern des modernen Antisemitismus überhaupt.

Jüdische Kultur und Geschichte/Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“

Die Fragestellungen des Themenjahrs „Jüdisches Leben in Thüringen“ spielen seit jeher eine wichtige Rolle im Bildungsprogramm der LZT, so dass das Themenjahr lediglich ein verändertes Framing dieser Angebote mit sich brachte.

Dass die Bildungsarbeit sich nicht (nahezu) ausschließlich auf die Ausgrenzung, Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung von Juden beziehen sollte, ist inzwischen allgemein anerkannt. Beiträge zur jüdischen Kultur und Geschichte und die Würdigung herausragender Persönlichkeiten sind daher schon seit langer Zeit fester Bestandteil des Portfolios. Das Themenjahr, bei dem die LZT überdurchschnittlich stark im Gesamtprogramm vertreten war, hat noch einmal zu einer Ausweitung geführt. Die entsprechende Veranstaltungsübersicht gibt Auskunft über die vielfältigen Aspekte, die behandelt werden und das zugleich in vielfältigen Formaten. Stellvertretend werden hier sieben Projekte vorgestellt:

Die Anfang 2019 verstorbene Mirjam Pressler gehörte zu den bedeutendsten Jugendbuch-Autorinnen in Deutschland. Ein großes Lebensthema der Autorin war die Auseinandersetzung mit der Schoa und die Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland. In „Dunkles Gold“, ihrem letzten Roman, schlägt sie mit der Geschichte um den Erfurter Goldschatz eine Brücke von den mittelalterlichen Pestpogromen zu aktuellen antisemitischen Entwicklungen in Deutschland. Bereits 2019 dienten unterschiedliche Veranstaltungsformate - von Schullektionen bis

zur Fortbildung - dem Ziel, Lehrerinnen und Lehrern sowie anderen Interessierten einen breiten Einblick in das Gesamtwerk von Mirjam Pressler - vor allem bezogen auf ihre Auseinandersetzung mit jüdischer Geschichte - zu bieten.

Eine für Herbst 2020 geplante Fortsetzungstagung sowie eine Reihe damit verbundener Schullesungen fielen der zweiten Pandemiewelle zum Opfer. Die LZT hat eine Reihe von Schulen zur Lektüre von „Dunkles Gold“ angeregt und dafür Material zur Verfügung gestellt.

In einer weiteren Veranstaltungsreihe spezifisch für die 9.-12. Klassenstufen im Rahmen des Themenjahres richtete die LZT den Blick insbesondere auf das jüdische Leben in Erfurt im 20. Jahrhundert. Im Fokus stand der "Erfurter Leuchter", eine Menora, die zu DDR-Zeiten durch den Projektleiter, Religions- und Sozialkundelehrer Lothar Tautz, entdeckt wurde.

Die Projekttagung begannen mit einer Führung durch die Alte Synagoge sowie das jüdische Wohnquartier in der Altstadt bis in den Predigerkeller, in dessen Gewölbegängen 1972 der "Erfurter Leuchter" entdeckt wurde. In einem zweiten Teil standen der Aufenthalt in der Kleinen Synagoge mit dem Besuch der Ausstellung zum jüdischen Leben im 19. und 20. Jahrhundert, Kurzvorträgen, Filmbeiträgen, einem Zeitzeugeninterview mit einer Vertreterin der Jüdischen Gemeinde Erfurts und Gruppenarbeiten zur Vertiefung des Stoffes auf dem Programm. Zusätzlich wurde im thematischen Rahmen der Projekttagung der Podcast „Der Erfurter Leuchter - Lebenszeichen aus den „Katakomben“ der Altstadt“ von der LZT produziert.

Die Schulprojekttagung und der Podcast wurden in Kooperation mit dem Verein Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. realisiert.

Die Veranstaltung „Auf den Spuren von Waldemar Schapiro“ war eines von mehreren biografisch orientierten Projekten. Schapiro war das erste jüdische Opfer des Nationalsozialismus in Erfurt. 88 Jahre nach seiner Ermordung erinnerte die Landeszentrale 2021 an den Erfurter Widerstandskämpfer. Seine Biografie wird auch in dem LZT-Band zum frühen Lager in der Erfurter Feldstraße thematisiert.

Mit einem Podcast erinnerte die LZT an den Gothaer Kreisarzt Fritz Noack. Er engagierte sich in den Gothaer Arbeiterorganisationen ebenso wie in linkszionistischen Gruppen. Für seine Jugendarbeit gab er ein jüdisches Liederbuch heraus, das, nach eigenen Angaben, das erste seiner Art in Deutschland war. Bisher wenig beachtet sind die führende Rolle Fritz Noacks in der zionistischen Bewegung in Thüringen und seine überregionalen Aktivitäten in der zionistisch-sozialistischen Bewegung Poale Zion. Schon seit den 1920er Jahren mit antisemitischen Angriffen konfrontiert, erkannte er früh die nationalsozialistischen Gefahren. Nach der Machtübernahme durch die Nazis wanderte er bereits 1933 mit seiner Familie nach Palästina aus und war hier maßgeblich am Aufbau des Gesundheitswesens beteiligt. Nach der Staatsgründung wurde er der Vertreter Israels in der WHO.

In Gera und Nordhausen kam das bundesweite Projekt „Ich hatte einst ein schönes Vaterland...“ (Heine) zur Aufführung, das Lesung und literarisches Kammerkonzert verband. Der Schauspieler Roman Knižka las u.a. Texte vom Philosophen der Aufklärung Moses Mendelssohn, der Schriftstellerin Rahel Levin Varnhagen, die sich für eine jüdische und feministische Emanzipation einsetzte, des Feuilletonisten Ludwig Börne und der Dichterin Mascha Kaléko.

Die Filmreihe „Jüdische Geschichte(n)“ von Januar bis Dezember 2021 setzte ebenfalls besondere inhaltliche Schwerpunkte im Rahmen des Themenjahrs. Zunächst wurde hier monatlich je eine Veranstaltung im Kino mon ami in Weimar angeboten und ab Oktober auch mit dem METROPOL Kino in Gera zusammengearbeitet. Aufgrund der Kino-Schließungen im Zuge der Corona-Pandemie fanden die Veranstaltungen der Reihe zunächst in Kooperation

online statt. Die Filme „Chichinette - Wie ich zufällig Spionin wurde“ von Nicola Hens, „Swimmingpool am Golan“ von Esther Zimmering, „Rabbi Wolff“ von Britta Wauer, „Herr Zwilling und Frau Zuckermann“ von Volker Koepp, „Stielke, Heinz, Fünfzehn“ von Michael Kann und „Schnee von gestern“ von Yael Reuveny liefen als Abrufangebote und hatten relativ hohe Zugriffszahlen. Mit Nicola Hens, Esther und Klaus Zimmering sowie Britta Wauer fanden im Anschluss Online-Filmgespräche statt. Die Reihe wurde im Herbst u. a. mit dem Film „Walter Kaufmann – Welch ein Leben!“ oder „Schocken – Ein deutsches Leben“ fortgesetzt. Im September 2021 fand eine besondere Veranstaltung statt: Der Filmwissenschaftler Karl Prümm stellte den 1915 in Meuselwitz geborenen und dort bis zu seiner 1937 nach KZ-Haft erfolgten Flucht aus Deutschland lebenden Regisseur Karl Fruchtmann vor, der als erster Filmemacher Zeitzeugen-Gespräche über den Holocaust ins deutsche Fernsehen brachte und auch in anderen seiner Filme die Shoah thematisierte.

Im Sommer 2021 organisierte die LZT die einwöchige Studienreise „Polen unter NS-Herrschaft - Geschichte und Folgen. Gedenkstätte Auschwitz - Spuren jüdischen Lebens in Krakau und Kleinpolen“, an der 27 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Bereichen Bildung, Verwaltung und Journalismus teilnahmen. Die Reise führte in Thüringens Partnerregion und bot die Möglichkeit, sich im Themenjahr mit den Spuren jüdischer Kultur und Geschichte in der Woiwodschaft Malopolska und ihrer Hauptstadt Krakau zu beschäftigen, aber auch mit deren Vernichtung während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg auseinanderzusetzen. In vielen der besuchten Orte arbeiten seit den 1980er Jahren von bürgerschaftlichem Engagement getragene Initiativen und Vereine, die v. a. jedoch seit den 2000er Jahren daran gingen, an das Leben ihrer ermordeten jüdischen Nachbarn zu erinnern, die noch vorhandenen Zeugnisse ihres Lebens zu sichern, zu restaurieren und sichtbar zu machen sowie die Ergebnisse ihrer Nachforschungen an nachfolgende Generationen zu vermitteln und in Bildungsprozesse einfließen zu lassen. Hier ergaben sich für die in Thüringen engagierten Teilnehmenden der Studienreise Anknüpfungspunkte und Kooperationsansätze.

[ACHAVA-Kooperationsprojekte](#)

Die inzwischen mehrjährige Kooperation der Landeszentrale mit ACHAVA e.V. konnte im Themenjahr zu Jüdischem Leben in Thüringen fortgesetzt und ausgeweitet werden. Durch die Zusammenarbeit mit der LZT wurden vor allem besondere Schulprojekte möglich. Hierzu zählt das Schülerforum im Landtag in den Jahren 2020 und 2021 mit jeweils ca. 150 Schülerinnen und Schülern, die jüdische Geschichte und Kultur spannend, authentisch und partizipativ vermittelt bekamen – u.a. in verschiedenen Workshops. Im September 2020 hatten die Teilnehmenden dabei auch die Möglichkeit in einem Online-Zeitzeugengespräch mit der Holocaust-Überlebenden Éva Fahidi-Pusztai zu sprechen. Zudem gastierte 2020 die Reihe „Jugend in Flammen“ in verschiedenen (Klein-)städten. Bei diesem Format stand die Geschichte und das Schicksal von Aliza Vitis-Shomron – Autorin und Überlebende des Warschauer Ghettos – im Zentrum. Auch sie war jeweils live aus Israel zugeschaltet, ebenso wie die beiden Musiker, welche Lesung und Gespräch umrahmten. Im Jahr 2021 wurden Schulprojektstage in Eisenach, Ruhla und Barchfeld angeboten. Dabei wurden zehn Unterrichtseinheiten zu verschiedenen Aspekten durchgeführt und dank Live-Schaltungen auch Gespräche mit einem Rabbiner ermöglicht. Im Rahmen der Reihe „Jüdisches... Weimar, Barchfeld, Arnstadt und Bad Liebenstein“ wurden außerdem verschiedene Einzelveranstaltungen realisiert, die Bezüge zur lokalen jüdischen Geschichte herstellten bzw. aufgriffen.

Alle Veranstaltungen, die durchweg gute Resonanz und Feedback fanden, waren zugleich Bestandteil der ACHAVA-Festspiele und konnten von der damit verbundenen Aufmerksamkeit profitieren.

Pandemieleugnung, Antisemitismus und Demokratiegefährdung

Bei den „Querdenker“-Demonstrationen finden Menschen zusammen, die früher eher selten gemeinsam auftraten. Die politischen Orientierungen dieser neu entstandenen Mischszene sind jenseits des Protests gegen die staatlichen Maßnahmen widersprüchlich, ihre soziale Bewegungsdynamik ist offen. Die radikale Rechte in ihren unterschiedlichen Facetten will diese Proteste radikalisierten, inszeniert sich als ihr militanter Arm und sucht dabei auch die direkte Konfrontation mit der Polizei. Die unverzichtbare Abgrenzung von Demokratiefeinden und radikalen Rechten erodiert offensichtlich in der Gesellschaft. Verschwörungsmysen rund um die Ausbreitung des Corona-Virus sind verbreitet und häufig mit antisemitischen Ideologemen verbunden. Teilnehmer der Demonstrationen vergleichen sich mit Verfolgten des Nationalsozialismus, um die aktuelle Regierung als Diktatur anzuklagen. So trägt der Protest auch geschichtsrevisionistische Züge. Diese Problemfelder waren Gegenstand der Fachtagung „Gefährdete Demokratie? Geschichtsrevisionismus, Verschwörungsmysen und Pandemie-Leugnung“, die die LZT 2021 gemeinsam mit Mobit e.V. durchführten und die eine große Resonanz erhielt.

In einem Online-Format sprach die Landeszentrale mit Prof. Fabian Virchow über „Die Proteste der Pandemie-Leugner*innen: Strömungen, Weltbilder und Radikalisierungspotentiale“. Er stellte seine Studie „Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen“ vor, die sich in vielen Punkten auch auf die Entwicklung in Thüringen übertragen lässt.

Sowohl online als auch in Präsenz in Mühlhausen stellte Andreas Speit sein Buch „Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus“ vor. Andreas Speit zeigte, dass in alternativen Milieus Werte und Vorstellungen kursieren, die alles andere als progressiv oder emanzipatorisch sind, sondern Elemente von Antisemitismus bis Antifeminismus beinhalten.

80. Jahrestag der Deportation der Thüringer Jüdinnen und Juden

Über 6.000 Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Herkunft lebten im Gebiet des heutigen Thüringen, bevor die Nationalsozialisten 1933 die Macht übernahmen. Dieses reiche jüdische Leben wurde im Nationalsozialismus zerstört. 1933 begann die systematische staatliche und gesellschaftliche Entrechtung, Beraubung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung. Am 9. Mai 1942 wurden 513 Männer, Frauen und Kinder aus 42 Orten in Thüringen in der Viehauktionshalle in Weimar gesammelt und am nächsten Morgen in das Ghetto Belzyce deportiert. Nur eine junge Frau überlebte. Weitere Transporte folgten im September nach Theresienstadt, viele von ihnen wurden später im Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Etwa 2.500 Menschen aus Thüringen starben in der Schoa.

Ein Kooperationsprojekt des Erinnerungsortes Topf & Söhne, der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald Mittelbau-Dora, der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek, der Landeszentrale für politische Bildung und der Künstlerin Margarete Rabow lud dazu ein, 80 Jahre nach dem Beginn der Deportationen an die Menschen in Thüringen zu erinnern, die durch die antisemitische Ausgrenzung und Gewalt im Nationalsozialismus um ihr Leben gebracht wurden.

Margarete Rabow hat eine Gedenkaktion mit dem Titel „Schreiben gegen das Vergessen“ entwickelt, an der sich viele Menschen beteiligen können. Die Namen der Todesopfer der Schoa einer Stadt, einer Region oder eines ganzen Landes werden im öffentlichen Raum mit Kreide auf den Boden geschrieben. Vier dieser Schreibaktionen wurden in Thüringen umgesetzt: Der Auftakt fand am 9. Mai 2022 in Erfurt statt und erzielte eine große mediale Resonanz. Weitere Veranstaltungen folgten im September: am 9. September in Meiningen, am 11. September in Gera und am 19. September in Weimar.

Israel-bezogene Veranstaltungen

Nahezu seit Gründung der LZT bietet diese Studienreisen für Multiplikatoren nach Israel an, die durchgängig auf großes Interesse stoßen. Leider musste die für 2020 vorgesehene Reise pandemiebedingt abgesagt werden, konnte aber im November 2021 nachgeholt werden. Auch daneben widmeten sich verschiedene Veranstaltungen der Geschichte, Politik und gesellschaftlichen Situation Israels.

Sonderthemen

Im Jahr 2020 feierte die Thüringer Landesverfassung von 1920 ihren 100. Jahrestag. Die Thüringer Verfassung war seinerzeit im Wesentlichen vom Jenaer Rechtsprofessor Eduard Rosenthal erarbeitet worden, der deshalb auch als „Vater“ dieser Verfassung gilt. Lange Zeit waren er und seine – auch auf anderen Gebieten – herausragenden Leistungen aus dem kollektiven Bewusstsein in Thüringen verschwunden, hatten doch die Nationalsozialisten während ihrer Herrschaft alles dafür getan, die Erinnerung an den aus einer jüdischen Familie stammenden Rechtswissenschaftler und liberalen Politiker auszulöschen. Auch in der DDR gab es wenig Interesse und Initiative, an den bürgerlichen Gelehrten, Kulturbürger und liberaldemokratischen Landtagsabgeordneten zu erinnern. Um Eduard Rosenthal dem Vergessen zu entreißen und ihm den gebührenden Platz in der Thüringer Landesgeschichte zuzuweisen, unterstützte die Landeszentrale den Film „Eduard Rosenthal – Fragmente eines Lebens“ von Dietmar Ebert und Torsten Eckold. Viele Termine, bei denen der Film mit Gespräch vorgestellt werden sollte, mussten zwar pandemiebedingt entfallen, Veranstaltungen fanden dennoch in Jena, Weimar und Gera statt. Im Februar 2022 wurde der Film zudem im Rahmen der Finissage zur Ausstellung „Die Abgeordneten des 1. Thüringer Landtags – Eine biografische Ausstellung“ in Meiningen gezeigt.

Außerdem hat die Landeszentrale einige DVDs mit dem Film erworben, um ihn in weiteren Veranstaltungen mit den Filmemachern vorzustellen bzw. ihn Interessierten in Thüringen zugänglich machen zu können.

Publikationen

Publikationen zum Themenfeld sind grundsätzlich und permanent Teil des LZT-Angebotes. Soweit nicht schon genannt, wird auf die Publikationsübersicht unter www.lzt-thueringen.de bzw. die Jahresberichte verwiesen. Der Bericht für 2022 wird im Frühjahr 2023 veröffentlicht werden.

i) Das jüdische Leben und die Bekämpfung des Antisemitismus in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte sowie die Landrätinnen und Landräte sind im Juli 2022 zu folgenden zwei Fragen um Auskunft gebeten worden:

1. Gibt es in Ihrem Zuständigkeitsbereich eine Ansprechperson für die Bekämpfung des Antisemitismus?
2. Welche öffentlichen oder zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens sind in Ihrem Bereich besonders hervorhebenswert?

Aus den positiven Rückmeldungen ergibt sich dieses Bild:

Zu 1.

Ansprechpersonen für die Bekämpfung des Antisemitismus:

- In der Landeshauptstadt [Erfurt](#) gibt es kein explizites Amt eines Beauftragten für Antisemitismus. Deshalb sind die Mitarbeiter des 'Netzwerks jüdisches Leben Erfurt' sowie die UNESCO-Welterbe-Beauftragten, letztlich alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die sich mit dem Thema jüdisches Leben in Erfurt vom Mittelalter bis heute beschäftigen, funktional aktive Ansprechpersonen in der Bekämpfung des Antisemitismus.
- Bei der Stadt [Jena](#) ist eine mit drei Mitarbeitern besetzte Antidiskriminierungsstelle eingerichtet; eine weitere Mitarbeiterin steht im Büro für Migration und Integration bereit.
- Bei der Stadt [Weimar](#) ist eine entsprechende hauptamtliche Stelle geplant, die Aufgabe wird zurzeit noch von der Ausländerbeauftragten wahrgenommen.
- Das Landratsamt [Altenburger Land](#) kooperiert mit der Opferberatungsstelle ezra.
- Im [Unstrut-Hainich-Kreis](#) gibt es in der Kreisstadt Mühlhausen zwar keine formal bestimmte Ansprechperson, für einschlägige Probleme sind jedoch die Leiterin des Fachbereichs „Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung“ sowie der Oberbürgermeister selbst zuständig.
- Im Kreis [Weimarer Land](#) stehen die Landrätin selbst und ein Referent als mögliche Ansprechpartner zur Verfügung.

Zu 2.

Besonders hervorhebenswerte öffentliche oder zivilgesellschaftliche Initiativen (zusammenfassend nach der Selbstbeschreibung)

- Mit der UNESCO-Welterbe-Bewerbung der Stadt [Erfurt](#), d.h. dem jüdischen Alltagsleben im Mittelalter, wird ein wichtiger Beitrag zur Aufklärungsarbeit im Bereich jüdischen Lebens geleistet. Durch die breite Wirkung in der Öffentlichkeit wird Interesse für das jüdische Leben geweckt und der Fokus weg von der Andersartigkeit hin zur Gemeinsamkeit und dem Zusammenleben zwischen Christen und Juden gelenkt. Auch die Bildungsarbeit des 'Netzwerks jüdisches Leben in Erfurt' setzt auf Wissensvermittlung zum Thema 'Jüdisches Leben'. In thematischen Workshops werden Grundzüge des Judentums vermittelt, immer auch mit einem Bezug zum Alltagsleben der Menschen heute. Durch eine interaktive und multiperspektivische Bildungsarbeit zielt das Netzwerk darauf ab, den Besuchern so viel Wissen über das Judentum mitzugeben, um heute gängige Verschwörungsmythen zu durchschauen und reflektiert mit antisemitischer Hetze umgehen.

Durch eine neue Dauerausstellung in der „Kleinen Synagoge“ zum Thema 'Jüdisches Leben im 19. und 20. Jahrhundert in Erfurt', die Anfang 2023 eröffnet wird, bieten sich für das Netzwerk zahlreiche neue Möglichkeiten der Arbeit im Bereich Antisemitismusprävention. Der Besucher hat die Möglichkeit, das Leben der jüdischen Gemeinde im Laufe einer sehr bewegten Zeitspanne kennenzulernen.

Die Bekämpfung des Antisemitismus ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Ausstellungen, der Bildungsarbeit und der Veranstaltungen am „Erinnerungsort Topf & Söhne“. Als historischer Ort der Mittäterschaft eines privaten Wirtschaftsunternehmens am Menschheitsverbrechen der Schoah entwickelt dieser Ort besondere Überzeugungskraft in der Auseinandersetzung mit den Folgen nationalsozialistischer Ausgrenzung und Verfolgung und sensibilisiert für die Notwendigkeit einer Haltung gegen Antisemitismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Er macht die Menschheitsverbrechen der Schoah sichtbar und veranschaulicht exemplarisch, wie dieses Staats- und Gesellschaftsverbrechen durch das eigenständige Mitmachen vieler Einzelner und Gruppen unterstützt und ermöglicht wurde.

Die Einrichtung macht in ihren Bildungsangeboten jüdisches Leben in Geschichte und Gegenwart sichtbar, veranschaulicht es mit Biografien und Zeitzeugenberichten und vermittelt es filmisch und mit moderner digitaler Technik. Damit wird insbesondere jugendlichen Besuchern ein Raum geboten, auf der Basis historischen Wissens ihr eigenes Verhalten in alltäglichen Diskriminierungssituationen zu reflektieren, sich mit der Bedeutung von Grundrechten für das Individuum und die Gesellschaft auseinanderzusetzen und die eigenen Handlungsmöglichkeiten, die eigene Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte sowie die Chancen der eigenen und der gesellschaftlichen Vielfalt zu erkennen.

Erfurt ist Sitz der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, K.d.ö.R. (JLGT), die unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Förderverein „Jüdisch-Israelische Kultur in Thüringen e. V.“ die jährlich stattfindenden „Jüdisch-Israelischen Kulturtage“ organisiert.

- In der Stadt [Jena](#) dient der „Runde Tisch für Demokratie“ als eine wichtige zivilgesellschaftliche Einrichtung zur Bekämpfung des Antisemitismus. Er arbeitet mit dem Ziel, das „Jenaer Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz“ umzusetzen. Außerdem werden einige Projekte zur Bekämpfung von Antisemitismus finanziell unterstützt.
- In der Stadt [Weimar](#) werden im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes die Themen „Förderung des jüdischen Lebens“ und „Bekämpfung des Antisemitismus“ unterstützt. Dazu gab es im Jahr 2021 und 2022 eine Fülle von Projekten, wie zum Beispiel „Musikalische Stolpersteine in Weimar“ vom Förderverein Rendezvous mit der Geschichte e.V. oder „Radsport und Buchenwald - eine Outdoor-Stelen-Ausstellung in Weimar anlässlich der Deutschlandtour“, veranstaltet von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Enge Kooperation besteht auch mit verschiedenen Initiativen wie dem Projekt „1000 Buchen“ und der „OMA“ – Other Music Academy mit Alan Bern und dem Projekt Yiddish Summer. Außerdem wird der Empfehlung der Kultusministerkonferenz nachgekommen, auch an Schulen die Thematik aktiv zu behandeln.
- Im Landkreis [Altenburger Land](#) sind als Akteure das Theater Altenburg/Gera mit seinem Engagement zum Pogromgedenken zu nennen, wie auch Christian Repkewitz mit seinen Recherchen und Veröffentlichungen zum jüdischen Leben im Altenburger Land, desweiteren Dr. Marc Bartuschka, der ausführlich zur Geschichte der HASAG in Altenburg geforscht hat, die AG "Erinnerungskultur in der Stadt Altenburg" mit ihren Vorträ-

gen und der Geschichtsverein Altenburg mit seinem Informations- und Dokumentationszentrum und dem Engagement zum Gedenken an die KZ-Häftlinge. Die Initiative der Stadt Altenburg im Rahmen der Kampagne „#WeRemember“ des Jüdischen Weltkongresses und der UNESCO gehört ebenso dazu, wie die zentrale Gedenkveranstaltung zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ des Landkreises und die Gedenkveranstaltung in Meuselwitz zum „International Holocaust Remembrance Day“.

- Im Landkreis [Eichsfeld](#) hat sich Herr Christian Stützer, Mitarbeiter von Herrn MdB Manfred Grund, über viele Jahre mit der Bewahrung von jüdischem Erbe in Heiligenstadt sehr verdient gemacht. Er kümmert sich um den Erhalt des jüdischen Friedhofs in Heiligenstadt.
- Im [Ilm-Kreis](#) wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ das Demokratieverständnis und die Extremismusprävention gefördert. Dazugehörige Projekte sind unter anderem das Graffiti-Projekt an der Geschwister Scholl Schule zu 100 Jahre Sophie Scholl (2021) und das Filmprojekt „Die Arier“ von Mo Asumang über Rassismus und Diskriminierung (2022). Im Landkreis gibt es zudem mit Herrn Jörg Kaps einen Beauftragten für jüdisches Leben und jüdische Geschichte, welcher zusammen mit der Landrätin Projekte unterstützt, wie die „Arnstädter Gedenktafel für die am 19.9.1942 deportierten Juden“, das Stolperstein Projekt und andere Präventionsprojekte. Darüber hinaus sind die örtliche Musikschule Partner der ACHAVA-Festspiele und Stadt Arnstadt Festspielort.
- Im [Unstrut-Hainich-Kreis](#) wird der Kulturverein „Stadtmauerturm“ e.V. in Bad Langensalza von der Lokalen Partnerschaft für Demokratie im Unstrut-Hainich-Kreis unterstützt. Der Verein schuf das Geschichtsprojekt „Jüdisches Leben in Langensalza – eine Spurensuche“. In diesem Projekt geht es um die historische Aufarbeitung der jüdischen Einwohner in Bad Langensalza. Dabei wurden aus mehreren Datenbanken Informationen gesucht, welche Aufschluss über das jüdische Leben in der Stadt bieten. Zudem wird auf die aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus hingewiesen. Hervorzuheben ist der im Kirchenkreis Mühlhausen wirkende Christlich-Jüdische Arbeitskreis der, gemeinsam mit dem Mühlhäuser Geschichts- und Denkmalpflegeverein und dem Rotary Club, für die jährlich stattfindenden Gedenkveranstaltungen ausgerichtet. Die sanierte Mühlhäuser Synagoge wird ab 2023 Begegnungsstätte jüdischer Religion, Kultur und Geschichte und damit auch als Lernort zur Vorbeugung antisemitischer Tendenzen.
- Der Landkreis [Sonneberg](#) beteiligt sich aktiv am Projekt „Demokratie leben!“ sowie am Landesprogramm „Denk bunt“. Dabei entstand das regionale Bündnis „Partnerschaft für Demokratie“. Im Rahmen dieser Projekte gibt es eine enge Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die unter anderem auch die Bekämpfung des Antisemitismus, beispielsweise an Schulen, fördern. Zudem wurde ein „Toleranz Logo“ entwickelt, das an Häusern im Kreisgebiet für Weltoffenheit wirbt. Die Einzelmaßnahmen werden über eine im Jugendamt angesiedelte koordinierungsstelle im Landratsamt gebündelt.
- Im Landkreis [Weimarer Land](#) wurden in der Vergangenheit Projekte für jüdisches Leben und die Bekämpfung von Antisemitismus durch den Verein „Prager-Haus Apolda e.V.“ und das Auschwitzprojekt des Gymnasiums „Bergschule“ Apolda veranstaltet. Dabei wird das ehemalige Wohnhaus der jüdischen Familie Prager in Form einer Ge-

denkstätte erhalten. Hier soll an die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Einwohner erinnert werden und über die Wurzeln des Antisemitismus aufgeklärt werden. Das Gymnasium „Bergschule“ Apolda führte gemeinsam mit dem Friedrich-Ebert-Gymnasium in Mühlheim ein mehrtägiges Auschwitzprojekt durch.

- Im [Wartburgkreis](#) wird sich im Rahmen des Programms „Denk Bunt“ in verschiedenen Themenfeldern gegen demokratiefeindliche Strömungen eingesetzt. Im Jahr 2021 war die gesamte diesbezügliche Initiative dem Thema „Jüdische Spuren und (neuer) Antisemitismus. Eine exemplarische Reise im südlichen Wartburgkreis“ gewidmet. Hervorzuheben ist auch die Initiative des Lutherhauses um die Aufarbeitung des sogenannten „Entjudungsinstituts“, welches elf evangelische Landeskirchen 1939 in Eisenach als „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ gegründet und bis 1945 betrieben haben. Daneben wurden viele weitere Projekte unterstützt, wie die Stolpersteinverlegung, die Achava-Festspiele und Gedenkveranstaltungen.

2. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS)

a) Schule/Bildung

Die politische Bildung in Thüringer Schulen hat einen hohen Stellenwert: Sie ist im Thüringer Schulgesetz als demokratisches Grundprinzip des Bildungs- und Erziehungsauftrags (§ 2 ThürSchG) verankert. Im Schulalltag wird dieses Prinzip lebendig durch eine demokratische Unterrichtskultur sowie durch die aktive Mitwirkung und vielfältige Mitbestimmungsformen von Thüringer Schülerinnen und Schülern. Demokratieprojekte in Schulen wie Fahrten zu Thüringer Gedenkstätten und Erinnerungsorten der Opfer der deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert sind ein wichtiger Bestandteil der Schulentwicklung geworden.

Im Schuljahr 2021/2022 führten allgemein bildende und berufsbildende Thüringer Schulen zahlreiche Projekte und Veranstaltungen zum Themenfeld jüdisches Leben und Bekämpfung von Formen des Antisemitismus durch.

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) und die Staatlichen Schulämter (SSÄ) unterstützten zentrale Vorhaben zum o. g. Themenfeld.

Aufgrund der Pandemiesituation wurde von den SSÄ übermittelt, dass nicht alle von Schulen geplanten Projekte zu den Themen jüdisches Leben und Bekämpfung von Formen des Antisemitismus in der Schule in den Schuljahren 2020/2021 und 2021/2022 umgesetzt werden konnten. Dennoch ist es erstaunlich und zeigt das hohe Engagement von vielen Schülerinnen und Schülern sowie von Lehrkräften, dass sich in den Schuljahren 2020/2021 und 2021/2022 trotz Lockdown, Unterrichtsausfall und Distanzunterricht insgesamt 75 allgemeinbildende Thüringer Schulen am Themenfeld mit vielfältigen Projekten beteiligt haben, um jüdisches Leben in Thüringen erfahrbar zu machen. Diese Schulprojekte wurden zentral und regional mit dem TMBJS, den SSÄ und folgenden außerschulischen Partnern entwickelt bzw. durchgeführt:

- Jüdische Landesgemeinde Thüringen, Erfurt
- Erinnerungsort Topf & Söhne, Erfurt
- Stiftung Schloss Friedenstein, Gotha
- Anne Frank Zentrum, Berlin
- Achava Festspiele, Weimar
- Schlossmuseum Sondershausen
- Eichsfeldmuseum, Heilbad Heiligenstadt

- Heinrich-Heine-Bibliothek Gotha
- Landesarchiv Gotha
- Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung Thüringen e.V., Erfurt
- Bündnis gegen rechts, Gotha

b) Zentrale Vorhaben des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS)

1. Juni 2021, öffentliche Auslobung des Leo-Trepp-Schülerwettbewerbs in den Ländern Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Hamburg und Thüringen, Ministerschreiben an alle allgemeinbildenden weiterführenden Schulen

9. Juni 2021, Eröffnung der Ausstellung „Blick in die Geschichte“ im TMBJS im Vorfeld zum Anne Frank Tag 2021 mit Herrn Minister Helmut Holter in Zusammenarbeit mit dem Anne Frank Zentrum Berlin und 21 Thüringer Schulen: siehe Medieninformation des TMBJS <https://bildung.thueringen.de/aktuell/anne-frank-ausstellung-im-thueringer-bildungsministerium>

30. September 2021, Thüringer Netzwerktreffen Demokratie und Schule – Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen, im Erinnerungsort Topf & Söhne (Erfurt) mit Thüringer Projektschulen, die ihre Projekte vorstellen und mit anderen Schulen ins Gespräch kommen. An der digitalen Veranstaltung nahmen zehn Thüringer Schulen mit 20 Schülerinnen und Schülern sowie acht Lehrkräften teil. Herausragende Schulprojektbeiträge wurden vom TMBJS online veröffentlicht und damit anderen zugänglich gemacht.

Aktionstag gegen Antisemitismus und Rassismus mit Projekten von 30 Thüringer Schulen zum **Anne Frank Tag** am 12. Juni 2022 in Zusammenarbeit mit dem Anne Frank Zentrum Berlin. Das TMBJS präsentierte gemeinsam mit Minister Helmut Holter die Anne-Frank-Ausstellung „Freundschaft“ im Juni 2022 im TMBJS. An der Ausstellungseröffnung nahmen Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte der TGS Otto Lilienthal Erfurt teil. Die Anne-Frank-Ausstellung wurde bis zum 30. August 2022 im TMBJS gezeigt, siehe Medieninformation des TMBJS vom 9. Juni 2022: <https://bildung.thueringen.de/aktuell/freundschaft-neue-ausstellung-zum-anne-frank-tag-im-bildungsministerium-und-30-thueringer-schulen>

Zudem berichteten Online-Medien über die Aktivitäten von Thüringer Schulen zum Anne Frank Tag 2022, z. B. ZEIT-Online: <https://www.zeit.de/news/2022-06/09/30-schulen-in-thueringen-mit-projekten-zum-anne-frank-tag>

Im Juni 2021 hatten sich 21 Thüringer Schulen mit Projekten zum Anne Frank Tag engagiert. Das TMBJS unterstützte 2021 und 2022 alle Thüringer Schulen bei Vorhaben zum Anne Frank Tag mit Haushaltsmitteln je Projektschule in Höhe von bis zu 500,00 €.

Es gab 14 Projekte von zwölf Thüringer Schulen, die sich am **Leo-Trepp-Schülerpreis** 2021/2022 beteiligten. Bundesweit beteiligten sich 70 Schulen. Eine Weimarer Schule wurde mit dem Beitrag „Wir müssen reden!“ von der Wettbewerbsjury in die Liste der bundesweit zehn besten Projektschulen aufgenommen. Zur Anerkennung und Wertschätzung dieses überzeugenden Projekts wurden Weimarer Schülerinnen und Schüler im Juli 2022 zur Auszeichnungsveranstaltung in den Sächsischen Landtag nach Dresden eingeladen, siehe Bericht des Humboldt-Gymnasiums Weimar: https://humboldt-weimar.de/aktuell/neuigkeiten/podcast_wir_muessen_reden_-1278.html

Das TMBJS unterstützte allgemeinbildende und berufsbildende Thüringer Schulen bei eintägigen Projekten/Fahrten zu außerschulischen Lernorten für die Opfer des Nationalsozialismus in Thüringen sowie bei mehrtägigen Fahrten zu Holocaust-Gedenkstätten im heutigen Polen gemeinsam mit der Bethe-Stiftung (Bergisch Gladbach). Die beiliegende Übersicht zeigt, dass im Schuljahr 2021/2022 – dem zweiten Covid-19-Jahr – die Anzahl der von Schulklassen und Schulgruppen besuchten außerschulischen Lernorte in Thüringen und in Holocaust-Gedenkstätten wieder zunahm. Im Einzelnen: 2020/2021 wurden 28 ein- bzw. mehrtägige Projekte/Fahrten mit 1.039 Schülerinnen durchgeführt. Im Schuljahr 2021/2022 besuchten 4.585 Schülerinnen und Schüler die Gedenkstätten in Thüringen und in der Republik Polen. Es fanden insgesamt 111 ein- bzw. mehrtägige Projekte/Fahrten von Thüringer Schulklassen und Schulgruppen statt. (siehe Übersicht anbei).

Schuljahr 2020/2021

außerschulischer Lernort	Anzahl der Fahrten	Anzahl der Schülerinnen und Schüler
Gedenkstätte Buchenwald	22	868
Gedenkstätte Mittelbau-Dora	2	50
Erinnerungsort Topf und Söhne	3	80
Alte Synagoge Erfurt	1	41
Gedenkstätte Auschwitz	0	0
Summe	28	1.039

Schuljahr 2021/2022

außerschulischer Lernort	Anzahl der Fahrten	Anzahl der Schülerinnen und Schüler
Gedenkstätte Buchenwald	66	2.852
Gedenkstätte Mittelbau-Dora	8	262
Erinnerungsort Topf und Söhne	8	322
Alte Synagoge Erfurt	20	926
Gedenkstätte Auschwitz	9	223
Summe	111	4.585

Ein TMBJS-Mitarbeiter nahm (am 1. Juni 2022) auf Einladung des Vereins „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.“ an dessen Auswertungssitzung von eingereichten Beiträgen aller Länder teil. Hierbei wurde auf Vorschlag des TMBJS u.a. ein herausragendes schulbezogenes mehrtägiges Projekt aus Thüringen vom Vereinsvorstand für bundesweite Nutzungsmöglichkeiten empfohlen. Dabei handelte es sich um das Projekt "Shpil Tsuzamen!", welches

von zehn Thüringer Schulen im Schuljahr 2021/2022 gemeinsam mit dem Verein Spirit of Football e. V. Erfurt und dem Erinnerungsort Topf & Söhne durchgeführt wurde. Bei diesem Projekt stand die Stärkung von Mitmenschlichkeit an Schulen und das Kennenlernen von jüdischer Kultur und Geschichte im Mittelpunkt.

An der Fachtagung am 22. Juni 2022 in der Vertretung des Freistaats Bayern beim Bund in Berlin zur „Gemeinsamen Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule – Herausforderungen und Umsetzung“ nahmen u.a. Vertreter des TMBJS und des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) teil.

Das TMBJS hat sich beim KMK-Schulausschuss dafür ausgesprochen, dass zur Umsetzung der „Gemeinsamen Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“ (Beschluss des Präsidiums des Zentralrats der Juden in Deutschland vom 18. März 2021, Beschluss der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten vom 26. April 2021, KMK-Beschluss vom 10. Juni 2021) in der 2. Phase der Lehrerbildung folgende Ergänzung der „Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“ aufgenommen wird: „(...) Absolventinnen und Absolventen (...) kennen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie Antisemitismus (...) und entwickeln Kompetenzen in Prävention und Intervention im Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie Antisemitismus.“

Das TMBJS unterbreitete beim Schulausschuss der KMK im September 2022 den Vorschlag, dass das ThILLM mit einem Vertreter als Mitglied für die neu einzurichtenden KMK-Arbeitsgruppe zum „Umgang mit dem Antisemitismus in der Schule“ für Thüringen benannt wird.

Auf Empfehlung des TMBJS hat das ThILLM im September 2022 für Thüringer Lehrkräfte das online verfügbare "Thüringer Gedenkbuch für die ermordeten Jüdinnen und Juden" im Thüringer Schulportal (TSP) zugänglich gemacht. Damit steht eine ergänzende Quelle für den Geschichtsunterricht an allgemein bildenden Thüringer Schulen zum Themenfeld Antisemitismus, Nationalsozialismus und Holocaust zur Verfügung. Das Online-Gedenkbuch wurde vom Erfurter Erinnerungsort Topf & Söhne entwickelt, das TMBJS unterstützte das Zustandekommen dieses Lehr- und Lernmaterials.

Das TMBJS stellt allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Thüringer Schulen seit Januar 2023 jeweils ein Exemplar des Lehr- und Lernmaterials „Bilderkarten zur Gegenwart und Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland“ (hrsg. vom Jüdischen Museum Frankfurt a.M., von der UNESCO-Kommission e.V., Bonn 2022) mit einem erläuternden Ministerschreiben für den Unterricht und für die Entwicklung von Schulprojekten zur Verfügung. Zudem sind hierzu zwei zentrale Fortbildungsveranstaltungen für Thüringer Lehrkräfte mit den Herausgebern der „Bilderkarten“ (Klaus Schelling und Manfred Levy) geplant.

c) Regionale Vorhaben im Wirkungsbereich der Staatlichen Schulämter (SSÄ) in allgemeinbildenden Thüringer Schulen

SSA MITTELTHÜRINGEN

Das **Evangelische Ratsgymnasium Erfurt** startete im März 2021 in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Landesgemeinde ein fächerübergreifendes Projekt im Wahlpflichtfach Gesellschaftswissenschaften mit der Klasse 10. Schülerinnen und Schüler setzen sich mit historischen Quellen zur Erfurter Synagoge auseinander, die aus einem Privatschatz stammen. Die Ergebnisse wurden u.a. am 30. September 2021 beim **Netzwerktreffen Demokratie und Schule – Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen** vorgestellt.

In der **Gesamtschule-Thüringer Gemeinschaftsschule (TGS) 9 Erfurt** (ehem. Kolpingschule) fanden für ca. 50 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe sechs Workshops unter dem Motto "Hebräisch lernen - kreativ" statt. In einem Format, das einer Kinderuni ähnelt, wurden die Grundlagen hebräischer Schrift vermittelt. Anschließend wurden mit Künstlerinnen und Künstlern der Jugendkunstschule IMAGO e.V. Projektergebnisse kreativ und vielfältig auf Papier und Pergament gebracht.

An der **TGS Albert Einstein in Sömmerda** beschäftigten sich 24 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 fächerübergreifend in drei künstlerischen Workshops mit den Spuren jüdischer Kultur in unserem Alltag und wurden dabei von Künstlerinnen und Künstlern unterstützt.

Weitere Projekte an folgenden Schulen:

- **Aktiv-Schule Erfurt:** "Auf Spurensuche - Jüdisches Leben erfahren mit allen Sinnen" (rund 40 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 6, Stadtführung, Workshops wie Stop-Motion, Erstellung Audioguide)
- **Staatliche Regelschule Puschkinschule Erfurt:** "The Butterfly Project" (rund 70 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 3 und 4 gestalten in Zusammenarbeit mit der IMAGO Schmetterlinge, die an die Holocaust-Opfer erinnern sowie die Artenvielfalt der israelischen Fauna hervorheben)

SSA NORDTHÜRINGEN

Im **Schlossmuseum Sondershausen** wurde vom 12. September 2021 bis 16. Januar 2022 eine Sonderausstellung mit dem Titel "Schutzjuden - Staatsbürger - Weltbürger. Juden in Sondershausen" gezeigt. Dieses Angebot konnten auch Schulen nutzen, vorbehaltlich der Beachtung der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie.

Das Schlossmuseum Sondershausen zeigte in Abstimmung mit dem Kulturrat den Film „Masel Toy Cocktail“ für Schülerinnen und Schüler der Region.

Am Projekt „Shpil Tsuzamen“ von **Topf & Söhne Erfurt** und **Spirit of Football** beteiligten sich im Schuljahr 2021/2022 zehn allgemeinbildende Thüringer Schulen mit rund 200 Schülerinnen und Schülern ab Klasse 9. Diese Schulprojekte an Thüringer Schulen wurden jeweils an zwei Tagen in Schulen und an einem Tag am Erinnerungsort Topf & Söhne in Erfurt durchgeführt. Im Mittelpunkt der sportlichen Aktivitäten standen der Fairplay-Ansatz, kreative Angebote im Bereich Kunst oder Musik und die Auseinandersetzung mit jüdischer Geschichte in Thüringen mit Blick auf jüdisches Leben in der Gegenwart.

SSA OSTTHÜRINGEN

In Jena begaben sich zwei Schulen, die **Staatliche Jenaplan-Schule Jena** mit Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 12/13 und die **Gemeinschaftsschule Wenigenjena** (Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 11) auf partizipative Spurensuche im öffentlichen Raum zu Eduard Rosenthal, dem "Vater" der Thüringer Landesverfassung.

SSA SÜDTHÜRINGEN

Das **Staatliche Gymnasium Sonneberg** führte das Projekt „Masken herstellen für das Purim-Fest“ vor Ort, in der Zeit vom 15. bis 17. März 2021, durch.

Das digitale Projekt "Meet a Jew" fand an der **TGS Neuhaus- Schierschnitz** am 24. März 2021 statt.

An der **Gesamtschule "Sybille-Abel-Schule" Sonneberg** wurde mit 50 Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 8 ein Projekt durchgeführt, welches von einer engagierten Lehrerin der Thüringer Gemeinschaftsschule Neuhaus-Schierschnitz angeregt wurde. Das Projekt lautete "Vom Gebet zum Gangster Rap (Musik in der jüdischen Kultur)". Dieses Vorhaben ist Teil einer Kooperation mehrerer Schulen in der Region Sonneberg (**Staatl. Regelschule „Cuno Hoffmeister“ Sonneberg, Staatl. Regelschule „Bürgerschule Sonneberg“, Staatl. Gymnasium "Hermann Pistor" Sonneberg**), die sich dem Judentum und jüdischem Leben mit verschiedenen Schwerpunkten und eigenem Lebensweltbezug der Kinder und Jugendlichen widmeten.

Weitere Projekte an folgenden Schulen:

- **TGS Neuhaus-Schierschnitz:** Projekt: „Jüdische Persönlichkeiten in der Kunst“ (ca. 40 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 6 und 9 wandten sich jüdischen Künstlerinnen und Künstlern zu und fertigten Collagen, Kommentartexte und Dokumentationen)
- **TGS Grabfeld:** Projekt „Bibraer jüdisches Leben PERSÖNLICH erfahren“ mit ca. 40 Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 8. Sie begaben sich auf die Spuren jüdischen Lebens in Bibra, erforschten das Leben und Wirken ehemaliger jüdischer Bewohnerinnen und Bewohner sowie ihrer Nachkommen. Es wurden u.a. Informationstafeln erstellt.
- **TGS Schalkau:** Im Projekt „Facettenreiches Judentum“ mit ca. 60 Schülerinnen und Schülern der Klassen 5 bis 7 näherten sich die Schülerinnen und Schüler jüdischen Bräuchen, Ritualen und Lebensweisen sowie humoristischen Erzählungen.

SSA WESTTHÜRINGEN

Zum Thema "**Jüdisches Leben in Gotha**" erarbeitete das SSA Westthüringen mit den Kooperationspartnern Stiftung Schloss Friedenstein, Heinrich-Heine-Bibliothek Gotha, dem Sprach-Gymnasium Schnepfenthal und dem Landesarchiv Gotha für Westthüringen folgendes Programm:

- Vokabelprojekt "Die Gothaer Synagoge lebt" - neues Projekt der Stiftung Schloss Friedenstein - Aufruf an alle Schulen im Landkreis Gotha zur Teilnahme (<https://www.stiftungfriedenstein.de/aktuell/die-gothaer-synagoge-lebt-neues-projekt-verknupft-erinnerungskultur-sprachwissenschaft-und>)

- Fassadenprojektion am Ort der ehem. Synagoge Gotha vom 11. bis 15. Mai 2021
- Festwoche "Jüdisches Leben in Gotha" in Kooperation mit dem art der Stadt e.V. vom 19. bis 23. September 2021
- Anne-Frank-Ausstellung in den Räumlichkeiten der Heinrich-Heine-Bibliothek (von Mitte November bis Mitte Dezember 2021)

Das **Elisabeth-Gymnasium Eisenach** und die **4. Staatliche Regelschule Eisenach** widmen sich dem Leben von Erika Fackenheim, die als junges Mädchen aus Nazi-Deutschland nach Palästina geflohen war und sich bis zuletzt stark für Verständigung und Versöhnung einsetzte. Aufbauend auf einem bereits von der Regelschule erstellten fiktiven Tagebuch dieser außergewöhnlichen Eisenacherin, erarbeiten die Schulen kooperativ untereinander und mit lokalen Kulturpartnerinnen und -partnern ein Theaterstück, das im Rahmen der Achava Festspiele Thüringen aufgeführt werden soll.

Weitere Projekte an Schulen:

- **Staatliche Regelschule "Ludwig Bechstein" Arnstadt:** "Vielfalt & Ausgrenzung - Jüdisches Leben in Arnstadt" (ca. 45 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 gestalten Kunstwerke und Materialien für ihr neues Schulgebäude, entdecken die Geschichte des Gebäudes und Architekten sowie anderer jüdischer Persönlichkeiten; entdecken die jüdische Küche und setzen sich mit den Themen "Ausgrenzung" und "tolerantes Miteinander" auseinander, indem sie zu den Herkunftsländern ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler mit Migrationshintergrund recherchieren.)
- **Grundschule Großfahner:** Jüdisches Leben - Jüdische Bräuche (ca. 20 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 4 lernen Hebräisch in 30 min und gestalten Wörter und Namen mit vers. Schriften, dekorieren damit ihre Schule und lernen über jüdische Bräuche)
- **Perthes-Gymnasium Friedrichroda:** Jüdisches Leben in Thüringen - eine Spurensuche (11 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 9 & 10 arbeiten in einem journalistischen Projekt u.a. mit Beiträgen zum thüringenweiten Jugendmagazin „Jüdisches Leben erfahren“)

d) Ausblick auf 2023

Das TMBJS plant in Zusammenarbeit mit den SSÄ und dem ThILLM, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen insbesondere bei folgenden Vorhaben zu begleiten und zu unterstützen:

- Leo-Trepp-Schülerpreis 2022/2023
- Projekte Auschwitzfahrten
- Projekte zur 90jährigen Wiederkehr der NS-Bücherverbrennungen in Thüringen im Mai 2023

e) Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM)

Fort- und Weiterbildungen für Lehrpersonal

Im Rahmen des Themenjahres 2020/2021 „Neun Jahrhunderte Jüdisches Leben in Thüringen“ hat das ThILLM verschiedene Fortbildungsformate für Thüringer Lehrkräfte angeboten.

Das Institut, dessen Direktor zugleich Landesbeauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus im schulischen Bereich ist, koordiniert als zentrale Einrichtung zur Beratung und Unterstützung aller Schularten die Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung in Thüringen.

Das ThILLM widmete dem Themenjahr eine eigene Internetseite (https://www.schulportal-thueringen.de/home/themenjahr_juedisches_leben) mit Hinweisen auf geplante Veranstaltungen.

Im Schuljahr 2022/2023 widmet sich eine Ganztagsfortbildung den Herausforderungen der schulischen Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, folgende Schwerpunkte stehen im Fokus:

- Inwiefern lassen sich aus der Geschichte Erkenntnisse ziehen, um mit Formen des modernen Antisemitismus umzugehen?
- Module:
 1. Geschichte und Ursachen von Judenfeindlichkeit
 2. Antisemitismus in der Zeit des Nationalsozialismus
 3. Umgang mit Sprache
 4. Aktueller Umgang mit dem Holocaust: Zwischen Erinnerung, Vergessen und Leugnung

Ein Abrufangebot zum Thema „Antisemitismus in Deutschland und Thüringen - ein Überblick“ stellt die geschichtliche Entwicklung, neue Formen des Antisemitismus, Erscheinungsformen und aktuelle Aspekte vor.

Im Schuljahr 2022/2023 sind fortführend zwei weitere Fortbildungsveranstaltungen zur Vorbereitung und Durchführung von Gedenkstättenfahrten zu ehemaligen Orten der Vernichtung in Polen in Kooperation mit der Bethe-Stiftung, dem Erinnerungsort Topf & Söhne und dem TMBJS geplant.

Tagesseminare zum Thema „Wie unterrichte ich den Holocaust?“

Die Kooperationsveranstaltung mit der Stiftung Ettersberg und der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße stellte die zentralen Fragen in den Mittelpunkt, was und wie unterrichtet werden soll, um dem Thema und den Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden.

Die Beschäftigung mit dem Holocaust im Schulunterricht stellt Lehrende und Lernende gleichermaßen vor große Herausforderungen. Erstens ist die Reduktion von Komplexität und die Konzentration auf das Wesentliche als Voraussetzungen für die Vermittlung im Schulunterricht eine große Herausforderung, da der komplexe Entscheidungsprozess, der zum Holocaust führte, und die Vielfalt von Akteuren und Schauplätzen in ganz Europa kaum adäquat darzustellen sind. Zweitens wirft die Beschäftigung mit einem Verbrechen, dem sechs Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind und das einen Zivilisationsbruch darstellt, höchst beunruhigende Fragen über den Zusammenhalt einer Gesellschaft auf und ist eine emotionale Belastung für alle Beteiligten.

Kooperationsveranstaltungen mit außerschulischen Lernorten

Im Jahr 2022 hat das ThILLM in Kooperation mit der Gedenkstätte Mittelbau-Dora ein Fortbildungsseminar für Lehrerinnen und Lehrer (eintägig) zum Thema „Mit einem Touch zur historischen Quelle - Der Einsatz von Tablets in den pädagogischen Angeboten der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora“ durchgeführt. Eine weitere Lehrerfortbildung ist für das Schuljahr 2022/2023 in Planung.

Weiterhin ist eine Kooperation mit der Gedenkstätte Buchenwald zur Vorbereitung von Besuchen mit Schülerinnen und Schülern, aufbauend auf dem Online-Angebot des ThILLM „Historische Fußabdrücke“ – Vorbereitung und Durchführung von Gedenkstättenbesuchen in der Gedenkstätte Buchenwald und im Erinnerungsort Topf & Söhne in Erfurt geplant.

Kooperation mit Mideast Freedom Forum

Das ThILLM kooperiert mit dem Mideast Freedom Forum und bietet im Rahmen dieser Kooperation im Schuljahr 2020/21 und in den Folgejahren Fortbildungen zur Thematik israelbezogener Antisemitismus an. Daneben sind weitere Abruffortbildungen auf der hierfür extra erstellten Seite im Thüringer Schulplan „900 Jahre jüdisches Leben“ zu finden, die von Schulen auch im Online-Format in Anspruch genommen werden können.

Eine zweitägige Fortbildung für Fachberaterinnen und Fachberater der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer fand am 1. und 2. Oktober 2020 mit dem Mideast Freedom Forum statt, das Seminar führte durch die Geschichte des Nahen Ostens und zielte darauf, die Handlungssicherheit der Teilnehmenden im Umgang mit israelfeindlichen und antisemitischen Äußerungen zu stärken.

Zwei weitere Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer sind in Kooperation mit dem Mideast Freedom Forum für November 2022 und Februar 2023 zum o. g. Themenbereich geplant.

Tagungen

Der Fachtag Geschichte, der jedes Jahr in Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fachbereich Geschichtsdidaktik stattfindet, widmete sich 2021 speziell dem Thema „Jüdisches Leben in Thüringen“. Im Jahr 2022 stand er unter der Problematik des urteilssensiblen Fachunterrichts.

Außerdem waren für das Jahr 2020 Lehrerfortbildungen zum Thema des Überlebens im KZ Theresienstadt und der Euthanasie im Nationalsozialismus in Zusammenarbeit mit dem Erinnerungsort Topf & Söhne geplant, die jedoch aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnten. Die Fortbildung zum Thema Euthanasie im Nationalsozialismus wurde im Jahr 2021 im Online-Format durchgeführt.

In Kooperation mit der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung und den 28. Jüdisch-Israelischen Kulturtagen Thüringens wird eine Tagung zum Thema des Judentums und Antisemitismus in der Kinder- und Jugendliteratur stattfinden. Die ganztägige Fortbildung wird Lehrpersonen verschiedener Klassenstufen Erzählungen, Romane, Graphic Novels, Kurzfilme und Spielfilme vorstellen, in denen jüdische Geschichte im Mittelpunkt steht.

Im Schuljahr 2022/2023 findet eine Tagung für Geschichtslehrerinnen und -lehrer zum Thema „Historisches Lernen im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Anforderungen, subjektiven Erfahrungen und Kompetenzen historischen Denkens im Zeitalter der Digitalität“ in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen statt.

Weitere Vorhaben im Zusammenhang mit dem Themenjahr behandelten das aktuelle, regionale jüdische Leben, die Geschichte der Juden in Thüringen und Europa sowie Antisemitismus und die Möglichkeiten, diesen zu bekämpfen.

Beraterinnen und Berater für Schulentwicklung stehen für schulinterne Fortbildungen entsprechend aktuellen schulischen Bedarfen auf Anforderung themenspezifisch und prozessbegleitend, auf die Einzelschule angepasst, zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit DenkBunt werden (online-) Angebote zur Sensibilisierung für Antisemitismus in der Schule vorgehalten.

Fortbildungsreihe für Lehrpersonal und Erzieherinnen und Erzieher im Schulhort

Das ThILLM entwickelte in Kooperation mit „Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen“ des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment (ZWST) die Fortbildungsreihe DIVERSITÄTSORIENTIERUNG IN DER SCHULE - Diversity Training für Pädagoginnen und Pädagogen aller Schularten, die in 2021 stattfand.

Die Fortbildungsreihe bot die Möglichkeit, sich mit Diversität und diskriminierungskritischen Strategien intensiv und praxisnah auseinanderzusetzen. Zentrale Schwerpunkte waren dabei die Etablierung eines diversitätsorientierten, diskriminierungssensiblen und bestärkenden Lern- und Lebensumfeldes für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unabhängig von Religion, Herkunft, ökonomischen Ressourcen, psychischer und körperlicher Verfassung, Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung. Die Fortbildungsreihe richtete sich an Pädagoginnen und Pädagogen aller Schularten und dem Schulhort und gab somit Raum für kollegialen Austausch, Praxisanalyse, individuelle Reflexionsprozesse, spiegelte den aktuellen Stand der Forschung und Praxis zu Diskriminierungskritik und diversitätsorientierter Bildung und Erziehung und begleitete bei der Entwicklung von tragfähigen Handlungskonzepten und Antidiskriminierungsstrategien für die pädagogische Arbeit in der Schule. Die Fortbildung enthielt die Modulschwerpunkte „Was ist Diversität? Dimensionen von Diversität im schulischen Kontext“, „Was ist Diskriminierung? Mechanismen, Funktionen, Umgangsstrategien“, „Ungleichheitsverhältnisse sowie gruppenbezogene Abwertung, u.a. am Beispiel des Themenkomplexes Flucht und Asyl“, „Hass- und Strukturphänomene am Beispiel von aktuellem Antisemitismus“ und „Leitfaden für Diversitätsorientierung im schulischen Kontext, Prävention“. Die Fortbildungsreihe bestand aus 5 zweitägigen Modulen (insgesamt 10 Seminartage) und beinhaltete Coaching- und Supervisionsanteile. Im zweiten Halbjahr 2022 wurde die Veranstaltungsreihe in veränderter Form erneut angeboten. Diversitätsorientierte kollegiale Fallberatung in der Schule bzw. Kindertageseinrichtung wurde in Form eines praxisbegleitenden Angebotes für ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Modulen zur Diversitätsorientierung in 2022 vorgehalten.

Projekt „Geschichte online“ der zentral-regionalisierten Fortbildung unter Leitung des ThILLM

Die Fachberaterinnen und Fachberater bieten seit dem Jahr 2021 unter Anleitung des Referats Gesellschaftswissenschaften den Lehrerinnen und Lehrern ein Online-Projekt zur Fortbildung im Fach Geschichte an. Dieses beinhaltet sowohl Unterrichtsbeispiele für den Präsenz- und Distanzunterricht als auch die didaktische und methodische Vorbereitung von Gedenkstättenbesuchen mit Hilfe des online verfügbaren Projekts „Historical Footprints“ (https://www.schulportal-thueringen.de/gewi_unterricht/geschichte#GeschichteOnline).

Das ThILLM ist beteiligt an der Erarbeitung des Entwurfs zur Gemeinsamen Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der KMK zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule.

Des Weiteren werden gegenwärtig Kooperationsverhandlungen mit dem Projekt „Lebensmelodien“ geführt, mit dem Ziel der Förderung jüdischer Kultur in Thüringen und an Thüringer Schulen.

f) Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

In Thüringen werden seit 2011 alle Maßnahmen, Strukturen und Projekte gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gebündelt. Die Koordination des Programms wird im Rahmen des Landes-Demokratiezentrums beim TMBJS wahrgenommen. Das Programm versteht sich als präventionsorientiertes Impuls-, Unterstützungs- und Förderprogramm zur Stärkung demokratischer, menschenrechtsorientierter und gewaltfreier Strukturen, Verfahren und Einstellungen in Thüringen. Das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit widmet sich in seinen Maßnahmen dabei der Gesamtheit der unterschiedlichen Infragestellungen der demokratischen Kultur.

Die Handlungsfelder des Programms sind nach primärer, sekundärer und tertiärer Prävention sowie nach den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns strukturiert. Damit ist das Programm einerseits klar definiert und gegliedert, andererseits betont es auch die Freiheit der Projektträger, vor dem Hintergrund des Leitbildes des Landesprogramms und der Beschreibung der Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen, in Eigenverantwortung spezifische Konzepte und Maßnahmen umzusetzen.

Ein umfangreiches Fortbildungsprogramm ist konstitutiver Bestandteil des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und steht allen kommunalen Gebietskörperschaften in Thüringen zur Verfügung. Das Angebot richtet sich in der Regel an Gruppen, zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Behörde, oder Haupt- und Ehrenamtliche in den verschiedenen Einrichtungen oder Verbänden. Einzelne zielgruppenspezifische Bildungsbausteine werden zudem in den Fortbildungskatalogen des Landesjugendamtes, des Bildungszentrums der Thüringer Polizei, der Justizvollzugsausbildungsstätte, des Oberlandesgerichtes und des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien ausgeschrieben.

Für die begleitende Dokumentation und Forschung werden zudem zwei Einrichtungen in Thüringen durch das Landesprogramm gefördert: das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung und das KomRex - Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Für die Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurden im Haushalt 2020 rund 5,275 Mio. Euro, 2021 7,645 Mio. Euro veranschlagt. Ein Teil des Aufwuchses kam der Beteiligung des Landesprogramms an der Durchführung des Themenjahres „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ zugute.

Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit beteiligte sich mit einer Sonderausschreibung am Themenjahr und förderte Projekte und Veranstaltungen, die thüringenweit jüdisches Leben und jüdische Kultur nachzeichnen sowie sich inhaltlich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen. Für lokale Projekte konnten zudem die Fördermöglichkeiten der Partnerschaften für Demokratie genutzt werden.

Folgende Projekte sind im Rahmen der Projektförderung des Themenjahres „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ durch das Landesprogramm unterstützt worden:

Förderung in 2020

Träger	Projekt	Landesmittel
Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e. V.	Judentum und jüdisches Leben in Thüringen zur DDR-Zeit	18.257,53 €
Verein zur Förderung der Demokratie und Weltoffenheit e. V.	Südthüringen als Ort jüdischen Lebens	7.650,00 €
Kulturrat Thüringen e. V.	hier zuhause? - 900 Jahre jüdische Geschichte(n) in Thüringen	40.289,41 €
Imaginata e. V.	Augmented Reality - Sichtbarmachung jüdischer Perspektiven	13.590,00 €
B. M. Strupp-Stiftung	Lern- und Gedenkort "Jüdische Geschichte und Antisemitismus"	39.952,94 €
Bildung-Vereint e. V.	"Ich konnte nicht schreien, nur deshalb lebe ich noch" - Geboren in Auschwitz	32.033,25 €
Arbeit und Leben Thüringen e.V.	Couragiert gegen Antisemitismus	32.946,59 €
Förderverein für jüdisch-israelische Kultur in Thüringen e. V.	"Frag den Rabbi!" Was du immer schon von Jüdinnen und Juden wissen wolltest und nicht zu fragen wagtest	7.500,00 €

Förderung in 2021

Träger	Projekt	Landesmittel
Evangelische Kirche in Mitteldeutschland	Vortragsreihe "Europäische Werte - Jüdisch-Christliche Wurzeln" im Themenjahr "Neun Jahrhunderte jüdisches Erbe und jüdisches Leben in Thüringen"	3.420,00
B. M. Strupp-Stiftung	Lern- und Gedenkort "Jüdische Geschichte und Antisemitismus"	12.068,46
Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e. V.	Judentum und jüdisches Leben in Thüringen zur DDR-Zeit	43.549,00
Bildung-Vereint e. V.	"Ich konnte nicht schreien, nur deshalb lebe ich noch" - Geboren in Auschwitz	67.471,20
Kulturrat Thüringen e. V.	hier zuhause? - 900 Jahre jüdische Geschichte(n) in Thüringen	68.705,94
Arbeit und Leben Thüringen e.V.	Couragiert gegen Antisemitismus	77.384,37
Verein zur Förderung der Demokratie und Weltoffenheit e. V.	Südthüringen als Ort jüdischen Lebens	10.247,40
Arbeit und Leben Thüringen e.V.	Jüdinnen in der Arbeiterbewegung - Juden in der Arbeiterbewegung (Zwischen politischen Engagement und dem Vorwurf der Weltverschwörung)	46.416,44
Amadeu Antonio Stiftung	Antisemitismus heute: Erkenntnisse und Handlungsstrategien. Symposium und Informationskampagne	5.085,00
Geschichtswerkstatt Jena e. V.	Auf den Lebensspuren von Eduard Rosenthal - jüdisches Leben in Thüringen gestern und heute	59.000,00
Stiftung Schloss Friedenstein	Die Gothaer Synagoge lebt -- Vokabeln zur jüdischen Kultur	3.000,00
Kulturverein Villa K	Mit offenen Augen und Armen, Begegnung und Dialog, Jüdisches Leben in Schmalkalden	20.000,00
Verein zur Förderung des Instituts für Philosophie und Kulturgeschichte	Du sollst dir kein Bildnis machen - oder vielleicht doch? Stereotype über das Judentum quer durch die Jahrhunderte	39.600,00
Mobit e. V.	Tagung "20 Jahre im Auftrag einer zivilen Gesellschaft. Für Demokratie - gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus"	5.850,00
KommPottPora e. V.	Jüdisches Leben in Gotha und Thüringen. Lebenswelten zwischen Ausgrenzung, Emanzipation und Verfolgung	33.012,00

Beispielhaft werden nachfolgend zwei vom Landesprogramm für Demokratie Toleranz und Weltoffenheit geförderte Projekte vorgestellt:

[Hier zuhause? 900 Jahre jüdische Geschichte\(n\) in Thüringen](#)

Im Rahmen des Themenjahres „Neun Jahrhunderte Jüdisches Leben in Thüringen“ führte der Kulturrat Thüringen e.V. mit seinem Projekt „Hier zuhause?“ 2020 erstmals eine koordinierte Bildungs- und Kulturinitiative zur Erwachsenenbildung im Themenbereich Jüdisches Leben durch. Der Schwerpunkt war hierbei die Herstellung einer Perspektive hin zur Wahrnehmung jüdischen Lebens in der Vergangenheit und Gegenwart insbesondere im vornehmlich ländlichen Raum. Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen des Projektes 34 Veranstaltungen mit einer gesamten Teilnehmerzahl von rund 1000 Personen durchgeführt. Dabei gelang es über die Vielseitigkeit der Formate, das Ziel des Perspektivwechsels zu erreichen. Jüdisches Leben wurde nicht nur historisch erläutert, sondern auch mit aktuellem Bezug über die Sinne erlebt. In der Regel wurde regionales oder landesweites Fachwissen für die Angebote vermittelt. Neben klassischen Vorträgen und (Stadt)-führungen luden Filmvorführungen, Konzerte, Workshops und Gespräche im Rahmen von Netzwerktreffen zur Beschäftigung mit dem jüdischen Leben in Vergangenheit und Gegenwart ein. Zum Teil mischten sich für einzelne Veranstaltungen die Formate der Angebote. Von den 34 Veranstaltungen wurden 27 in Präsenz an 17 Veranstaltungsorten durchgeführt. Dabei wurde das Projekt von 26 Partnerorganisationen von den Stadtarchiven bis hin zur Jüdischen Landesgemeinde Thüringen durchgeführt. Für das Projektvorhaben war die Einbettung in den ländlichen Raum in Thüringen von größter Bedeutung. Die Präsenzveranstaltungen wurden daher vor allem in Städten mit einer Größe von rund 1.300 Einwohnenden (Untermaßfeld) bis zu rund 25.000 Einwohnenden durchgeführt (Rudolstadt). Angebote wurden in Suhl, Altenburg, Mühlhausen, Nordhausen und Gotha durchgeführt. An den durchgeführten Veranstaltungen nahmen in Gänze 962 Personen teil.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
Förderhöhe aus Landesmitteln	40.289,41 Euro	68.705,94 Euro

[Projektdokumentation „Die Gothaer Synagoge lebt“](#)

„Die Gothaer Synagoge lebt“ war und ist ein partizipatives Erinnerungsprojekt und urbane Intervention im öffentlichen Raum durch eine Medienkunst-Installation am einstigen Ort der bei den Novemberpogromen 1938 zerstörten Gothaer Synagoge. An dieser Stelle befindet sich heute das Shopping-Center Altstadtforum, zwischen zwei Gebäudeteilen ein von 1988 reintegriertes Denkmal in Gestaltung von 2020. „Die Gothaer Synagoge lebt“ war zunächst ein ephemeres reales und ist nun ein digitales Denkmal geworden, das sich versteht als notwendige Ergänzung des Ortes, um einerseits aus der ritualisierten Form des Gedenkens auszubrechen und andererseits aus dem konsumistischen Raumkontext des Shopping-Centers – um letztlich jüdisches Leben und jüdische Kultur in Gotha, Thüringen und Deutschland (wieder) sichtbar und fühlbar zu machen.

Die Idee war, wieder sichtbar zu machen, was unsichtbar gemacht worden ist: „jüdische Kultur“ als lebendigen Teil der „deutschen Kultur“. Ähnlich einer Flaschenpost hat die jüdische Kultur

trotz der brutalen Wirkmächtigkeit der NS-Politik unbemerkt in unserer Alltagssprache überlebt. Sämtliche Schulen im Landkreis Gotha wurden deshalb im Frühjahr 2021 aufgerufen, sich an dem Teil-Projekt „Vokabeln zur jüdischen Kultur“ zu beteiligen. Es galt, im Unterricht oder in Arbeitsgruppen erarbeitete Begriffe aus der deutschen Alltagssprache wie „Kaff“, „Hals- und Beinbruch“ oder „zocken“ einzureichen, die aus dem Hebräischen oder Jiddischen stammen. Ein Lektorat mit Sprachwissenschaftler wählte 34 Begriffe aus – für 34 Jahre Existenz der Gothaer Synagoge. Die Vokabeln stehen als PDF zum kostenlosen Download z.B. für Schulen zur Verfügung und wurden außerdem als Postkarten sowie Sticker gedruckt und den Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2021
Förderhöhe aus Landesmitteln	3.000,00 Euro

Zahlreiche weitere Projekte und Strukturen des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit beschäftigen sich mit der Bekämpfung des Antisemitismus in Thüringen.

Perspektivwechsel – Praxisstelle Thüringen

Als landesweites Präventionsprojekt baut die Perspektivwechsel – Praxisstelle Thüringen auf den langjährigen Erfahrungen ihrer Vorgängerprojekte in Thüringen auf (seit 2007). Sie befindet sich als Thüringer Zweigstelle des bundesweit aktiven Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment in Trägerschaft der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST e.V.).

Das Projekt hat als Leitziel die Professionalisierung und Qualifizierung in Bezug auf Antisemitismusprävention, Antidiskriminierung und Diversitätsorientierung und richtet sich an Fach- und Führungskräfte aus Bildung, Sozialer Arbeit, Jugendarbeit, Verwaltung, Polizei und Justiz. Deren Qualifizierung geschieht über zielgruppenspezifische kurz-, mittel und vor allem langfristige Fort- und Ausbildungsmaßnahmen, aber auch in Form von Praxisbegleitungen, fachlicher Beratung sowie über die Verankerung der Themen in Regelstrukturen. Deshalb fokussiert die Praxisstelle neben Fortbildungen besonders die Zusammenarbeit mit Fachhochschulen, Universitäten und Ausbildungsstätten in Thüringen und etabliert tragfähige und langjährige Kooperationen mit diesen Institutionen. Darüber hinaus gestaltet das Projekt aktiv die Fachdiskurse zu den genannten Themenkomplexen in Zivilgesellschaft und Fachöffentlichkeit in Thüringen mit und vernetzt Akteurinnen und Akteure.

Der projekteigene Dialogische Reflexionsansatz (DiRA) wurde im Laufe der Jahre entwickelt und ausgebaut. Er fundiert die Bildungsarbeit und erweitert klassische Fortbildungsformate um prozessorientierte Gruppensettings, kollegiale Fallberatung, Coaching und Organisationsberatung. Auf diese Art und Weise können die Teilnehmenden ihr Wissen überprüfen, ihre Haltungen reflektieren, festsitzende Ressentiments und diskriminierende Praktiken hinterfragen und ihre Arbeitsformen und -routinen transformieren.

Die Ergebnisse des Projekts werden weiterhin über Handreichungen, Fachbeiträge und Konzeptarbeit festgehalten und verstetigt. Exemplarisch sei hier die 2. Auflage des Theorie- und Methodenbuches „Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung“ 2020 genannt.

Im Jahr 2020 sind durch den Lockdown während der Covid-19-Pandemie digitale Bildungsangebote entwickelt, erprobt und erfolgreich durchgeführt worden, diese Erfahrungswerte fließen

in die Arbeit der Praxisstelle ein und werden fortentwickelt. In die jeweiligen Bildungsangebote werden aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und Dynamiken einbezogen. Im Angesicht einer globalen Pandemie manifestierten sich in den Jahren 2020 und 2021 antisemitische Diskurse und Übergriffe und machten die Notwendigkeit einer Antisemitismus- und Diskriminierungskritischen Professionalisierung von Fachkräften überdeutlich. Die Praxisstelle leistet einen wichtigen Beitrag im Umgang mit diesen Herausforderungen durch langjährig erprobte und immer wieder aktualisierte Bildungsangebote.

Die Zielgruppen sind Fach- und Führungskräfte, Auszubildende sowie Studierende aus den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Soziale Arbeit, öffentliche Verwaltung (im Besonderen Polizei), Pädagogik und Bildung sowie Sozialpädagogik. Vereinzelt Angebote richten sich auch an Interessierte aus der Zivilgesellschaft. Unterschiedliche Bildungsformate kommen dabei zum Einsatz, etwa Workshops, Vorträge und eintägige Seminare, mehrtägige modulare Fortbildungsreihen, Webtalks oder Publikationen.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
Förderhöhe aus Landesmitteln	150.000 Euro	150.000 Euro

Mobile Beratung – Für Demokratie, gegen Rechtsextremismus

Die Mobile Beratung in Trägerschaft des MOBIT e. V. berät und unterstützt all jene Menschen, die sich für eine menschenrechtsorientierte, demokratische Kultur vor Ort einsetzen möchten und gegen die extreme Rechte handeln wollen. Im Mittelpunkt steht der Empowerment-Ansatz, mit dem Ziel, Akteurinnen und Akteure zu befähigen, künftig vergleichbare Probleme eigenständig oder/und unter Einbindung lokaler Netzwerke zu bearbeiten. Methodisch umfasst dieser Ansatz die (Problem-)Sensibilisierung, die Ressourcendiagnostik, die Zielvereinbarung für den Beratungsprozess, die anschließende reflektierte Prozessbegleitung sowie die Hilfe zur Entwicklung, Verstärkung und Stabilisierung lokaler Netzwerke.

Die Förderung des Beratungsprojektes erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2020	2021
Förderhöhe aus Landesmitteln	278.875,98 Euro	294.329,77 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	320.533,62 Euro	338.439,40 Euro

Beratungsdienst für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Der Beratungsdienst ezra –Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt richtet sich an Betroffene von Straf- und Gewalttaten aus Motiven Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, an deren Angehörige und Personen des sozialen Umfelds sowie an Zeuginnen und Zeugen. Ezra wird in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) umgesetzt und ist Mitglied im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter,

rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG e. V.). Für die professionelle Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt orientiert sich ezra an den gemeinsamen Qualitätsstandards der fachspezifischen Beratungsstellen, die im VBRG e. V. zusammengeschlossen sind.

Die Förderung des Beratungsprojektes erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2020	2021
Förderhöhe aus Landesmitteln	193.204,87 Euro	226.616,11 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	233.078,89 Euro	287.652,51 Euro

Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)

Arbeit und Leben Thüringen und die Kooperationspartner im Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) führen seit Jahren außerschulische politische Jugendbildung durch, welche auf elaborierten und ständig weiterentwickelten Konzepten fußt. Die Projektstage sind Bildungskonzepte der außerschulischen und unterrichtsbegleitenden Jugendbildung in Thüringen. Die Jugendlichen werden durch Informationen zu demokratiebildenden und antirassistischen Themen sensibilisiert und üben in den Projekttagen Konfliktlösungen, Kommunikationsprozesse und Teamfähigkeit ein. Durch diese Auseinandersetzung mit verschiedensten Themen werden soziale und demokratiebildende Kompetenzen im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens gestärkt und ausgebaut. Ein eigener Projekttag zur Kontinuität von Antisemitismus, Verschwörungsgedanken und eigener Verantwortung steht unter dem Titel „Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Monde sicher?“ zur Verfügung.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
Förderhöhe aus Landesmitteln	339.680,30 Euro	323.980,60 Euro

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SoR – SmC)

Die Landeskoordination Thüringen in Trägerschaft der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar betreut das Thüringer Netzwerk von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SoR – SmC). Im Berichtszeitraum 2020 und 2021 war die Landeskoordination eine verlässliche Anlauf-, Beratungs- und Koordinierungsstelle für 64 Thüringer Courage-Schulen sowie weitere interessierte und Anwärter-Schulen. Zu den 64 Courage-Schulen gehören eine Grundschule, 13 Regelschulen, 25 Gymnasien, drei Berufsschulen, 14 Gemeinschaftsschulen, eine freie Schule, zwei Schulzentren (Gymnasium/Regelschule), zwei (integrierte) Gesamtschulen und zwei Förderschulen.

Kinder und Jugendliche werden in diesem Netzwerk darin bestärkt, ihre Schule aktiv mitzugestalten und sich gegen jede Form von Diskriminierung, Gewalt und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzusetzen.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
Förderhöhe aus Landesmitteln	148.828,02 Euro	161.806,77 Euro

Für die begleitende Dokumentation und Forschung werden zwei Einrichtungen in Thüringen durch das Landesprogramm gefördert, die allgemeine Beiträge zur thematisch einschlägigen Forschung, zu relevanten Dokumentationen oder zur Unterstützung der Aktivitäten im Landesprogramm leisten.

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

Das IDZ beschäftigt sich in seinen wissenschaftlichen Aktivitäten häufig mit dem Thema Antisemitismus, etwa mittels Veröffentlichungen, Vorträgen oder Diskussionsrunden. Der achte Band der IDZ-Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ mit dem Schwerpunkt Antisemitismus gibt einen Überblick über die derzeit drängendsten Fragen im Umgang mit Antisemitismus: Expertinnen und Experten der Antisemitismusforschung zeigen in theoretischen und historischen Beiträgen die zentralen Verbreitungsfelder antisemitischer Denkmuster auf – vom Rechtsextremismus über das politisch linke Spektrum, den Islamismus, das verschwörungsideologische Milieu bis hin zur sogenannten Mitte. Die Veröffentlichung des Bandes war auch der Anlass, das Thema Antisemitismus auf der Online-Tagung „Forum Antisemitismus“ aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2020	2021
Förderhöhe aus Landesmitteln	306.965,41 Euro	335.023,82 Euro

3. Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV)

a) Aus-/Fortbildung in der Justiz

Deutsche Richterakademie, Tagungsstätten Trier und Wustrau

Die Deutsche Richterakademie, eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene Fortbildungseinrichtung, bietet zu der Thematik die Tagungen „Rechtsradikalismus und Neonazismus – Kontinuitäten und aktuelle Tendenzen“, „Politischer Extremismus – Herausforderung für Gesellschaft und Justiz“, „Justiz und Islam“, „Salafismus“, „Justiz und Judentum“ und „Rassismus – Eine Herausforderung für die Justiz“ an. Im Jahr 2023 ist hierzu zusätzlich die Tagung „Rechtsextremismus in Deutschland – Kontinuitäten und aktuelle Tendenzen“ vorgesehen.

Die Teilnahme an den einwöchigen Tagungen steht Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten aller deutschen Länder offen. Die Teilnahme ist freiwillig.

Zentrale Fortbildung Thüringen

Im Rahmen der Zentralen Fortbildung Thüringen fand in Kooperation mit dem Sächsischen Staatsministerium und für Demokratie, Europa und Gleichstellung vom 05.04. – 06.04.2022 in Schkeuditz die Tagung „Rassistische und sonst menschenverachtende Tatmotivation erkennen und verfolgen“ statt. In Zusammenarbeit dem Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt fand am 10.10.2022 in Halle (Saale) die Tagung „Gewalt, Terror und Amok: Eine interdisziplinäre Betrachtung“ statt.

Sonstige Tagungen

Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Buchenwald und in Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, MOBIT e.V. und dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „Denk bunt“ vom 20.05. – 21.05.2021 die Fachtagung „Sprache, Hass und Terrorismus – Das Internet als Aktions- und Radikalisierungsplattform der extremen Rechten“ und vom 15.11. – 16.11.2021 die Fachtagung „Die Justiz und der Umgang mit extrem rechten Straftaten: Eine Gefahr für den

Rechtsstaat“ jeweils online angeboten. Vom 13.09. – 14.09.2022 fand die Fachtagung „Polizei und Justiz im Kontext der Corona-Pandemie“ in der Jugendbegegnungsstätte der Gedenkstätte Buchenwald statt.

Aus- und Fortbildung für Rechtsreferendare

Den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren des Freistaats Thüringen wird jeweils zu Beginn der Rechtsanwaltsstation eine eintägige Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Rechtsextremismus“ angeboten. Schwerpunkte dieser Veranstaltung sind:

- Die extreme Rechte in Thüringen — Verbreitung, Organisationsformen, Auftreten
- Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht - wirksame Schutzinstrumente gegen Angriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung?
- Grundrechte und Rechtsextremismus – Das Verwaltungsrecht im Spannungsfeld der grundgesetzlich geschützten Versammlungsfreiheit und dem Agieren verfassungsfeindlich orientierter, aber noch nicht verbotener Parteien und Vereinigungen.

Bereits im Rahmen der universitären Ausbildung soll eine Sensibilisierung der angehenden Juristinnen und Juristen für ihre Verantwortung bei der Verwirklichung des demokratischen Rechtsstaats erfolgen. Zur Herausbildung eines entsprechenden Verantwortungsbewusstseins trägt es in besonderem Maße bei, sich mit den gravierenden Folgen eines von rechtsstaatlichen Maßstäben losgelösten juristischen Handelns auseinanderzusetzen.

Durch Artikel 4 Nr. 3 in Verbindung mit Artikel 25 Abs. 3 des Gesetzes zur Modernisierung des notariellen Berufsrechts und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) wurden die Regelungen in § 5a Abs. 2 und 3 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) zum rechtswissenschaftlichen Studium bzw. zu dessen Lehrinhalten - mit Unterstützung Thüringens - mit Wirkung vom 1. Januar 2022 wie folgt ergänzt:

Nach § 5a Abs. 2 und 3 DRiG in der seit 1. Januar 2022 geltenden Fassung erfolgt die Vermittlung der Pflichtfächer im Rahmen des rechtswissenschaftlichen Studiums auch in Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrecht und dem Unrecht der SED-Diktatur. Die Inhalte des Studiums berücksichtigen die ethischen Grundlagen des Rechts und fördern die Fähigkeit zur kritischen Reflexion des Rechts.

Damit wurde der Aufforderung der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten in deren Beschluss vom Oktober 2019 entsprochen, die Vermittlung eines rechtsethischen Bewusstseins und dessen Bedeutung für die Berufspraxis sowie die Kenntnisse des Justizrechts im Deutschland des 20. Jahrhunderts in den Katalog der verbindlichen Studieninhalte aufzunehmen.

Der Thüringer Antisemitismusbeauftragte hat den Staatssekretär des TMMJV gebeten, dass darüber hinaus auf Landesebene geregelt werden möge, in den Grundlagen-/Pflichtfächern nach § 14 Abs. 2 Nr. 1b) u. c) Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung (Rechtsphilosophie und Rechtssoziologie sowie Rechts- und Verfassungsgeschichte) die entsprechenden Lehrinhalte zu etablieren. Der Thüringer Justizstaatssekretär hat auch insoweit seine Unterstützung zugesagt. Eine entsprechende Regelung - sowohl zur Ausbildung im Rahmen des Studiums als auch während des juristischen Vorbereitungsdienstes - wurde in den Entwurf der derzeit in Bearbeitung befindlichen Novellierung der Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung aufgenommen.

b) Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge

Bei den Diskussionen über die zunehmend antisemitischen Entwicklungen in Deutschland stehen immer wieder auch muslimisch geprägte Menschen im Fokus. Der Umgang mit jüdenfeindlichen Haltungen in der Begegnung mit Zugewanderten aus islamisch geprägten Ländern zum Beispiel in Integrations- und Orientierungskursen, aber auch in der sozialpädagogischen Begleitung kann herausfordernd sein. Dazu stellt bereits der Thüringen-Monitor „Integration“ von 2018, der sich Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten in Thüringen widmet, in seiner Zusammenfassung zum Thema Antisemitismus fest:

„Eine besondere Rolle nehmen Einstellungen gegenüber jüdischen Personen und Israel ein. Hier fanden sich deutlich geringere Sympathiewerte und eine vergleichsweise erhöhte Tendenz zu negativeren Einstellungen, auch wenn die meisten Befragten feindselige Aussagen gegenüber Israel ablehnten. Dabei deuten Vergleiche mit Daten des Thüringen-Monitors darauf hin, dass sich die Antipathien gegenüber Juden und die Ablehnung Israels nicht wesentlich von jenen der deutschen Bevölkerung unterscheiden. Diese Einstellungsmuster resultieren mit großer Wahrscheinlichkeit auch aus der seit Jahrzehnten bestehenden Konfliktlage im Nahen Osten und dem entsprechenden Meinungsklima. Allerdings lässt sich im Lichte der Befragungsergebnisse nicht von einem Import antisemitischer und antiisraelischer Einstellungen durch Migrant*innen nach Deutschland sprechen. Gleichwohl gilt es, sowohl bei der deutschen Bevölkerung als auch bei der Gruppe der Geflüchteten, derartige Feindbilder aufzubrechen, zum Beispiel durch die aktive Ermöglichung von Begegnungen mit Menschen unterschiedlicher Religion oder vermeintlich verfeindeten Gruppen in pädagogisch begleiteten Settings.“ (Thüringen-Monitor 2018 - „Integration - Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten“, S. 155, https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Zusammenfassung_TMI.pdf)

„Stark gegen Antisemitismus! - jüdenfeindlichen Haltungen kompetent begegnen.“

Die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge steht im engen Austausch mit der jüdischen Landesgemeinde. 2018 organisierte die Beauftragte gemeinsam mit deren Vorsitzenden Prof. Dr. Reinhard Schramm thüringenweit Dialogangebote für Integrationskurse zum Thema „Antisemitismus“. Dabei wurde deutlich, dass sich viele Kursleiterinnen und -leiter bei der Auseinandersetzung mit dem Thema im Unterricht überfordert fühlen. Daher lud die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge im April 2019 zu einem Fachtag „Stark gegen Antisemitismus! - jüdenfeindlichen Haltungen kompetent begegnen.“ Die Teilnehmenden konnten hier ihr Hintergrundwissen stärken, um Antisemitismus besser zu erkennen und ihm entgegen wirken zu können.

Im Gespräch bleiben – Begegnung fördern

Die Impulse des Fachtags sowie die Empfehlung des Thüringen Monitors 2018 – „Integration“ aufgreifend führt die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge den Austausch mit migrantischen Organisationen und insbesondere den Moscheegemeinden fort und bleibt in engem Dialog mit der jüdischen Landesgemeinde. Interreligiöse Begegnungsangebote werden durch die Beauftragte unterstützt und begleitet. Ziel ist es dabei auch, in der Begegnung und im Gespräch von Mensch zu Mensch, Vorurteile abzubauen und zu überwinden. Unterrichtende in Integrations- und Orientierungskursen sowie sozialpädagogisches Fachpersonal

im Integrationsbereich sollten weiter gezielt darin unterstützt werden, antisemitischen Haltungen kompetent zu begegnen.

4. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK)

a) Polizei

Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention - Polizeiliche Bildungsarbeit

Die Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention (PEP) steht seit dem Jahr 2015 in Kooperation mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) im Rahmen des Bildungsprojekts „Perspektivwechsel – Praxisstelle Thüringen“. Die Kooperation wurde am 12. März 2020 zwischen dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK), in welchem die Stabsstelle PEP im April 2019 eingegliedert wurde, und dem Bildungsprojekt „Perspektivwechsel – Praxisstelle Thüringen“ erneuert. Seit 2020 arbeitet das Thüringer Projekt (PW – PT) unter dem Dach des 2015 gegründeten Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment. Die Zusammenarbeit basiert auf dem Anliegen der Partner, gegen alle Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit – hier insbesondere gegen Antisemitismus und Rassismus – einzutreten sowie gemeinsame Maßnahmen zur Diversitätsorientierung und Qualifizierung von Multiplikator*innen innerhalb der Polizei umzusetzen.

Das Bildungsprojekt PW – PT zielt darauf ab, Fachkräfte und Multiplikatoren im Bereich der gesellschaftspolitisch orientierten Bildung, der Jugend- und Sozialarbeit sowie der Verwaltung und der Polizei auf dem Gebiet der Antidiskriminierung – insbesondere im Umgang mit Antisemitismus und Rassismus - fort- und weiterzubilden.

Außerdem unterzeichnete die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung/Fachbereich Polizei im März 2020 einen Kooperationsvertrag mit dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment und knüpfte damit an die bereits geleistete Aus- und Fortbildungsarbeit mit Studierenden an.

Eine Erhebung des Landespräventionsrats Thüringen zu durchgeführten Maßnahmen der Antisemitismusprävention im Bereich der polizeilichen Bildungsarbeit seit 2015 ergab, dass vom Projekt „Perspektivwechsel Plus“ (später „Perspektivwechsel – Praxisstelle Thüringen“) rund 50 Einzelveranstaltungen (einige von ihnen mehrtägig) angeboten und begleitet wurden. In den Jahren 2018 und 2019 wurden Fortbildungsreihen zu „Flucht und Asyl“ und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) für polizeiliche Führungskräfte sowie interkulturelle Trainings für Studierende des gehobenen Polizeivolldienstes zu Antisemitismus und Rassismus durchgeführt. Im März 2020 wurden Online-Seminare zum „Umgang mit aktuellem Antisemitismus in der Polizeiarbeit“ angeboten. Außerdem wurde die Seminarreihe „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung“ fortgesetzt, in deren Rahmen ein Ausbildungs-Modul zu aktuellem Antisemitismus enthalten ist. 2021 wurde trotz der Pandemie eine Online-Tagung zum „Umgang mit aktuellem Antisemitismus in der polizeilichen Arbeit“ für Auszubildende des mittleren Polizeivollzugsdienstes in Thüringen in Kooperation mit dem Bildungszentrum der Thüringer Polizei durchgeführt. Ein weiteres Beispiel aus dem Jahr 2021 ist das dreitägige Seminar „Umgang mit aktuellen Formen von Antisemitismus in der Polizeiarbeit“ am Fachbereich Polizei der FH für öffentliche Verwaltung in Meiningen.

Am 31. August 2022 unterzeichneten Innenminister Georg Maier und der Leiter der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Dr. Karsten Uhl, eine Vereinbarung zur Weiterführung der Bildungskooperation zwischen den Bildungseinrichtungen der Polizei und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Mit dieser verpflichten sich beide Seiten zu gemeinsamen Bildungsveranstaltungen für Studierende und Auszubildende der Polizei sowie zur polizeilichen Weiterbildung. Auch Veranstaltungen in Menschenrechtsfragen und Extremismusprävention sind in der Kooperationsvereinbarung festgeschrieben, ebenso wie eine wechselseitige Unterstützung zu den Themen Menschenrechte, Demokratie und Diktaturgeschichte.

Die Bildungskooperation von Polizei und Stiftung hat bereits Tradition. Im Mai 2018 wurde erstmals eine solche Vereinbarung unterzeichnet. Mit der Erneuerung der Kooperation tritt die alte außer Kraft. In den vergangenen Jahren haben durch sie angehende Polizistinnen und Polizisten die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora besucht und beispielsweise die Rolle der Polizei im Nationalsozialismus beleuchtet. Die Exkursionen sind fester Bestandteil der Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst in der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. Andererseits lädt die Landespolizeiinspektion Nordhausen Teilnehmende des „Dora-Summer-Camps“ in die Dienststelle ein und bietet Gespräche zur Rolle der Polizei im demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland an.

b) Landespräventionsrat Thüringen – AG Antisemitismus

Im Februar 2020 richtete der Landespräventionsrat (LPR) eine Arbeitsgruppe (AG) „Antisemitismus“ ein, um auf die zunehmende Gewaltförmigkeit des Antisemitismus zu reagieren. Die AG wird von Marina Chernivsky, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., geleitet. Das Ziel der AG besteht darin, herauszufinden, wie sich Antisemitismus in Thüringen zeigt und welche Präventionsaufgaben vor allem im Sicherheits- und Bildungsbereich damit verbunden sind. Auf der Basis aktueller Befunde zur Verbreitung von Antisemitismus in Deutschland und Thüringen soll ein Bericht mit Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Antisemitismus in Thüringen erstellt werden. Der Bericht richtet sich an die politischen Entscheidungsträger sowie an die Fachkreise. Neben einer umfassenden Bestandsaufnahme zu Theorien, Forschungsergebnissen und vorhandenen praktischen Handlungsleitfäden auf Bundes- und Landesebene ist eine Identifizierung von Best-Practice-Beispielen vorgesehen.

Bisher wurden die Landespräventionsräte und weitere Präventionsgremien der Bundesländer zu bestehenden Handlungsempfehlungen im Umgang mit Antisemitismus befragt. Die zugesandten Handlungsempfehlungen wurden analytisch den Bereichen Wissenschaft, Schule, Soziale Arbeit, Medien, Polizei, Justiz und Sport zugeordnet. Es meldeten sich neun Bundesländer zu vorhandenen Handlungsempfehlungen und Methoden zur Abwehr und Prävention von Antisemitismus in den Bundesländern. Ein Bundesland gab an, sich hierzu in einer Planungsphase zu befinden. Auf Basis der Analyseergebnisse konnten folgende Punkte als wesentlich für die Antisemitismusprävention herausgestellt werden:

1. Evaluation von präventiven und demokratiefördernden Maßnahmen,
2. Durchführung regelmäßiger Studien und Befragungen,
3. Unterstützung und Aufrechterhaltung einer kritischen fremdsprachlichen Medienberichterstattung,
4. Herstellung von Vertrauen durch Transparenz, die Verbindung mit sozialen und kulturellen Diversitäten,
5. Training sozial-kognitiver Fertigkeiten und Kompetenzen,

6. Implementierung identitätsstiftender Maßnahmen,
7. Förderung lebenslangen Lernens,
8. konsequente Intervention bei antisemitischen Vorfällen und
9. Erkennen antisemitischer Narrative in deutsch-islamischen Milieus.

Außerdem wurden Maßnahmen der Antisemitismusprävention im Bereich der schulischen und polizeilichen Bildungsarbeit in Thüringen für den Zeitraum der letzten fünf Jahre erhoben, die von der Praxisstelle Thüringen und dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment im Rahmen ihrer Projektarbeit gefördert und mit ihren Thüringer Kooperationspartnerinnen und -partnern, insbesondere der Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention, dem Fachbereich Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und dem Thüringer Institut für Lehrplanfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM), realisiert wurden. Im Bereich der schulischen Bildungsarbeit initiierte die Praxisstelle Thüringen seit 2015 rund 30 mehrtägige Fortbildungen explizit für Lehrkräfte im Thüringer Schuldienst, die sie gemeinsam mit dem ThILLM durchführte. Dazu zählten zentrale Fachtagungen wie z. B. die zweitägige Fachtagung „Gefühlserbschaften im Umbruch – Perspektiven, Kontroversen, Gegenwartsfragen“ (2015), oder auch das Fachsymposium zum Thema Antisemitismus im Kontext Schule, das vom Kompetenzzentrum in Kooperation mit der Praxisstelle Thüringen in Berlin umgesetzt wurde. Jährlich erfolgten darüber hinaus modulare Angebote wie das DIVERSITY-Training für Fachberaterinnen und -berater in Kindertageseinrichtungen und die Seminarreihe ACT (Acceptance Commitment Training) als ein Bildungs- und Beratungsangebot für Lehrkräfte zum Umgang mit Antisemitismus, oder auch Seminarreihen für die Thüringer Polizei. 2019 hat das Projekt rund 48 Maßnahmen, 2020 rund 35 Maßnahmen und 2021 rund 32 Maßnahmen für die Zielgruppen (hier alle Zielgruppen einschließlich auch Kita, Verwaltung usw.) durchgeführt. Möglichkeiten des direkten Austauschs und der Partizipation sowie Professionalisierung im beruflichen Umfeld ergaben sich sowohl in den angebotenen (seminarartigen) Formaten und als auch in den öffentlichen Diskussionsforen und Veranstaltungen. 2020 führte z.B. das Lehrerfortbildungsinstitut in Kooperation mit der „Perspektivwechsel - Praxisstelle Thüringen“, der Thüringer Landeszentrale für Politische Bildung (LZT) und dem Erinnerungsort Topf & Söhne eine dreiteilige Online-Veranstaltung (Webtalks) zur Thematik „Antisemitismus und Judenfeindlichkeit heute – Herausforderungen im Schulalltag“ durch. Neben der eigentlichen Fortbildungsarbeit erstellt das Projekt zahlreiche Arbeitsmaterialien und Publikationen, die inhaltliche Impulse und methodische Anregungen zum pädagogischen Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit enthalten. Außerdem wurden vom ThILLM in diesem Zeitraum rund 75 Fortbildungsveranstaltungen in unterschiedlichen Formaten angeboten:

1. zentrale Fortbildungsveranstaltungen (z. B. „Rassismus und Antisemitismus als Herausforderung in der Bildungsarbeit“),
2. ein- und mehrtägige Tagesseminare (z. B. „Wie unterrichte ich den Geschichte“) und
3. Gedenkstättenfahrten.

Letztere erfolgten regelmäßig und in Kooperation mit dem Erinnerungsort Topf & Söhne in Erfurt.

Auf der Internetseite des LPR wird über Fachpublikationen und Fachtagungen zum Thema Antisemitismus berichtet. Am 04./05. November 2019 fand in Berlin das 4. jährlich stattfindende Fachsymposium des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment zum Thema „Aufträge, Widersprüche und Herausforderungen der Geschichtsvermittlung“ unter der Schirmherrschaft von Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, statt. Daran nahm der Staatssekretär Inneres des TMIK

teil. Im Rahmen eines Podiumsgesprächs sprach er zum Thema „Aus der Geschichte lernen? Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“.

c) Brand- und Katastrophenschutz

In den Feuerwehren in Thüringen bilden sich alle gesellschaftlichen Diskussionen, Konflikte und Probleme ab. Dazu gehören auch Debatten zum Thema Flucht und Asyl, Integration, Werte und Lebenskonzepte einer vielfältigen Gesellschaft, Rechtspopulismus, Rassismus. Die Lebenswelt Feuerwehr in Thüringen ist stark homogen geprägt, vor allem durch weiße, deutsche männliche Mitglieder mit technischen oder handwerklichen Berufen. Ein Zuwachs an Heterogenität wird teilweise skeptisch betrachtet. Dies betrifft u. a. Menschen mit Migrationsgeschichte, Muslime oder Juden/Jüdinnen, LSBTIQ* usw. In Einzelfällen wurden politisch motivierte Straftaten von einigen Mitgliedern bekannt, die durch die Ermittlungsbehörden verfolgt wurden.

Im Rahmen von Mitgliederkampagnen hat das TMIK in Zusammenarbeit mit dem Thüringer Feuerwehrverband (ThFV) Info-Faltblätter in mehreren Sprachen herausgegeben, die für das Engagement in den Feuerwehren werben. Darüber hinaus fördert das TMIK den Thüringer Feuerwehrverband (ThFV) diesbezüglich sowohl institutionell als auch projektbezogen.

Für demokratisches Engagement und Aufklärung gegen Extremismus und Skepsis setzt das Projekt „Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen – demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen“ (EMVü) an. Das Projekt wird seit 2011 finanziell gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Ziel ist es, Feuerwehrangehörige für demokratische Prozesse und aktive Mitwirkungs- sowie Gestaltungsmöglichkeiten im gesamten Verband wie auch außerhalb zu aktivieren. Gerade den Führungskräften innerhalb der Thüringer Feuerwehren kommt eine besondere Verantwortung zu. Einen wichtigen Baustein des Projekts bilden daher die festen Unterrichtseinheiten zum Thema „Demokratieverständnis und Extremismusprävention“ an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule (LFKS). Neben den Strukturen und Angeboten des Projektes werden den angehenden Leiterinnen und Leitern der Feuerwehr zugleich neue Formen der Unterrichtsgestaltung zu Themen wie Stärkung des Miteinanders, Umgang mit Konflikten oder der Sensibilisierung für demokratiefeindliche Codes und Symbole vermittelt.

5. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF)

a) Anträge nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten - Opferentschädigungsgesetz (OEG)

Wer auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland Opfer einer vorsätzlichen, rechtswidrigen Gewalttat wird und dadurch eine gesundheitliche Schädigung erleidet, kann u. U. einen Anspruch auf Entschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) geltend machen. Dies gilt auch für Hinterbliebene von Personen, die infolge der Gewalttat verstorben sind. Für einen möglichen Anspruch ist dabei das Vorliegen eines „tätlichen Angriffs“ unabdingbare Voraussetzung (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 07.04.2011 – B 9 VG 2/10 R).

In Thüringen sind bisher keine Anträge mit antisemitischem Hintergrund nach dem OEG gestellt worden. Dies korrespondiert mit den Erfassungszahlen der Polizei zu antisemitisch bewerteten Straftaten, die keine Delikte im Sinne des Angriffs auf die körperliche Unversehrtheit gegen Jüdinnen und Juden aufweisen.

b) Bund der Heimatvertriebenen e. V. (BdV) – Landesverband Thüringen

Der konstruktive Dialog mit der jüdischen Gemeinde in Breslau sowie die weitere Einbeziehung der jüdischen Landesgemeinde in Thüringen sind ein wichtiger Teil der Zusammenarbeit des BdV und dem Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG). Ein Ergebnis dieser Kooperation ist das Gemeinschaftsprojekt „Jüdische Freundschaftsbrücke Breslau-Thüringen“.

6. Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL)

Bauliche Sicherheit jüdischer Einrichtungen

Ein wichtiges Zeichen der Landesregierung war die schnelle Reaktion zur Aufrüstung der Sicherheits- und Schutzmaßnahmen der Synagogen und Einrichtungen der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen nach dem Anschlag von Halle a. d. Saale im Oktober 2019 und der bundesweit daraus gezogenen Schlussfolgerungen.

Die Landesregierung hatte sich sehr früh dazu bekannt, diese Einrichtungen bei dem Bau und der Verbesserung der Schutzmaßnahmen zu unterstützen und am 10. Dezember 2019 beschlossen, Einrichtungen der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen (JLGT) mit verbesserten Schutzmaßnahmen zu versehen. Hierzu stimmte sie der Kostenübernahme für die auf der Basis von Empfehlungen des Landeskriminalamts erforderlichen baulichen und sicherheitstechnischen Maßnahmen zu und bat den Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft im Rahmen des Einzelplans 10 die haushaltsrechtliche Abwicklung zu gewährleisten.

Bereits im November 2019 hatten sich Vertreter der Thüringer Staatskanzlei mit Vertretern der Ministerien für Inneres und Kommunales sowie für Infrastruktur und Landwirtschaft in den Räumen der JLGT getroffen, wo erörtert wurde, wo und in welcher Weise die Sicherheit von Einrichtungen der JLGT sowie anderer mit ihr verbundener Einrichtungen Anlass zu verstärkter Anstrengung gibt. Die Grundlage für die Festlegung erforderlicher Maßnahmen an den Einrichtungen bildete eine Sicherheitsanalyse des Landeskriminalamtes Thüringen.

Das TMIL hat seitdem intensiv daran gearbeitet, Voraussetzungen sowohl für die technische als auch für die haushaltsrechtliche Abwicklung der sicherheitstechnischen Maßnahmen in den betroffenen Einrichtungen zu schaffen. Bislang wurde dabei folgender Umsetzungsstand erreicht:

- Bei der „Neuen Synagoge Erfurt“ konnten die Eingangstüren des Vordereingangs und der Gartenseite bereits erneuert werden.
- Der Einbau einer Einbruchmeldeanlage in der „Synagoge und Wohnhaus Mühlhausen“ ist bereits erfolgt. Der Bezug der neuen Liegenschaft für die „Außenstelle Schalom Nordhausen“ ist ebenso erfolgt wie die Erneuerung der Sicherheitstechnik (Überfall / Einbruchmeldeanlage).
- Des Weiteren wurden die Außenbeleuchtungsanlagen im Bereich der „Alten Synagoge Erfurt“ sowie der „Kleinen Synagoge Erfurt“ wirksam verbessert.

7. Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG)

Hochschulen/Forschung

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Berichtszeitraum (Dezember) 2020 bis 2022

Beiträge des KomRex

Teilnahme und Mitorganisation „Kein Schlussstrich“

Das bundesweite Projekt "Kein Schlussstrich!" wurde initiiert durch die Stadt Jena, JenaKultur, den Verein Licht ins Dunkel e.V., die Friedrich-Schiller-Universität Jena, und das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Maßgeblich gefördert wurde es durch die Kulturstiftung des Bundes, das BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!", die Bundeszentrale für politische Bildung und die Innovationsförderung der Stadt Jena. Das Projekt verfolgte die stadtgesehellschaftliche Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex."

Thüringer Zustände

Die *Thüringer Zustände* (2020 veröffentlicht im Sommer 2021) bieten eine faktenbasierte Darstellung und kritische Einordnung der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen im Jahr 2020. Sie ergänzen damit behördliche Darstellungen, die den Phänomenbereich oft nur unzureichend erfassen. Hierbei werden die Phänomene aus verschiedenen Perspektiven betrachtet und eingeordnet: wissenschaftliche Analysen, zivilgesellschaftliche Beratungspraxis, Betroffenenperspektive. Die Beteiligten haben sich das Ziel gesetzt, diese Publikation im Jahresrhythmus fortzuführen, um der Aktualität und Dynamik der betrachteten Phänomene gerecht zu werden.

Gefährdungsanalyse 2022 (in Druck)

Möller, C., Koch, M., Streitberger, J., Miehlke, M. & Beelmann, A. (2022). Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. KomRex, Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Aktivitäten am Institut für Politikwissenschaft

Thüringen Monitor 2021 (veröffentlicht und vorgestellt am 07. Dezember 2021)

Angesichts der hohen Bedeutung der Corona-Pandemie greift der Thüringen-Monitor 2021 mit dem Titel "Demokratie in der Corona-Pandemie" den letztjährigen Schwerpunkt erneut auf und fragt, wie sich die Bewertungen und Einstellungen der Thüringer*innen im zweiten Jahr der Corona-Pandemie verändert haben und welchen Einfluss die COVID-19 Pandemie auf die politische Kultur im Freistaat hat. Zum anderen leuchtet der diesjährige Thüringen-Monitor das Demokratieverständnis und die Einstellungen zur Demokratie in Thüringen tiefer aus. Zudem gewinnt diese Untersuchung gerade auch vor dem von der Anti-Corona-Bewegung verbreiteten Narrativ einer „Corona-Diktatur“ an aktueller Bedeutung. Dies verweist gleichzeitig auf mögliche Verknüpfungen der beiden Schwerpunktthemen des diesjährigen Thüringen-Monitors: So kann einerseits die Corona-Pandemie Änderungen im Demokratieverständnis bewirken, andererseits kann jedoch auch das vorhandene Demokratieverständnis die Bewertung der Pandemie beeinflussen.

Thüringen Monitor 2020

Schwerpunkt des Thüringen-Monitors 2020 war die Corona-Pandemie in Thüringen. Seit dem Frühjahr 2020 wird das Leben aller Einwohner/innen Thüringens ebenso wie die öffentliche Debatte von der Pandemie, ihren Folgen sowie den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung beherrscht. Viele dieser Maßnahmen wurden und werden kontrovers diskutiert. Daher standen im vorvorjährigen Thüringen-Monitor die Sorgen und Einstellungen der Thüringer/innen bezüglich des Corona-Virus, die Bewertung der Maßnahmen ebenso wie die Folgen der Pandemie für sie selbst, das Gesundheitssystem, die Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie im Zentrum. In den differenzierten Einschätzungen und Bewertungen der Befragten spiegeln sich dabei auch die großen Herausforderungen für die Politik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen wider.

Festveranstaltung „20 Jahre Thüringen Monitor- Demokratie- und Rechtsextremismusforschung im Freistaat“ (07. Oktober 2021)

Unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Marion Reiser (Friedrich-Schiller-Universität Jena, wissenschaftliche Leiterin des Thüringen-Monitors). Mit Grußworten von Herrn Prof. Dr. Walter Rosenthal (Präsident der Friedrich-Schiller-Universität Jena) und Herrn Bodo Ramelow (Ministerpräsident des Freistaates Thüringen). Veranstaltet wurde die Festveranstaltung vom Institut für Politikwissenschaft und dem Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Weitere Aktivitäten der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“

Die didaktische Erschließung des Tagebuchs der Eva Schiffmann ist eines der Projekte, die im Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ an der Friedrich-Schiller-Universität stattfinden. Neben Forschungsprojekten initiiert die Universität Tagungen, Fortbildungen und Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit. Die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek wird in der Sonderausstellung „Tora, Talmud, Tefillot“ ihre Schätze jüdischen Schrifttums präsentieren.

Im Rahmen des Themenjahres 2021 „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ wird ein digitales Bildungsportal in Zusammenarbeit mit der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) und Frau Dr. Zivit Abramson, der Tochter der Tagebuchschreiberin, entstehen, um dieses einzigartige Zeugnis jüdischer Geschichte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und für den Schulunterricht nutzbar zu machen.

Aufarbeitung des Fries-Streits

Der Philosoph Jakob Friedrich Fries (1773-1843) gilt als einflussreicher Vertreter des deutschen Kantianismus bzw. Nachkantianismus. Gleichzeitig trat Fries, der viele Jahre in Jena lehrte, als Autor einer antisemitischen Hetzschrift hervor. In seiner 1816 publizierte Polemik „Ueber die Gefährdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden“ finden sich judenfeindliche Äußerungen und sogar Aufrufe zur Vernichtung, Vertreibung, Stigmatisierung. Dennoch wird Fries in Jena in vielfältiger Weise geehrt. So gibt es im Norden der Stadt einen Friesweg; und ein Denkmal in der sogenannten „Via triumphalis“ am Fürstengraben erinnert an den Philosophen. Im Hörsaal Z1 des Instituts für Philosophie wurde zudem noch im Oktober 2000 eine Fries-Büste aufgestellt. Auf Initiative Studierender wurde die Büste gut 20 Jahre später – im Februar 2020 – verhüllt. Auf der gerade freigeschalteten komplexen Website www.erinnerngestalten.uni-jena.de wird nun die Debatte um Fries aufgearbeitet, weitergeführt und öffentlich gemacht.

Aktivitäten an der Professur für Religionspädagogik

Antisemitismus ist in der Arbeit des Lehrstuhls für Religionspädagogik sowie des Forschungszentrums für Religion und Bildung (FZRB) ein Querschnittsthema und stellt eine relevante Schnittstelle zu der Arbeit des KomRex dar. Auf verschiedenen Ebenen kam und kommt es deshalb zwischen den Forschungseinrichtungen zu kooperativen Publikations- und Antragsprojekten, in denen beispielsweise unter der Fragestellung von muslimischen Jugendlichen in Deutschland oder den aktuellen Diskursen im Antigenderismus auch die Frage nach antisemitischen Einstellungen und Topoi stets im Auge behalten wird. Außerdem hat das FZRB mit verschiedenen außeruniversitären Kooperationspartnern bundesweit zusammengearbeitet. So ist das FZRB aktives Mitglied im Netzwerk für antisemitismus- und rassismuskritische Religionspädagogik und Theologie (NARRT) und hat mit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA) bei der Vorbereitung der Ausstellung L'Chaim in Jena kooperiert.

Das Thema Antisemitismus wird in der Arbeit des Lehrstuhls der Religionspädagogik und des FZRB in geschichts- wie auch gegenwartsbezogenen Perspektive behandelt. Am 19. Januar 2022 fand der Studientag der Theologischen Fakultät zum Thema „Christen - Juden - Gesellschaft. Perspektiven für Gegenwart und Zukunft“ in Kooperation mit der katholischen Fakultät der Universität Erfurt statt. Auch das FZRB hat mit einer Veranstaltung an dem Studientag mitgewirkt. Prof. Marion Reiser und Prof. Michael Wermke haben einen Workshop zum Thema Umgang mit Antisemitismus durchgeführt, in dem die aktuellen Ergebnisse des Thüringen-Monitors besprochen und in Bezug auf Ursachen und Prävention von antisemitischen Einstellungen in der Region diskutiert wurden. Die Arbeitsstelle stellt zudem Materialien zu verschiedenen Themen kultur- und religionssensibler Pädagogik vor.

Die Thematisierung von Antisemitismus ist auch ein wichtiges Thema für Lehrveranstaltungen. Frau Dr. Marita Koerrenz, akademische Rätin am Lehrstuhl für Religionspädagogik, führte in den Sommersemestern der vergangenen Jahre eine Exkursion mit den Studierenden in die Gedenkstätte Buchenwald durch. Im Rahmen der Gedenkstättenpädagogik konnte die Beschäftigung mit der NS-Zeit und dem Thema Antisemitismus ermöglicht werden. Die Lehrveranstaltung diente dazu, künftige Lehrerinnen und Lehrer auf den Zusammenhang von kirchlicher Zeitgeschichte und Antisemitismus aufmerksam zu machen.

Die Arbeit des FZRB im Wintersemester 2022/23 soll mit dem Schwerpunktthema Antisemitismus fortgeführt werden. Insbesondere ist ein Symposium zum Thema „Antisemitismus - altes Gespenst im neuen Gewand“ in Vorbereitung.

Gemeinsam gegen Antisemitismus und Holocaust-Leugnung

Podiumsdiskussion zum German American Day am 06. Oktober 2021

Die Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland setzen sich seit langem gemeinsam für die Bekämpfung des Antisemitismus ein und suchen nach innovativen Wegen, um die Aufklärung über den Holocaust zu verbessern. Mit der Eröffnung des deutsch-amerikanischen Dialogs über den Holocaust am 24. Juni 2021 in Berlin bekräftigten US-Außenminister Antony J. Blinken und Bundesaußenminister Heiko Maas das gemeinsame Engagement, um sicherzustellen, dass heutige und künftige Generationen sich an diese tragische Episode der Geschichte erinnern und daraus lernen.

Die Philosophie in die Reflexion ihres Erbes zwingen

Frau Prof. Dr. Esser, Leiterin des Arbeitsbereichs für praktische Philosophie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, erhält eine Förderung im Rahmen des Koselleck-Programms der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für ein Projekt, das die Philosophie dazu anregen

möchte, sich mit ihrem problematischen Erbe sowohl hinsichtlich der Philosophiegeschichtsschreibung als auch unter der Perspektive seiner Wirkung auf die und in der Gegenwart zu beschäftigen. Für die Dauer von fünf Jahren fördert die DFG das Projekt „Wie umgehen mit Rassismus, Sexismus und Antisemitismus in Werken der Klassischen Deutschen Philosophie. (Selbst-)Kritische Philosophiegeschichte als Projekt einer „Public Philosophy“. Die Förderungssumme für das Projekt beträgt eine Million Euro.

Ausblick auf Aktivitäten im Jahr 2023

KomRex

- Fortbildungsprogramm des KomRex in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention (PEP)
- Thüringen-Monitor 2022 (wird im Frühjahr 2023 vorgestellt, Erhebung der Daten im Herbst 2022)

Weitere Vorhaben der Friedrich-Schiller-Universität Jena

- Prof. Wermke wird im Wintersemester 2022/23 im Oberseminar einige Veranstaltungen dem Thema Antisemitismus widmen
- Lehrstuhl für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit: Prof. Dr. Wagner wird im Wintersemester 2022/23 das Hauptseminar: „[Die Verfolgung der Thüringer Juden im Nationalsozialismus](#)“ anbieten. Im Rahmen dieses auf zwei Semester angelegten Seminars soll – angelehnt an die Website (<https://pogrome1938-niedersachsen.de>) – eine Website zu den Novemberpogromen 1938 in Thüringen realisiert werden, die zum 85. Jahrestag der Pogrome im Herbst 2023 online gehen soll.

Universität Erfurt

Erziehungswissenschaftliche Fakultät

Verankerung des Themas „Antisemitismus“ im Studium des Sachunterrichts an der Universität Erfurt und in den Angeboten der Hochschullernwerkstatt

Antisemitismus als Studieninhalt in Modulen des Studiengangs BA-Primare und Elementare Bildung (neu: BA Primarpädagogik)

Im Modul „Fachliche Perspektiven des Sachunterrichts“ (BA PEB bzw. Sozial- und kulturwissenschaftliche Grundbildung (BA Primarpädagogik) findet in den Seminaren zur sozial- und kulturwissenschaftlichen Perspektive des Sachunterrichts respektive den Veranstaltungen zur historischen und politischen Bildung im Sachunterricht der Grundschule eine fachliche Auseinandersetzung u.a. mit dem Phänomen des Antisemitismus unter historischen, politischen, soziologischen Gesichtspunkten statt, teilweise unter Einbezug von Kooperationen mit externen Bildungspartner*innen statt.

Antisemitismus als Thema im Rahmen der Reihe „Bildung durch Demokratie“ in der Hochschullernwerkstatt

Wintersemester 2020/2021

Titel: „Was heißt hier eigentlich „neutral“? Zur Notwendigkeit einer Positionierung von Schulen und Bildungseinrichtungen für Demokratie und Menschenrechte.“

Referentin: Petra Doubek von „MOBIT“

Datum: 09.12.2020 (18:00-19:30 Uhr – online-Vortrag) und 12.01.2022 (16:00-18:00 Uhr - online-Vortrag)

Titel: „Religiöse, kulturelle und ethnische Vielfalt als Chance für die Demokratie- und Menschenrechtsbildung in Schule und Bildungsarbeit“

Referent*innen: Dr. Annika Schreiter, Apl. Prof. Dr. Michael Haspel - In Kooperation mit der Ev. Akademie Thüringen und dem Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt

Datum: 08.12. 2021 (16:00-18:00 Uhr – online-Vortrag)

Sommersemester 2022

Titel: „Religiöse, kulturelle und ethnische Vielfalt als Chance für die Demokratie- und Menschenrechtsbildung in Schule und Bildungsarbeit“

Referent*innen: Dr. Annika Schreiter, Apl. Prof. Dr. Michael Haspel - In Kooperation mit der Ev. Akademie Thüringen und dem Martin-Luther-Institut der Universität Erfurt

Datum: 11.05. 2022 (16:00-18:00 Uhr - Workshop in der Lernwerkstatt)

Titel: „Was heißt hier eigentlich „neutral“? Zur Notwendigkeit einer Positionierung von Schulen und Bildungseinrichtungen für Demokratie und Menschenrechte“

Referentin: Petra Doubek von „MOBIT“

Datum: 08.06. 2022 (16:00-18:00 Uhr - Workshop in der Lernwerkstatt)

Wintersemester 2022/2023

Titel: „Antisemitismen im Gangsta-Rap und andere Herausforderungen der Bildung gegen Antisemitismus“

Referent: Dr. Marc Grimm

Datum: 16.01.2023 (16:00-18:00 Uhr - Workshop in der Lernwerkstatt)

Weitere (Lehr-)Veranstaltungen

Vortrag	Prof. Dr. Ulrike Stutz; Referent: Rüdiger Bender (Vorsitzender Förderkreis Erinnerungsort Topf & Söhne e. V.)	Antisemitische Bildstrategien - Kritische Debatte zur Documenta 15	14.07.2022
Lehrveranstaltung	Prof. Dr. Florian von Rosenberg, Dr. Carolin Wiethoff	Antisemitismus und Schule	Wintersemester 2021/22

Katholisch-Theologische Fakultät

Veranstaltungen

Gemeinsamer Studientag mit der Theologischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 19. Januar 2022 „Christen – Juden – Gesellschaft. Perspektiven für Gegenwart und Zukunft“

Werbeaktionen

Verteilung und Aufhängen von Fahnen an der Universität Erfurt: „321–2021: 1700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND e. V.“

Beratertätigkeit

Prof. Kranemann: Fachberater der K II Ökumene der Deutschen Bischofskonferenz, die sich auch mit Fragen des Verhältnisses zum Judentum beschäftigt

Prof. Knop: Mitglied im Gesprächskreis "Juden und Christen" beim ZDK

Vortrag

Prof. Kranemann: Vortrag vor der Internationalen Martin-Buber-Stiftung über Aktivitäten im Rahmen des Dialogs von Judentum und Christentum in Erfurt sowie zum Antisemitismus in Thüringen (24. November 2021)

Publikationen

Claudia D. Bergmann / Benedikt Kranemann, Analogie und Differenz: Das dynamische Verhältnis von jüdischer und christlicher Liturgie. Analogy and Difference: The Ever-Changing Relationship of Jewish and Christian Liturgy (Liturgiewissenschaftliche Quellen und Forschungen 112), Münster: Aschendorf 2021.

Jörg Seiler, Normen und Praxis von Taufen im frühneuzeitlichen Deutschen Orden, in: „... und Christus wird dein Licht sein“ (Eph 5,14). Taufberufung als dialogisches Christus-Geschehen (SKUL 11), hg. v. Christoph Freiling, Florian Wegscheider, Regensburg 2022, 203–225 (darin: Streit um die Taufe jüdischer Mitbürger im Deutschordensgebiet).

Lehrveranstaltungen

Prof. Kranemann zus. mit Magdalena Lorek: Jüdische und christliche Herausforderungen des Gottesdienstes: Chancen – Perspektiven (Seminar im Sommersemester 2022)

Prof. Dr. Norbert Clemens Baumgart zus. mit Dr. Maria Stürzebecher: Synagogen in Erfurt. Exkursionen zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in der Stadt (Stufu-Seminar Wintersemester 2020/2021)

Prof. Dr. Jörg Seiler: Geschichte der christlichen Judenfeindschaft (Vorlesung Wintersemester 2020/21 - war bereits im letzten Bericht)

Philosophische Fakultät

Aktivitäten in der Lehre		
verantwortliche Personen	Lehrveranstaltungstitel	Datum
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	After Survival. Rebuilding Jewish Life after the Holocaust in Germany	SoSe 2020
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Jüdische Geschichte vom Mittelalter bis zur Moderne. Eine Einführung	SoSe 2020
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	New Perspectives on Jewish History and Religion in the Modern Era	SoSe 2020
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Zwischen Liberalität und Fundamentalismus: Jüdische Religion(en) der Moderne	SoSe 2020
Prof. Dr. Omar Kamil	Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart: Fragen – Erkenntnisse – Perspektiven	SoSe 2020
Prof. Dr. Sabine Schmolinsky	Juden und Christen im mittelalterlichen Europa	SoSe 2020
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Das Rabbinat. Geschichte und Bedeutung einer Institution	WiSe 2020
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Jewish History as a Research Object. The Evolution of an Academic Field	WiSe 2020
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Presenting Jewish Culture and History: Jewish Museums. Concepts and Developments	WiSe 2020
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Religion als kulturelles Phänomen. Kulturwissenschaftliche Theorien zu Entstehung und Funktion von Religion	WiSe 2020
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Research Colloquium in Jewish Studies	WiSe 2020
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	The German-Jewish Community in Modern Time. Its Transformation, Organisation and Ideology	WiSe 2020
Dr. Elisa Iori, Dr. Emiliano Urciuoli, Prof. Dr. Susanne Rau, Prof. Dr. Jörg Rüpke (KFG Religion und Urbanität)	Ringvorlesung „Religion and Urbanity in Time and Space“ Aufzeichnungen auf Youtube Lecture casts der Studierenden	WiSe 2020
Sebastian Venske, M.A.	Einführung in Geschichte und Religion des Judentums	WiSe 2020
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	„Antworten auf die Moderne“. Jüdische Religion im 19. und 20. Jahrhundert	SoSe 2021
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	BA Arbeitsmodul Judaistik	SoSe 2021
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Jüdische Existenz in der Moderne. Das deutsche Judentum (1786-1933)	SoSe 2021
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Richter und Gelehrte. Das Rabbinat in Deutschland.	SoSe 2021
Prof. Dr. Omar Kamil	Antisemitismus und Kolonialismus: Historische Narrative jenseits von Konkurrenz und Konflikt	SoSe 2021
Sebastian Venske, M.A.	1700 years of Jewish life in Germany. History, Sources, Debates.	SoSe 2021
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Cultural Concepts of the Other. Ideas of Jewish Bodies and Minds. Racial Ideology and Jewish Counteraction.	WiSe 2021

Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Die Geburt der Götter: Entstehung und Zweck von Religion	WiSe 2021
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Einführung in die Judaistik: Geschichte und Kultus des israelitischen und klassisch rabbinischen Judentums (Antike/Spätantike)	WiSe 2021
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Narratives of Jewish life. German-Jewish literature from the 19th until the early 20th century.	WiSe 2021
Prof. Dr. Omar Kamil	Antisemitismus und Kolonialismus: Vermittlung unterschiedlicher Narrative im Geschichtsunterricht jenseits von Konkurrenz und Konflikt	WiSe 2021
Sebastian Venske, M.A.	„Du Jude.“ Zugehörigkeitsdebatten gestern und heute	WiSe 2021
Sebastian Venske, M.A.	Die Neue Synagoge in Erfurt als Ort jüdischen Lebens: Studierende als Synagogen-Guides	WiSe 2021
Prof. Dr. Katharina Waldner, Sebastian Venske, M.A., Dr. Reiner Prass	„Studierende als Synagogen-Guides“. Das Studium-Fundamental-Seminar ist eine Zusammenarbeit der Religionswissenschaft mit der jüdischen Landesgemeinde Thüringen und der Synagoge in Erfurt (Rabbiner Alexander Nachama).	WiSe 2021
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Der Ursprung der Religion. Entstehung und Funktion religiöser Systeme	SoSe 2022
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Einführung in die Deutsch-Jüdische Geschichte der Moderne	SoSe 2022
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	In den Dingen lesen wir die Zeit. Texte und Artefakte als Quellen jüdischer Geschichte	SoSe 2022
Prof. Dr. Omar Kamil	Juden in der islamischen Welt – Postkoloniale Perspektiven	SoSe 2022
Sebastian Venske, M.A.	Pirke Avot. Text, Context and Interpretation – On the significance of tractate Avot in rabbinical tradition and its interpretation	SoSe 2022
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Deutsch-Jüdische Geschichte in der Moderne: Zentrale Aspekte und Entwicklungen	WiSe 2022
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Einführung in die Judaistik: Judentum in der Antike	WiSe 2022
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Emancipation of the Jews in Germany. Texts and Analyses	WiSe 2022
Prof. Dr. Andreas Gotzmann	Jüdische Religion im 19. und 20. Jh.	WiSe 2022
Prof. Dr. Omar Kamil	Der arabische Antisemitismus: Geschichte und Erkenntnisse	WiSe 2022
Prof. Dr. Katharina Waldner, gemeinsam mit Dr. Anton Hieke, "Jüdische Kultur(en) in Thüringen - Bildung für Vielfalt und Engagement" Kulturrat Thüringen e.V. (Datum noch nicht festgelegt)	Workshop für Studierende (Religionswissenschaft, Lehramt Ethik) „Judentum im Unterricht“	WiSe 2022
Prof. Dr. Katharina Waldner, gemeinsam mit Keshet e.V. und gemeinsam mit Dr. Anton Hieke, "Jüdische Kultur(en) in Thürin-	Organisation Workshop für Studierende (alle Disziplinen), Anmeldung, Titel noch offen, zum Thema LGBTQI* und Judentum.	WiSe 2022

gen - Bildung für Vielfalt und Engagement" Kulturrat Thüringen e.V.		
Aktivitäten in Forschung; Gesellschafts- und Politikberatung		
verantwortliche Personen	Forschungsprojekttitel	Datum
Dr. Maike Lämmerhirt	DFG-Projekt (Eigene Stelle, 50 %): "Migration von Juden im Spätmittelalter. Das Beispiel Erfurt"	seit 2018/2020 fortlaufend
Prof. Dr. Sabine Schmolinsky	Mitarbeit in der auch von Universitätsmitgliedern mitbegründeten Gruppe "Historiker*innen für ein weltoffenes Thüringen" (https://weltoffenes-thueringen.de/) (HiWelt)	seit Herbst 2019/ Februar 2020 fortlaufend
Prof. Dr. Omar Kamil	Vortrag: Antisemitismus in der arabischen Welt - Entstehungen und Wirkungen	Universität Innsbruck, Österreich 20. Januar 2020
Dr. Maike Lämmerhirt	Mitarbeit bei der Ausstellung: "Inter Judeos" – Das mittelalterliche jüdische Quartier in Erfurt	Sommer 2021
Prof. Dr. Sabine Schmolinsky und Dr. Maike Lämmerhirt	Organisation eines Panels bei der Tagung: Historische Kommission. Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen. Bilanz und Perspektiven der Forschung = 28. Tag der Thüringischen Landesgeschichte; 23.–25. September 2021 in Schmalkalden Donnerstag, 23. September 2021: Sektion I: Jüdisches Leben in Thüringen im Mittelalter Dr. Maike Lämmerhirt/Prof. Dr. Sabine Schmolinsky (Moderation)	23.–25. September 2021
Prof. Dr. Omar Kamil <i>Veranstalter:</i> Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung“ und Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt	Keynote Lecture: Antisemitismus in Postmigrationsgesellschaft. Im Rahmen der Fachtagung Alte Geschichte(n) – Neue Narrative?	Berlin, 25. Oktober 2021
Prof. Dr. Omar Kamil	Fachgespräch: Verknüpfte Erinnerungen – Omar Kamil im Gespräch mit Sina Arnold - Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt/Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA)	Berlin, 04. Dezember 2021
Prof. Dr. Sabine Schmolinsky, durchgeführt von Simon Sidney Hölscher, namens "Historiker*innen für ein weltoffenes Thüringen" (HiWelt)	"Antisemitische Geschichtsmythen" Freiwillige Projektwoche mit Schülerinnen und Schülern des Adolf-Reichwein-Gymnasiums in Jena (https://weltoffenes-thueringen.de/schueler-beschaeftigen-sich-mit-antisemitischen-geschichtsmythen) im Rahmen des Themenjahrs "1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland"	13.–17.12.2021
Prof. Dr. Omar Kamil	Fachgespräch: KIGa – Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus	23. Dezember 2021
Prof. Dr. Omar Kamil	Postmigrationsgesellschaft - Antisemitismus – Islamophobie – Rassismus	Workshop an der Universität Erfurt, 4.-

		5. November 2022
Prof. Dr. Omar Kamil <i>Veranstalter:</i> Minor – Projekt-kontor für Bildung und Forschung“ und den Multikulturellen Forum und der Auslandsgesellschaft	Antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der post-migrantischen Gesellschaft	PODIUMS-DISKUS-SION Dortmund, 31. August 2022
Prof. Dr. Omar Kamil <i>Veranstalter:</i> Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA e.V.)	Podcast: Kairo, Tel Aviv, Berlin: Prof. Dr. Omar Kamil über Verknüpfung von Erinnerung und Geschichte https://kreuzundquer.podigee.io/35-omar-kail	Berlin, 22. Juni 2022
Die nachfolgende Auflistung fällt unter die Kategorie „Prävention“ – durch Forschung und Aufklärung zur jüdischen Geschichte		
Dr. Judith Thissen (KFG Religion und Urbanität)	Forschungsprojekt: „Kol Nidre on Broadway, Jazz Singers in the Shul: Cinema and the Transformation of the High Holidays in New York City“	Wintersemester 2020
Prof. Dr. Cristiana Facchini (KFG Religion und Urbanität)	Forschungsprojekt zu Juden in europäischen (v.a. italienischen) Städten, vgl. Publikation	Wintersemester 2020 - Sommersemester 2021
Dr. Mara Albrecht (KFG Religion und Urbanität)	Forschungsprojekt: „The SpaceTime of Urban Violence and Policing in the British Empire: The Riots in Belfast (c. 1857-1935) and in Jerusalem during the British Mandate“ – vgl. Publikation	Wintersemester 2021
Prof. Dr. Susanne Rau (in Kooperation mit der CEU Budapest und dem Birkbeck College London)	Summer University: „Urban Governance and Civic Participation in Words and Stone. Urbanism in Central Europe, 1200-1600“ – mit vielfältigen Bezügen zu jüdischem Leben in osteuropäischen Städten und Besichtigung der jüdischen Synagogen und Friedhöfe in Prag, am 19. Juli 2022	10.-20. Juli 2022
Simone Wagner, Prof. Dr. Susanne Rau (KFG Religion und Urbanität)	Schülerwettbewerb „Religion und Stadt“ – vgl. Aus-schreibung	Sommersemester 2022 (noch laufend)
Dr. Sebastian Dorsch, Dr. Reiner Prass Prof. Dr. Sabine Schmolinsky	Tagung "Lwiw, Kraków, Thüringen – jüdisches Leben & jüdische Geschichte(n) in Europa". Veranstalter: Kulturrat Thüringen, Jüdische Landesgemeinde, Historiker*innen für ein weltoffenes Thüringen (HiWelt)	3.-4. November 2022

Staatswissenschaftliche Fakultät

verantwortliche Person	Lehrveranstaltungstitel	Semester
Prof. Dr. André Brodocz	Verfolgen und Vernichten – Theorien zur dunklen Seite moderner Staatlichkeit	WiSe 2022

Max-Weber-Kolleg

Zeitraum	Lehre oder Forschungsprojekt	Personen
Wintersemester 2020/21	Ringvorlesung „Religion and Urbanity in Time and Space“ Aufzeichnungen auf Youtube Lecture casts der Studierenden	Dr. Elisa Iori, Dr. Emiliano Urciuoli, Prof. Dr. Susanne Rau, Prof. Dr. Jörg Rüpke (KFG Religion und Urbanität)
Wintersemester 2020/21	Forschungsprojekt: „Kol Nidre on Broadway, Jazz Singers in the Shul: Cinema and the Transformation of the High Holidays in New York City“	Dr. Judith Thissen (KFG Religion und Urbanität)
Wintersemester 2020/21 – Sommersemester 2021	Forschungsprojekt zu Juden in europäischen (v.a. italienischen Städten), vgl. Publikation	Prof. Dr. Cristiana Facchini (KFG Religion und Urbanität)
Wintersemester 2021/22	Forschungsprojekt: „The SpaceTime of Urban Violence and Policing in the British Empire: The Riots in Belfast (c. 1857-1935) and in Jerusalem during the British Mandate“ – vgl. Publikation	Dr. Mara Albrecht (KFG Religion und Urbanität)
10.-20. Juli 2022	Summer University: „Urban Governance and Civic Participation in Words and Stone. Urbanism in Central Europe, 1200-1600“ – mit vielfältigen Bezügen zu jüdischem Leben in osteuropäischen Städten und Besichtigung der jüdischen Synagogen und Friedhöfe in Prag, am 19. Juli 2022	Prof. Dr. Susanne Rau (in Kooperation mit der CEU Budapest und dem Birkbeck College London)
Sommersemester 2022	Schülerwettbewerb „Religion und Stadt“	Simone Wagner, Prof. Dr. Susanne Rau (KFG Religion und Urbanität)

[Hochschule für Musik „Franz Liszt“](#)

Die Hochschule für Musik „Franz Liszt“ in Weimar widmet sich der Thematik mit einem Projekt von Frau Dr. Maria Stolarzewicz: „Verfolgte Musiker im nationalsozialistischen Thüringen. Eine Spurensuche II“.

Die Hochschule verfügt eigens über einen Lehrstuhl für die Geschichte der jüdischen Musik. Der Lehrstuhl ist der erste, voll ausgestattete Lehrstuhl für jüdische Musikgeschichte in Europa. Innerhalb des Masterstudiengangs „Musikwissenschaft“ erfolgt im Studienprofil „Geschichte der jüdischen Musik“ eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Vielfalt und Pluralität der jüdischen Musik, die grundsätzlich als Ausdruck jüdischer Identität verstanden wird.

[Bauhaus-Universität Weimar](#)

Im Rahmen der Gastprofessur von Frau Prof. Dr. Mirjam Wenzel (Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt und Honorarprofessorin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main) im Wintersemester 2020/2021 fanden im Jahr 2021 zwei öffentliche Vorträge sowie darauf aufbauende Workshops für Studierende mit der Gastprofessorin statt: „Jüdische Gegenwart –

Kritik an der deutschen Gedenkkultur“ (20. Januar 2021) „Jüdische Museen – Geschichte, Konzepte und Relevanz“ (30. Juni 2021) Die Vorträge wurden aufgezeichnet und sind weiterhin auf der Homepage der Bauhaus-Universität Weimar abrufbar: <https://www.uni-weimar.de/de/universitaet/profil/mensch-macht-moderne/juedische-gegenwart/>

Am 7. April 2022 konnte an der Bauhaus-Universität Weimar eine Veranstaltung mit Dr. Limor Regev und dem Buchenwald-Überlebenden Moshe Kessler stattfinden. Limor Regev, Forschungsfellow an der Hebrew University in Jerusalem, ist Autorin des Buches "The Boy from Block 66", das die Geschichte von Moshe Kessler erzählt, der in Buchenwald inhaftiert war. Moshe Kessler berichtete über sein Leben, insbesondere über die Zeit der Inhaftierung, und stand für Fragen aus dem Publikum zur Verfügung.

Seit 2019 untersucht das Forschungs- und Vermittlungsprojekt im Rahmen einer Kooperation zwischen der Fakultät Medien und der Fakultät Architektur und Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar die Geschichte des Hauses in der heutigen Bauhausstraße 11 (ehemalige Kurthstraße) im Rahmen von Projekten mit Studierenden. Seit 2021 wird das Forschungsprojekt (bis 2023) von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen finanziert. Es ist an der Professur Archiv- und Literaturforschung der Fakultät Medien angesiedelt und wird von einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin geleitet (<https://www.uniweimar.de/de/medien/forschung/die-geschichte-der-bauhausstrasse-11/>).

Im WiSe 2019/20 fand in diesem Rahmen das Bauhausmodul "Intervention und Erinnerung. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von NS-Architektur an der Bauhaus-Universität und in Weimar" statt (Jun.-Prof. Dr. Julia Bee, Franziska Klemstein, Jannik Noeske). Daran schloss im WS 2021/22 das Seminar "Counter memory – Erinnerungspraktiken im Weimarer Stadtraum" an (Jun.-Prof. Dr. Julia Bee, Jannik Noeske), bei dem auch eine studentische Arbeit zur Geschichte des sogenannten "Landesamtes für Rassewesen" in der heutigen Marienstraße 13/15 entstanden ist.

Am 15. Juli 2022 wurde der Workshop „Die NS-ideologischen Bild- und Symbolwelten im ehemaligen ‚Thüringer Ärztehaus‘ und ihr Fortleben in der extremen Rechten“ abgehalten (Kooperationspartnerin der Veranstaltung ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen). Die Referenten Erik Beck, Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933-1945, und Karl Banghard, Direktor des Archäologischen Freilichtmuseum Oerlinghausen, veranschaulichten, wie sich bestimmte Motive und Narrative in der nationalsozialistischen Ideologie und Politik durchgängig wiederfanden. Lilli Hallman gab als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projekts Einblicke in die Geschichte und Motivik des ehemaligen Ärztehauses in der Bauhausstr. 11.

Anlässlich Approbationsentzugs jüdischer Mediziner/innen wurde für September 2022 die Tagung "Erinnern gestalten. Orte der NS-Medizinverbrechen" geplant, wobei das Thema Erinnerungsdiskurs im Kontext der NS-Gesundheitspolitik im Fokus stehen soll.

Fachhochschule Erfurt

Im Berichtszeitraum wurde an der Fachhochschule Erfurt unter anderem die Forschungsstelle „Radikalisierung und gewaltsame Konflikte“ (RUK) unter Leitung von Frau Prof. Müller-Rensch gegründet. Als Reaktion auf die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, die auch in Erfurt, sowie an der der Fachhochschule greifbar wird, beauftragte die Hochschulleitung Prof. Dr. Miriam Müller-Rensch als Leiterin der Forschungsstelle Radikalisierung und Gewaltsame Konflikte (RUK) mit der Konzeption und Koordination einer langfristigen Präventionsstrategie.

Vorrangiges Ziel der Strategie Radikalisierungsprävention ist die Entwicklung einer kontroversen und multiperspektivischen Debattenkultur mit klarer Haltung gegen Diskriminierung und Ausgrenzung am Campus und die Etablierung niedrigschwelliger Beratungsangebote für Betroffene. Die Strategie verbindet verschiedene Bausteine der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention von Radikalisierungsprozessen im Sozialraum Hochschule:

„Short Lectures“ zu „Radikalisierungsprävention“

- Reichweite: Primärprävention
Zielgruppe: alle Hochschulangehörigen
Zeitplanung: ab WS 2021/22
2. Nov 2021: Auftaktveranstaltung [Erkennen. Verstehen. Entgegentreten.] (M. Müller-Rensch, RUK)
20. Januar 2022: Rechtsextremismus in Thüringen (Felix Steiner, Mobit e.V.)
3. Mai 2022: Antisemitismus (Désirée Galert, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus)
30. Juni 2022: Verschwörungsideologien – Eine Gefahr für die Demokratie? (Benjamin Winkler, Amadeu- Antonio-Stiftung)

Verweisberatung für Zeug:innen oder Betroffene von Ausgrenzung, Diskriminierung oder Gewalt

- Reichweite: Tertiärprävention
Zielgruppe: Beobachter*innen und Betroffene von Radikalisierungsprozessen
Zeitplanung: seit dem SS 2022

Die Fachhochschule Erfurt etablierte zum SoSe 2022 ein transparentes Angebot der Verweisberatung für Betroffene und Beobachter von Radikalisierungsprozessen auf ihrer Webseite: <https://www.fh-erfurt.de/service-und-beratung/diskriminierung-radikalisierung-und-gewalt>. Die bestehenden Beratungsangebote der Fachhochschule Erfurt sind dabei inhaltlich angebunden und themenrelevant sensibilisiert.

Des Weiteren wurden im Berichtszeitraum an der Fachhochschule Erfurt zwei Studienangebote im Bereich Jüdische Soziale Arbeit koordiniert:

Studienkurs Jüdische Soziale Arbeit

Die Teilnehmenden werden nach erfolgreichem Abschluss der ersten Studienphase ab SoSe 2023 im Studiengang Soziale Arbeit immatrikuliert. Der Kooperationsvertrag wurde am 13.06.2019 unterschrieben. Kooperationspartner/innen sind der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg und die Fachhochschule Erfurt. Der Studienkursbeginn war im November 2019.

Studiengang Jüdische Sozialarbeit

Der Studiengang befindet sich aktuell noch in der Entwicklungsphase. Nachdem der Kooperationsvertrag am 27.01.2021 unterschrieben wurde, wird aktuell die Akkreditierung vorbereitet. Kooperationspartner/innen sind der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg und die Fachhochschule Erfurt. Der geplante Beginn des Studienganges ist das SoSe 2024.

Hochschule Nordhausen

An der Hochschule Nordhausen startete im März 2021 das von der Thüringer Staatskanzlei geförderte Projekt „Digitalisierung der jüdischen Friedhöfe im Landkreis Nordhausen zur Konservierung von Denkmälern und Geschichte als Form kommunaler Erinnerungsarbeit“ (kurz: „Digitalisierung jüdischer Friedhöfe“) unter Einbindung eines dichten Netzwerks an Kooperationspartnern.

Im Rahmen des Projekts unter Leitung von Dr. Marie-Luis Zahradnik wurden die mehr als 780 Grabstellen der jüdischen Friedhöfe in Bleicherode, Ellrich und Nordhausen kartiert und die mehr als 620 darauf noch vorhandenen Grabmale digital fotografiert. Durch das digitale und damit zeit- und ortsunabhängige Informationsangebot erfolgt zugleich die Förderung kultureller Bildung und Teilhabe, die auch im Rahmen von Citizen Science ergänzt und erweitert werden kann. Eine begleitende Printpublikation rundet das Gesamtprojekt ab und unterstützt die nachhaltige Sicherung und Sichtbarmachung der Projektergebnisse.

Die Hochschule plant eine Erweiterung des Projekts, um die restlichen jüdischen Friedhöfe in Nordthüringen zu digitalisieren. Das Vorhaben stößt auf große Zustimmung seitens der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen und der bisherigen Projektpartner.

Im Oktober 2022 hat die Hochschule Nordhausen in Zusammenarbeit mit der Landespolizeiinspektion Nordhausen ein Seminar für Studierende über „Jüdische Sepulkralkultur und polizeiliche Maßnahmen“ angeboten. Darin wurde neben den jüdischen Friedhöfen die polizeiliche Arbeit zur Sicherung der Orte für Erinnerungs- und Gedenkkultur thematisiert, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht.

Am 9. Oktober 2022 fand in Kooperation mit der Stadt Nordhausen und dem Landkreis Nordhausen die Filmpremiere der deutschen Fassung des 2021 mit dem Oskar prämierten Dokumentar-Kurzfilms „Colette“ an der Hochschule statt. Der Film zeigt die Reise der 90-jährigen Colette Marin-Catherine zur KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora in Nordhausen. Dort war ihr Bruder Jean-Pierre Catherine von den Nationalsozialisten ermordet worden.

Teil III

Vorschläge und Handlungsempfehlungen

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Thüringen ist eine bedeutende gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Bildung

Der Schlüssel für die Bekämpfung von Antisemitismus liegt vor allem in der Aufklärung der Gesellschaft, denn Diskriminierung und die Verbreitung von Stereotypen sind weitestgehend eine Folge von Unwissenheit. Deshalb liegt ein wesentlicher Teil der Aufgabe des Beauftragten bei Bildung und Aufklärung, auch durch die unterstützende Förderung von Projekten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure.

Meinungsbildung in der Bevölkerung ist ein Prozess, bei dem sich durch vielfältige Sozialisationsfaktoren Ideologien und Denkweisen mehr oder weniger stark verankern können. Deshalb ist bereits aufklärende Kinder- und Jugendarbeit essentiell für das Fortentwickeln und Stärken einer freiheitlichen und von Toleranz geprägten Zukunft.

Antisemitisch motivierte Straftaten finden schon im schulischen Umfeld statt. Deswegen sollten Lehrkräfte und Betreuungspersonal noch mehr und verbindlich für das Thema Antisemitismus sensibilisiert werden, um zu wissen, wie mit solchen Situationen genau umzugehen ist.

Antisemitische Vorfälle müssen konsequent angesprochen und aufgearbeitet werden. Insbesondere müssen Schulleitungen die vermeintliche Scheu davor verlieren, solche Vorfälle zu melden, weil die Schule etwa nicht in Misskredit geraten will. Herunterspielen und Wegschauen durch die Verantwortlichen untergräbt den Bildungsauftrag zu demokratischem Verhalten und traumatisiert die Opfer antisemitischer Angriffe.

Das ThILLM könnte dabei als Anlauf- und Meldestelle weiterentwickelt werden, damit antisemitisch motivierte Geschehnisse von den zuständigen Verwaltungsorganen und Beauftragten einfacher und gebündelt evaluiert werden können, um in der Zukunft mit daran orientierten Maßnahmen schnell und flexibel reagieren zu können. Die Meldestelle könnte auch Informationen - unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen - entgegennehmen, soweit antisemitisch motivierte Straftaten angezeigt und verfolgt wurden, ohne dass die Schulen davon wussten. Die Kenntnis über den Verlauf und den Abschluss der entsprechenden Verfahren wäre für das Entwickeln und Ergreifen geeigneter pädagogischer Konzepte und Maßnahmen nützlich.

Die Auswertung der gemeldeten Daten über antisemitische und andere religiös oder ethnisch begründete diskriminierende Äußerungen und Handlungen sollte dann durch das TMBJS mit den Beauftragten erfolgen.

Die intensive Beschäftigung mit der jüdischen Geschichte und das daraus resultierende Verständnis ist eine wichtige Grundlage, um Respekt, Akzeptanz und Toleranz zu schaffen. Bildung und Aufklärung zur jüdischen Geschichte erfolgt zuvörderst im schulischen Unterricht. Zu empfehlen ist daher die starre Pädagogik des Geschichtsunterrichts aufzubrechen und stattdessen Verknüpfungen herzustellen. Jüdisches Leben oder auch antisemitisch motivierte Geschehnisse haben nicht nur historische Aspekte, sondern auch ethische oder religiöse,

weswegen den Schülerinnen und Schülern dort fächerübergreifende Materialien zur Verfügung gestellt werden könnten, die wiederum auch eine Verknüpfung zwischen der darin beeuchteten Vergangenheit und der Gegenwart darstellen sollten. Moderne, digitale Angebote und Medien könnten dabei helfen, das Interesse der Kinder und Jugendlichen zu wecken, sich mit der Thematik intensiver auseinander zu setzen.

Projekte und Maßnahmen speziell gegen digitale Hetze und Cybermobbing sollten in den Lehrplänen Aufnahme finden, da diese Formen der Diskriminierung gerade bei der jüngeren Generation mit zunehmendem technischem Fortschritt und der Digitalisierung immer alltäglicher, kontinuierlich einfacher und in ihrer Grenzüberschreitung selbstverständlicher werden.

Internationale Beziehungen

Deutsch-Israelische Begegnungen sind zu pflegen, zu fördern bzw. zu intensivieren. Dies betrifft Schülerprojekte und Schulpartnerschaften mit Israel, aber auch Begegnungen im Bereich des Sports oder z. B. von Vereinen und Feuerwehren.

Der Thüringer Beauftragte für jüdisches Leben hat daher im Herbst 2022 der Bundesfamilienministerin Lisa Paus vorgeschlagen, das im „Ampel-Koalitionsvertrag“ vereinbarte Deutsch-Israelische Jugendwerk in Thüringen anzusiedeln.

Erinnerungsarbeit

Die Gedenkstätten- und Museumsarbeit ist ein wichtiger Baustein der kulturellen Auseinandersetzung mit Judentum und Antisemitismus.

Die geschichtliche Aufarbeitung jüdischer Geschichte und jüdischen Lebens sollte mithilfe des Landesarchivs Thüringen und der Digitalisierung sämtlicher Aktenbestände weiter vorangetrieben werden.

Zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit Geschichte zählt auch die Erkenntnis, dass auch eigene Institutionen Teil des nationalsozialistischen Machtsystems waren. Die Rolle der Landesministerien während der NS-Zeit, der Hochschulen, Schulen und anderer Einrichtungen ist daher weiter zu erforschen.

Inneres / Öffentlicher Dienst

Es sollte geprüft werden, die Funktion eines Beauftragten gegen Antisemitismus bei der Polizei zu schaffen. Dieser wäre ein zentraler Ansprechpartner zum Thema, könnte entsprechende Fortbildungen organisieren sowie das Personal fortlaufend sensibilisieren. Ein Polizeirabbiner könnte, vergleichbar dem Landespolizeipfarrer, den Dienst der Beamtinnen und Beamten bei Polizei und Justiz seelsorgerlich begleiten.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus sollte generell ein fester Bestandteil der Ausbildung zum öffentlichen Dienst auf allen Ebenen im Freistaat Thüringen werden. Zur Herausbildung eines entsprechenden Verantwortungsbewusstseins trägt es in ganz besonde-

rem Maße bei, sich mit den gravierenden Folgen eines von rechtsstaatlichen Maßstäben losgelösten Handelns auseinanderzusetzen. Die Befassung mit dem in vergangenen Diktaturen, insbesondere während der nationalsozialistischen Willkürherrschaft, begangenen Unrecht, ist daher in besonderer Weise geeignet, den akademischen Nachwuchs für die hohe Bedeutung rechtsstaatlicher und rechtsethischer Prinzipien zu sensibilisieren und die Fähigkeit zu kritischer Reflexion des Rechts einschließlich seines Missbrauchspotentials zu fördern. Das Thema Antisemitismus sollte deshalb schon im Rahmen der Ausbildung der Verwaltung, Justiz und Polizei fest verankert bzw. intensiviert werden.

Justiz

Die konsequente Verfolgung und Ahndung antisemitisch motivierter Straftaten ist geeignet, ein klares Signal an die Gesellschaft zu senden, dass Antisemitismus in einer freiheitlichen Rechtsordnung geächtet ist und kein Raum für die Annahme einer öffentlichen Nachlässigkeit oder Duldung dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bleiben kann. Moderne Formen der Kriminalität im Netz oder Cyberraum stellen in der Strafverfolgung eine besondere Herausforderung dar. Die zügige Durchführung und Beendigung von einschlägigen Strafverfahren wäre dabei geeignet, zur Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in einen funktionierenden Rechtsstaat beizutragen. Polizei und Justiz sind daher materiell und personell für die effiziente Erledigung der Aufgaben auszustatten.

Förderung / Zivilgesellschaft / Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

Staat und Gesellschaft sind bei der Bekämpfung des Antisemitismus auf die Mithilfe ziviler Organisationen angewiesen. An einer angemessenen Förderung dieser Institutionen ist unbedingt festzuhalten.

Literaturverzeichnis

Verwendete Literatur

- Bundesamt für Verfassungsschutz, Lagebild Antisemitismus, Online: <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/allgemeine-publikationen/broschuere-2020-07-lagebild-antisemitismus>
- Bundesverband RIAS (2020): Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie. Online: https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf [25.11.2020].
- Beelmann, A., Noack, P., Dingfelder, J., Schmidtke, F., Lutterbach, S. & Schulz, A. (2019). *Thüringen-Monitor Integration. Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, KomRex.
- Bergmann, Werner (2007). Störenfriede der Erinnerung. Zum Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland. In: Klaus-Michael Bogdal/Klaus Holz/Matthias N. Lorenz [Hrsg.]: *Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz*. Stuttgart, S. 13-36.
- Botsch, Gideon (2019). Rechtsextremismus und "neuer Antisemitismus". In: Olaf Glöckner/Günther Jikeli [Hrsg.]: *Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute*. Hildesheim/Zürich/New York, S. 21-38.
- Decker, O. & Brähler, E. (2020): Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. In: Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (Leipziger Autoritarismus Studie 2020)* Gießen, S. 15-26.
- Decker, O. & Brähler, E. (2020): Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. In: Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (Leipziger Autoritarismus Studie 2020)*, Gießen S. 15-26.
- Goldenbogen, Anne und Zwilling, Caterina: „Antisemitisch motivierte Straftaten“ in: *Anders Denken, die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit*, 2020
- Kempf, W. (2012): Antisemitismus und Israelkritik: Eine methodologische Herausforderung für die Friedensforschung. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung*, Konstanz, Nr. 73.
- Kempf, W. (2013): Documentation of the Anti-Semitism and the Criticism of Israel (ASCI) survey. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr. 75.
- Lendvai, Paul (1972). *Antisemitismus ohne Juden. Entwicklungen und Tendenzen in Osteuropa*. Wien.
- Mobit e.V. (2018): Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen. Online: https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach_den_rechten_Häusern_sehen_2018.pdf
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A., Fünberg, O., Hebenstreit, J. & Vogel, L. (2019). *Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, KomRex.
- Schnabel, Falk: „Antisemitische Straftaten“ in: *Themenheft 2019, Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Deutscher Koordinierungsrat*, S. 34 f.
- Thiele, Anja (2020a). Zweierlei Kontinuitäten. Antisemitismus in der DDR. In: *Wissen schafft Demokratie 7. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft*, S. 48-61.

- Thiele, Anja (2020b) Antizionistische Allianzen. Das MfS und der westdeutsche Rechtsterrorismus (2020). In: Wissen schafft Demokratie 6. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 60-70.
- Thiele, Anja (2021). „Bei den Nazis war es der Jude, in der DDR der Regimekritiker“. Geschichtsrelativierung als Selbstlegitimation. (i.Dr.)
- Salzborn, Samuel (2019): Antisemitismus in der „Alternative für Deutschland“. In: Ders. [Hrsg.]: Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden, S. 196–215. Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt a.M.
- Weiß, Volker (2018). Rolf Peter Sieferles „Finis Germania“. Der Antaios Verlag und der Antisemitismus. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 28, S. 123-145.
- Wermke, M. (2020, i.E.). Ein letztes Treffen im August 1941. Kurt Silberpfennig und die Praxis religiös-zionistischer Pädagogik. Reihe Jüdische Bildungsgeschichte in Deutschland, Band 10.
- Wermke, M. & Rothgangel, M. (Hrsg.) (2019). Einführung in den Thementeil: Antisemitismus als religionspädagogische Herausforderung. *Theo-Web. Zeitschrift für Religionspädagogik* 1 (2019), S. 2-5

Weiterführende Literatur

Publikationen aus dem IDZ

- Botsch, Gideon (2020): Rechtsextremismus und „neuer Antisemitismus“. In: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8 S. 16–29, Jena
- Frindte, W. (2021): „Aber sonst aber sonst: Alles Lüge“ – Fake News und Verschwö-
- Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten. In: Wissen schafft Demokratie Band 9. Schwerpunkt: Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, S. 14–27, Jena <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-10/antisemitismus-halle-rechts-extremismus-matthias-quent>
- Thiele, Anja (2020). Die Shoah in der Literatur der DDR. Jena (Diss.)
- Thiele, Anja, Ben-Yehoshua, Joel (2021): Antisemitismus in Thüringen. Erste Ergebnisse der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen. In: Wissen schafft Demokratie Band 8, Jena
- Quent, Matthias (2020): Rechtsextremismus: 33 Fragen und Antworten. München.
- Quent, Matthias (2019): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, München.
- Quent, Matthias; Rathje, Jan (2019): Von den Turner Diaries über Breivik bis zum NSU: Antisemitismus und rechter Terrorismus. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Berlin <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-10/antisemitismus-halle-rechtsextremismus-matthias-quent>

Weitere Publikationen

Studien, Leitfäden, Methoden und Gutachten

- „Antisemitismus in der Schule“ – wissenschaftliches Gutachten von Samuel Salzborn und Alexandra Kurth, Januar 2019: www.tu-berlin.de/fileadmin/i65/Dokumente/An-ti-se-mi-tis-mus-Schule.pdf
- „Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus – Zweite Erhebung zu Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Jüdinnen und Juden in der EU“ – Studie der FRA: <https://fra.europa.eu/de/publication/2019/erfahrungen-und-wahrnehmungen-im-zusammenhang-mit-antisemitismus-zweite-erhebung-zu>
- „Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft“ – Oliver Decker, Elmar Brähler (Hrsg.): www.boell.de/de/2018/11/07/flucht-ins-autoritaere-rechtsextreme-dynamiken-der-mitte-der-gesellschaft
- „Germany Antisemitism Assessment Study. General Population Survey“ – Studie des World Jewish Congress, Oktober 2019.
- „Mach mal keine Judenaktion!“ – Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus – Studie von Julia Bernstein unter Mitarbeit von Florian Diddens, Ricarda Theiss und Nathalie Friedländer: www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/Aktuelles/Pressemitteilungen/Mach_mal_keine_Judenaktion__Herausforderungen_und_Loesungsansaeetze_in_der_professionellen_Bildungs-_und_Sozialarbeit_gegen_Anti.pdf
- „Nehmt sie ernst! Junge Menschen wollen gehört und beteiligt werden“ – Studie der Bertelsmann-Stiftung: www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli/nehmt-sie-ernst-junge-menschen-wollen-gehoert-und-beteiligt-werden/
- „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19“ – Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter: www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie
- „Young Jewish Europeans: Perceptions and Experiences of Antisemitism“ – Studie der FRA: fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2019-young-jewish-europeans_en.pdf (im Bericht zitierte Studie der Europäischen Grundrechteagentur)
- „Antisemitischen Hassverbrechen begegnen – jüdische Gemeinden schützen. Ein Leit-faden“ – OSZE-ODIHR 2017 (enthält u. a. Leitfaden für Trainings der Polizei und zur Erkennung antisemitischer Hassverbrechen)

Literatur zur Bildung und zum Umgang mit Antisemitismus

- Amadeu Antonio Stiftung: Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus. Berlin 2014.
- Ben-Rafael, Eliezer; Sternberg, Yitzhak; Glöckner, Olaf: Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland. Eine empirische Studie im Auftrag des L.A. Pincus Fund for Jewish Education in the Diaspora. O. O. 2010.
- Benz, Wolfgang: Das Bild vom mächtigen und reichen Juden, in: Benz, Wolfgang: Bilder von Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus. München 2001,
- Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung. München 2007.

- Bergmann, Werner; Erb, Rainer: Der Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1945–1989. Ergebnisse der empirischen Forschung. Opladen 1991.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer: „Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm“. Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43 (1991) 3, S. 502 - 519.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38. Jg. (1986), H. 2, S. 209 - 222.
- Bergmann, Werner; Erb, Rainer: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996, in: Alba, Richard; Schmidt, Peter; Wasmer, Martina (Hrsg.): Deutsche und Ausländer – Freunde, Fremde oder Feinde? Opladen 2000, S. 402 - 437.
- Bergmann, Werner: „Nicht immer als Tätervolk dastehen“. Zum Phänomen des Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Ansorge, Dirk (Hrsg.): Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt. Paderborn/Frankfurt a. M. 2006, S. 81 - 106.
- Bernstein, Julia: Wollen Sie uns etwa über Holocaust erzählen?, in: Trauma und Intervention. Zum professionellen Umgang mit Überlebenden der Shoah und ihren Familienangehörigen. Frankfurt a. M. 2010.
- Betzler, Lukas; Glittenberg, Manuel: Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs. Eine Analyse des Falls Jakob Augstein. Baden-Baden 2015.
- Botsch, Gideon u. a. (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich. Berlin 2012.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Antisemitismus im politischen Extremismus. Ideologische Grundlagen und Argumentationsformen. Berlin 2016.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Berlin 2011.
- Bundesministerium des Innern: Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Berlin 2011.
- Bundesministerium des Innern: Antisemitismus in Deutschland. Aktuelle Entwicklungen. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Berlin 2017.
- Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2017. Berlin 2018.
- Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2018. Berlin 2019.
- Chernivsky, Marina; Friedrich, Christiane: „Wege aus der Distanzierung – Beobachtungen im Seminarraum“, in: Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung. Neue Wege zur Kompetenzerweiterung. Berlin 2014, S. 74 - 83.
- Czermak, Gerhard: Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung. Von der Antike bis zum Holocaust, von 1945 bis heute. Frankfurt a. M. 1991.
- Dantschke, Claudia: Feindbild Juden – zur Funktionalität der antisemitischen Gemeinschaftsideologie in muslimisch geprägten Milieus, in: Stender; Follert; Özdoğan (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus, S. 129 - 146.
- Demirel, Aycan; Kassir, Yasmin; Holler, Malte: Israel, Palästina und der Nahostkonflikt. Ein Bildungs- und Begegnungsprojekt mit muslimischen Jugendlichen im Spannungsfeld von Anerkennung und Konfrontation, KlG e. V. Berlin 2010.

- Deutsch-israelische Schulbuchempfehlungen. Zur Darstellung der deutschen Geschichte und der Geographie der Bundesrepublik Deutschland in israelischen Schulbüchern. Frankfurt a. M. 1992.
- Eckmann, Monique: Bildungsstrategien gegen Antisemitismen, in: Einsicht, 8 (2012).
- Erb, Rainer; Kohlstruck, Michael: Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung, in: Braun Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2. Auflage. Wiesbaden 2016, S. 229 - 256.
- Erb, Rainer; Bergmann, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860. Berlin 1989.
- Erb, Rainer: „Er ist kein Mensch, er ist ein Jud“. Antisemitismus im Rechtsrock, in: Baacke, Dieter; Farin; Klaus; Lauffer, Jürgen (Hrsg.): Rock von Rechts II. Milieus. Hintergründe und Materialien. Bielefeld 1999, S. 141 - 159.
- Erb, Rainer: Antisemitische Straftäter der Jahre 1993–1995, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 6 (1997), S. 160 - 180.
- Farschid, Olaf: Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen, in: Pfahl-Traugher, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010. Brühl 2010, S. 435 - 485.
- Fava, Rosa: Schwierigkeiten, Bedürfnisse und Vorschläge für Fortbildungen zu Antisemitismus. Befragung von Multiplikator*innen, durchgeführt im Auftrag der KlgA e. V. Berlin 2016.
- Fein, Helen (Hrsg.): Anti-Jewish and Anti-Minority Discrimination, Ideology and Violence in Comparative Contexts, in: Dies. (Hrsg.): The Persisting Question, S. 211 - 223.
- Fein, Helen: Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations, and Actions, in: Dies. (Hrsg.): The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism. Berlin/New York 1987, S. 67 - 85.
- Fischer, Lars: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany. Cambridge 2007.
- Fréville, Gabriel; Harms, Susanna; Karakayali, Serhat: Antisemitismus – ein Problem unter vielen, in: Stender, Wolfram; Follert, Guido; Özdoğan, Mihri (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus. Wiesbaden 2010.
- Geiger, Wolfgang: Zwischen Urteil und Vorurteil. Jüdische und deutsche Geschichte in der kollektiven Erinnerung. Frankfurt a. M. 2012.
- Graus, František: Pest – Geißler – Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit. Göttingen 1987.
- Harms, Susanna: Antisemitismus – ein Problem unter vielen. Eine Befragung in Jugendclubs und Migranten- und Migrantinnen-Organisationen. Berlin 2009.
- Heil, Johannes: „Gottesfeind“ – „Menschenfeinde“. Die Vorstellung von der jüdischen Weltverschwörung (13. bis 16. Jahrhundert). Essen 2006.
- Heitmeyer, W.: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1 Frankfurt am Main 2002.
- Holz, Klaus: Die antisemitische Konstruktion des „Dritten“ und die nationale Ordnung der Welt, in: von Braun/Ziege (Hrsg.): „Das 'bewegliche' Vorurteil“, S. 43 - 62. Würzburg 2004.
- Holz, Klaus: Die Figur des Dritten in der nationalen Ordnung der Welt, in: Soziale Systeme, (2000) 2, S. 270.

- Holz, Klaus: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg 2005.
- Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Hamburg 2001.
- Horn, Eva; Hagemeyer, Michael: Die Fiktion der jüdischen Weltverschwörung. Zu Text und Kontext der „Protokolle der Weisen von Zion“. Göttingen 2012.
- Imhoff, Maximilian Elias: Antisemitismus in der Linken. Ergebnisse einer quantitativen Befragung. Frankfurt a. M. 2011.
- Ionescu, Dana; Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus in deutschen Parteien. Baden-Baden 2014.
- Jensen, Uffa; Schüler-Springorum, Stefanie: Antisemitismus und Emotionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28 - 30 (2014), S. 17 - 24.
- Jikeli, Günther: Antisemitic Attitudes among Muslims in Europe: A Survey Review, in: ISGAP Occasional Paper Series 1 (2015).
- Jikeli, Günther: Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Ergebnisse einer Studie unter jungen muslimischen Männern. Essen 2012.
- Kahlmann, Bodo: CSU und Antisemitismus. Eine konservative Partei zwischen Problemwahrnehmung und Ressentiments, in: Ionescu; Salzborn (Hrsg.): Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 53 - 78.
- Kaiser, Wolf; Rinke, Kuno: Zum Verhältnis von historischer und politischer Bildung in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, in: Gryglewski; Elke u. a. (Hrsg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen. Berlin 2015, S. 147 - 165.
- Klein, Anne: „Jude sein ist keine einfache Sache“. Identität, Sozialität und Ethik in der Migrationsgesellschaft, in: Gebhardt, Richard; Klein, Anne; Meier, Marcus (Hrsg.): Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit. Weinheim 2012, S. 209 - 229.
- Klug, Brian: The Collective Jew: Israel and the new Antisemitism, in: von Braun, Christina; Ziege, Eva-Maria (Hrsg.): „Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“. Aspekte des internationalen Antisemitismus. S. 221 - 239. Würzburg 2004.
- Kohlstruck, Michael; Ullrich, Peter: Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin, Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 52, Berlin 2014.
- Kranz, Dani: Israelis in Berlin. Wie viele sind es und was zieht sie nach Berlin? Kooperationsprojekt mit dem Deutschlandradio „Faszination und Befremden – 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen“. Gütersloh 2015.
- Leo-Baeck-Institut (Hrsg.): Deutsch-Jüdische Geschichte im Unterricht. Orientierungshilfe für Lehrplan und Schulbucharbeit. Frankfurt a. M. 2011.
- Leibold, Jürgen; Kühnel, Steffen: Einigkeit in der Schuldabwehr. Die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in Deutschland nach 1989, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände – Folge 7. Frankfurt am Main 2009, S. 131 - 151.
- Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914. Bonn 1978.
- Lewis, Bernhard: Semites and Anti-Semites: An Inquiry into Conflict and Prejudice. New York 1986.
- Mendel, Meron: Jüdische Jugendliche in Deutschland. Eine biographisch-narrative Analyse zur Identitätsfindung. Frankfurt a. M. 2010.

- Mertens, Lothar: Antizionismus. Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München 1997, S. 89 - 100.
- Messerschmidt, Astrid: (Un)Sagbares – Über die Thematisierbarkeit von Rassismus und Antisemitismus im Kontext postkolonialer und postnationalsozialistischer Verhältnisse, in: Chernivsky, Marina; Friedrich, Christiane; Scheuring, Jana: Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung. Neue Wege zur Kompetenzerweiterung. Berlin 2014, S. 55 - 74.
- Messerschmidt, Astrid, Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit gegenwärtigem Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28–30 (2014).
- Messerschmidt, Astrid: Flexible Feindbilder. Antisemitismus und der Umgang mit Minderheiten in der deutschen Einwanderungsgesellschaft, in: Stender, Wolfram; Follert, Guido; Özdoğan, Mihri (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus – Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden 2010, S. 91 - 108
- Müller, Jochen: Ventil und Kitt – Die Funktion von Israel und „den Juden“ in der Ideologie des arabischen Nationalismus, in: Israel in deutschen Wohnzimmern. Realität und antisemitische Wahrnehmungsmuster des Nahostkonflikts, hrsg. v. Initiative Antisemitismuskritik Hannover. Hannover 2003, S. 44 - 69.
- Munnes, Stefan; Lege, Nora; Harsch, Corinna: Zum Antisemitismus in der Friedensbewegung. Eine Weltanschauungsanalyse der ersten bundesweiten „Mahnwache für den Frieden“, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 25 (2016), S. 217 - 240.
- Nordbruch, Götz: Antisemitismus als Gegenstand islamwissenschaftlicher und Nahost-bezogener Sozialforschung, in: Bergmann, Werner; Körte, Mona (Hrsg.): Antisemitismusforschung in den Wissenschaften. Berlin 2004, S. 241 - 269.
- Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitische und nicht-antisemitische Israel-Kritik. Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung, in: Aufklärung und Kritik, 14 (2007) 1, S. 49 - 58.
- Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden. Ideologieformen, Definitionen und Fallbeispiele, in: Der Bürger im Staat, 63 (2013) 4, S. 252 - 261.
- Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Opladen 2002, S. 155 - 159.
- Pfahl-Traughber, Armin: Antizionistischer Antisemitismus, Antiimperialistische Israelfeindlichkeit und menschenrechtliche Israelkritik, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 24 (2015), S. 293 - 318.
- Pfahl-Traughber, Armin: Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat. Wien 1993.
- Pfahl-Traughber, Armin: Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Antisemitismus und „Islamophobie“. Eine Erörterung zum Vergleich und ein Plädoyer für das „Antimuslimismus“-Konzept, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus-und Terrorismusforschung 2009/2010. Brühl 2010, S. 604 - 628.
- Pfahl-Traughber, Armin: Israelfeindlichkeit zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus – eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2011, S. 143 - 161.
- Pfahl-Traughber, Armin: Jamal Karsli und die „Junge Freiheit“: eine „antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörung“, in: Tribüne, 41 (2002) 163.

- Radvan, Heike: Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn 2010. Rappoport, Tamar; Lomsky-Feder, Edna; Heider, Angelika: Recollection and Relocation in Immigration: Russian-Jewish Immigrants »Normalize« Their Anti-Semitic Experiences, in: Symbolic Interaction, 25 (2002) 2, S. 175 – 198.
- Reichelt, Michael: Das Lexem „Jude“ im jugendlichen Sprachgebrauch. Eine Untersuchung am Beispiel sächsischer Fußballplätze, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 18 (2009).
- Rensmann, Lars; Schoeps, Julius H.: Politics and Resentment: Examining Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond, in: dies. (Hrsg.): Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond, Leiden/Boston 2010, S. 3 - 79.
- Rensmann, Lars: Die Ausgrenzung des Eigenen und die Exklusion der „Anderen“. Zur politischen Psychologie des Antisemitismus heute, in: Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung, 17 (2013).
- Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt am Main 2010.
- Salzborn, Samuel; Voigt, Sebastian: Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik, 59 (2013) 1, S. 103 - 111.
- Salzborn, Samuel: Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Basel 2018.
- Salzborn, Samuel: Unter falscher Flagge. Politische Ablehnung oder wissenschaftliche Kritik? Drei Klarstellungen zu den Einwänden von Peter Ullrich und Alban Werner, in: Zeitschrift für Politik, 59 (2012) 1, S. 103 - 111.
- Salzborn, Samuel: Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden 2019.
- Sammons, Jeffrey L. (Hrsg.): Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar. Göttingen 1998.
- Schäuble, Barbara: Was haben wir damit zu tun? Zum pädagogischen Umgang mit Antisemitismus, in: KlGA e. V. (Hrsg.): Widerspruchstoleranz. Ein Theorie-Praxis-Handbuch zu Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit, Berlin 2013.
- Schäuble, Barbara: „Anders als wir“. Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen. Berlin 2012.
- Scherr, Albert; Schäuble, Barbara: „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“. Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Berlin 2007.
- Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015.
- Schwarz-Friesel, Monika; Friesel, Evyatar; Reinharz, Jehuda: Aktueller Antisemitismus als ein Phänomen der Mitte – Zur Brisanz des Themas und der Marginalisierung des Problems, in: Schwarz-Friesel, Monika; Friesel, Evyatar; Reinharz, Jehuda (Hrsg.): Aktueller Antisemitismus. Ein Phänomen der Mitte. Berlin 2010, S. 1 – 14.
- Sharansky, Natan: 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. Foreword of JPSR Issue, in: Jewish Political Studies Review, 16 (2004) S. 3 -4 Stern, Frank: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg. Gerlingen 1991.

- Stenzel, Burkhard: Weimar und die deutsch-jüdische Literatur um 1933, Erfurt 2020, in: Thüringen. Blätter zur Landeskunde, Nr. 131, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.
- Tauchert, Stephanie: Jüdische Identitäten in Deutschland. Das Selbstverständnis von Juden in der Bundesrepublik und der DDR 1950 bis 2000. Berlin 2007.
- Webman, Esther: Discourses in Antisemitism and Islamophobia in Arab Media, in: European Societies, 14 (2012) 2, S. 222 – 239.
- Weil, Frederick: The Variable Effect of Education on Liberal Attitudes: A Comparative-Historical Analysis of Antisemitism Using Public Opinion Data, in: American Sociological Review, 50 (1985).
- Wetzel, Juliane: Moderner Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland. Wiesbaden 2014. Widmaier, Benedikt; Steffens, Gerd: Politische Bildung nach Auschwitz. Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur heute. Schwalbach/Ts. 2015.
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (Hrsg.): Juden in Deutschland – Selbst- und Fremdbilder. Pädagogisches Begleitmaterial zur Schülersausstellung. Frankfurt a. M. 2009.
- Zick, Andreas; Hövermann, Andreas; Krause, Daniela: Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände – Folge 10, Berlin 2012.
- Zick, A. & Küpper, B.: Die geforderte Mitte Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland, Bonn 2020/21.
- Beelmann, A., Noack, P., Dingfelder, J., Schmidtke, F., Lutterbach, S. & Schulz, A. (2019). *Thüringen-Monitor Integration. Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, KomRex.
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A., Förnberg, O., Hebenstreit, J. & Vogel, L. (2019). *Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, KomRex.
- Wermke, M. (2020, i.E.). *Ein letztes Treffen im August 1941. Kurt Silberpfennig und die Praxis religiös-zionistischer Pädagogik*. Reihe Jüdische Bildungsgeschichte in Deutschland, Band 10. Münster: Waxmann.

Anhang

Definition von Antisemitismus

Da es keine festgelegte, umfassende Definition von Antisemitismus gibt, gilt als Arbeitsgrundlage die Definition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) vom 26. Mai 2016.

Die IHRA-Arbeitsdefinition soll eine Hilfestellung sein, um antisemitische Äußerungen oder Handlungen als solche leichter identifizieren zu können:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Diese Definition ist am 20. September 2017 von der Bundesregierung durch einen entsprechenden Kabinettsbeschluss offiziell anerkannt worden.

Das bedeutet, dass die Definition der IHRA sowie die unten zu findenden Beispiele und Erklärungshilfen, die sich auch mit der Kritik am Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, befassen, zur Auseinandersetzung mit dem Phänomen Antisemitismus dienen sollen und Worte und Taten, die unter diese Definition fallen, als antisemitisch verurteilt werden.

Der Thüringer Landtag hat in seiner 123. Sitzung am 22. Juni 2018 nach einem Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem März 2018 beschlossen, dass alle Formen des Antisemitismus zu ächten sind und dass alles Nötige getan werden muss, damit Juden und Jüdinnen in Thüringen keine Angst vor Anfeindungen und Übergriffen haben müssen und antisemitisch motivierte Hasskriminalität konsequent geahndet und bestraft wird.

Der Thüringer Landtag hat sich dabei verpflichtet, jeder Form des Antisemitismus schon im Entstehen mit aller Konsequenz entgegenzutreten.

Beispiele und Erklärungshilfen

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.

Falsche, entmenslichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden.

- Das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden.
- Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust).
- Der Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz bestimmt sind (z. B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.